

Kontinent der Zukunft: Friede für Afrika - nachhaltig und gerecht

Pausch, Eberhard Martin (Ed.)

Veröffentlichungsversion / Published Version
Sammelwerk / collection

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
transcript Verlag

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Pausch, E. M. (Hrsg.). (2021). *Kontinent der Zukunft: Friede für Afrika - nachhaltig und gerecht* (Edition Politik, 118). Bielefeld: transcript Verlag. <https://doi.org/10.14361/9783839457191>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

Eberhard Martin Pausch (Hg.)

KONTINENT DER ZUKUNFT

Friede für Afrika – nachhaltig und gerecht

Eberhard Martin Pausch (Hg.)
Kontinent der Zukunft

In dankbarer Erinnerung an Martin Stöhr (1932-2019), einen Freund Afrikas

Eberhard Martin Pausch (Dr. theol.), geb. 1961, ist seit 2016 Studienleiter der Evangelischen Akademie Frankfurt für Politik und Religion. Er wurde 1993 an der Philipps-Universität Marburg bei Wilfried Härle promoviert und war von 2000 bis 2012 als Referent für Fragen öffentlicher Verantwortung im Kirchenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) tätig. Darüber hinaus wirkte er an der EKD-Friedensdenkschrift von 2007 mit und publizierte zahlreiche Artikel und Aufsätze zu Fragen der Friedensethik.

Eberhard Martin Pausch (Hg.)

Kontinent der Zukunft

Friede für Afrika – nachhaltig und gerecht

[transcript]

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.



Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Attribution 4.0 Lizenz (BY). Diese Lizenz erlaubt unter Voraussetzung der Namensnennung des Urhebers die Bearbeitung, Vervielfältigung und Verbreitung des Materials in jedem Format oder Medium für beliebige Zwecke, auch kommerziell. (Lizenztext: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>)

Die Bedingungen der Creative-Commons-Lizenz gelten nur für Originalmaterial. Die Wiederverwendung von Material aus anderen Quellen (gekennzeichnet mit Quellenangabe) wie z.B. Schaubilder, Abbildungen, Fotos und Textauszüge erfordert ggf. weitere Nutzungsgenehmigungen durch den jeweiligen Rechteinhaber.

Erschienen 2021 im transcript Verlag, Bielefeld

© Eberhard Martin Pausch (Hg.)

Umschlaggestaltung: Maria Arndt, Bielefeld

Druck: Majuskel Medienproduktion GmbH, Wetzlar

Print-ISBN 978-3-8376-5719-7

PDF-ISBN 978-3-8394-5719-1

<https://doi.org/10.14361/9783839457191>

Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier mit chlorfrei gebleichtem Zellstoff.

Besuchen Sie uns im Internet: <https://www.transcript-verlag.de>

Unsere aktuelle Vorschau finden Sie unter www.transcript-verlag.de/vorschau-download

Inhalt

Vorwort

Gabriele Scherle 7

Einleitung

Eberhard Martin Pausch 11

Friede für Afrika – ein Projekt der Aufklärung

Eberhard Martin Pausch 19

Kirche auf dem Weg der Gerechtigkeit und des Friedens

Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) 65

Gewaltlos in einer Zuckerwattewelt

Die Kundgebung der EKD-Synode zu Frieden und Gerechtigkeit

Johannes Fischer 77

Gerechter Friede für Afrika?

Der kirchliche Friedensbeitrag heute

Dorothee Godel 85

Militärische und polizeiliche Gewalt

Horst Scheffler 95

| | |
|---|-----|
| Beschluss der 12. Synode der EKHN in ihrer 8. Tagung: »Kirche des gerechten Friedens werden« | |
| <i>Synode der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau</i> | 101 |
| Friedenspolitik in Zeiten des Klimawandels | |
| <i>Michael Brzoska</i> | 113 |
| Die Ära der Entwicklung: Das Ende eines Mythos | |
| <i>Wolfgang Sachs</i> | 121 |
| Die Tugend der Toleranz – Hoffnung für den Frieden in Afrika | |
| <i>Asfa-Wossen Asperate</i> | 137 |
| Die friedensfördernde Rolle der Religionen/Kirchen in Afrika | |
| <i>Dirck Ackermann</i> | 141 |
| Quellen- und Erstveröffentlichungsnachweis | 147 |
| Autorinnen und Autoren | 149 |

Vorwort

Gabriele Scherle

Im Jahr 2017 rief die Evangelische Akademie Frankfurt nahezu zeitgleich mit dem Beziehen ihrer wunderschönen Räumlichkeiten in dem rundum erneuerten Gebäude am Frankfurter Römerberg einen Arbeitskreis »Frieden und Konflikt« ins Leben. Der Große Konvent der Akademie hatte sich die Einrichtung eines solchen Arbeitskreises gewünscht. Die Einsetzung wurde Mitte des Jahres 2017 möglich.

Dem Arbeitskreis gehörten im Oktober 2020 folgende Personen an, die nach und nach berufen worden waren:

- Wolf Gunter Brüggemann-Friedeborn, Journalist
- Pfarrer Wolfgang Buff, Zentrum Ökumene der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau und der Evangelischen Kirche in Kurhessen-Waldeck
- Prof. Dr. Nicole Deitelhoff, Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK)
- Prof. Dr. Johannes Fischer, emeritierter Professor für Sozialethik
- Gernot Grumbach, Mitglied des Hessischen Landtages (SPD)
- Jutta Roitsch-Wittkowsky, Journalistin
- Horst Scheffler, Leitender Militärdekan i. R.
- Dr. Klaus H. Schreiner, Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ)
- Dr. Ursula Schoen, Prodekanin des Stadtdekanats Frankfurt und Offenbach
- Johanna Speyer, Institut für Politikwissenschaft der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz

- Dr. Simone Wisotzki, Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK)

Ich selbst wurde gebeten, den Vorsitz des Arbeitskreises zu übernehmen, den seitens der Akademie der Pfarrer und Studienleiter Dr. Eberhard Martin Pausch betreut. Herr Pausch schlug vor, in den Jahren 2018 bis 2020 ein »Afrika-Projekt« durchzuführen. Mit vier bis fünf Veranstaltungen pro Jahr zum Thema »Friede für Afrika – nachhaltig und gerecht?«. Der Arbeitskreis war einverstanden und begleitete das Projekt von Beginn an fachlich und organisatorisch. Es gelang außerdem, für die Durchführung der Veranstaltungen Fördermittel von »Engagement Global« (ein deutsches öffentliches Unternehmen in der Rechtsform einer gemeinnützigen GmbH mit Sitz in Bonn, das als zentrale Anlaufstelle das entwicklungspolitische Engagement von Einzelpersonen, Gruppen und politischen Gemeinden unterstützt), der Evangelischen Akademien in Deutschland, der Evangelischen Militärseelsorge und des Fördervereins der Evangelischen Akademie Frankfurt einzuwerben. Allen Förderern sei bereits an dieser Stelle herzlich gedankt!

Von Anfang an war vorgesehen, das Projekt mit einer Publikation abzuschließen, die wesentliche Ergebnisse oder jedenfalls Zwischenergebnisse und Diskursschritte des Projekts dokumentiert. Dies ist nunmehr – dank der Beteiligung auch von Referent*innen und Gesprächspartner*innen der Akademie – möglich geworden. Ich bin dafür sehr dankbar. Denn als ehemalige Friedenspfarrerin meiner Landeskirche (EKHN) und als Propstin der Propstei Rhein-Main lag mir das Friedens-thema immer sehr am Herzen.

Immer noch findet mehr als die Hälfte aller gewalthaltigen Konflikte auf dem Kontinent Afrika statt. Auch deshalb müssen Menschen dort ihre Heimat verlassen. Sie gehören zu den mehr als 70 Millionen Flüchtlingen weltweit, denen immer noch zu wenig Anteilnahme und Hilfe zuteilwird. Ein gerechter und nachhaltiger Friede für Afrika ist dringend nötig. Vielleicht kann auch diese Publikation dazu beitragen, notwendige Möglichkeitsbedingungen für einen solchen Frieden zu schaffen oder zumindest anzumahnen.

Den Mitgliedern des Arbeitskreises gilt mein herzlicher Dank für ihr Engagement in unserem Projekt. Besonderer Dank gebührt aber Studienleiter Dr. Eberhard Martin Pausch. Er hat nicht nur die Veranstaltungen geplant, die Gelder eingeworben und die Tagungen überwiegend selbst organisiert, sondern auch diese Publikation vorbereitet. Frau Speyer und Herr Brüggmann-Friedeborn haben die Mühen des »Lektorats« nicht gescheut und insofern ebenfalls Anteil daran, dass dieses Werk »zu Stand und Wesen« kam.

Es ist kein Zufall, dass dieses Buch dem im vergangenen Jahr verstorbenen ehemaligen Akademiedirektor Prof. Martin Stöhr (1932-2019) gewidmet ist. Schon früh setzte er sich in großem Maße für den Kontinent Afrika ein, und er war ein beharrlicher Streiter für die Leitidee und die Praxis des gerechten Friedens.

Afrikas Zukunft als Kontinent des Friedens steht noch bevor, aber viele Zeichen deuten darauf hin, dass ein gerechter und nachhaltiger Friede für Afrika keine »Utopie« bleiben muss, sondern Teil einer realisierbaren »Afrotropie« sein kann – um einen Begriff des senegalesischen Wissenschaftlers Felwine Sarr aufzugreifen und zu variieren. Christinnen und Christen sind aufgerufen, sich für dieses Ziel einzusetzen – nicht im Gegenüber zu anderen Religionen und Kulturen, sondern im Zusammenwirken und Einklang mit ihnen!

Frankfurt a.M., im Oktober 2020

Einleitung

Eberhard Martin Pausch

Diese Publikation ist mehr als eine Sammlung von Dokumenten oder als ein Arbeits- und Projektbericht. Sie ist aber auch keine in sich geschlossene, kohärente Monographie mit einem Anhang von Materialien. Der Gattung nach kann man vielleicht am ehesten von einer Kombination von Impulsaufsätzen und beigefügten Dokumenten sprechen. Die Texte haben ihren »Sitz im Leben« in einem dreijährigen Arbeitsprozess, zu dem dreizehn öffentliche Einzelveranstaltungen und eine Reihe von nicht-öffentlichen Begleitveranstaltungen der Evangelischen Akademie Frankfurt in den Jahren 2018 bis 2020 gehörten. Alle Texte umkreisen ein gemeinsames Thema: Sie thematisieren, wie es möglich ist, etwas zu einem gerechten und nachhaltigen Frieden für den Kontinent Afrika beizutragen – nicht aus der Position der bundesdeutschen Politik heraus, sondern aus der Sicht der evangelischen Kirche als Teil der deutschen Zivilgesellschaft und damit auch als Gesprächspartnerin der Politik.¹ Unsere Sichtweise ist nicht die Perspektive Afrikas, aber eine Perspektive, die sich bemüht, auf afrikanische Stimmen zu hören – und die Botschaft von Personen wie **Ngugi wa Thiong'o**, **Felwine Sarr** und **Boniface Mabanza** ernst zu nehmen.

Die Evangelische Akademie Frankfurt geht dabei von drei basalen Thesen aus:

¹ Eine klassische Formel dafür lautet: Die evangelische Kirche will nicht selbst Politik machen, sondern dazu beitragen, dass (gute) Politik möglich wird.

1. Der Kontinent Afrika braucht einen gerechten und nachhaltigen Frieden.
2. Ein gerechter und nachhaltiger Friede für Afrika ist möglich.
3. Die evangelische Kirche in Deutschland kann und sollte dazu beitragen, dass ein gerechter und nachhaltiger Friede für Afrika möglich wird.

Auf der Grundlage dieser drei Thesen bereitete der Arbeitskreis »Frieden und Konflikt« der Evangelischen Akademie Frankfurt seit 2017 die dreizehn öffentlichen Akademieveranstaltungen vor, die zuständige Studienleitung führte sie durch und der Arbeitskreis wertete die Tagungen aus. Im Zusammenhang der Tagungen entstanden einige der vorliegenden Texte; andere wurden dort ausführlich beraten und diskutiert. Im Einzelnen handelt es sich um folgende Beiträge:

- Der Aufsatz »Friede für Afrika – ein Projekt der Aufklärung« stellt eine grundsätzliche friedensethische und friedenspolitische Reflexion des Studienleiters für Religion und Politik der Evangelischen Akademie Frankfurt, **Dr. Eberhard Martin Pausch**, dar. Er entdeckt Zeichen der Hoffnung in den materiellen und ideellen Ressourcen des Kontinents Afrika, aber auch in Mut machenden Beispielen für erfolgreiches Handeln und gelingende Dialoge. Er plädiert für eine »Aufklärung 2.0« mit Lernprozessen auf Augenhöhe, zu denen die evangelische Kirche beitragen kann und soll.
- Zwei **synodale Stellungnahmen zur Friedensthematik** aus dem Jahr 2019 sind im Wortlaut wiedergegeben. Sie spiegeln den gegenwärtigen Stand der friedensethischen Überlegungen der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und – exemplarisch – der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau (EKHN). Diese Überlegungen basieren auf der im Jahr 2007 vom Rat der EKD vorgelegten Friedensdenkschrift »Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen« und erheben den Anspruch, die Grundgedanken dieser Denkschrift im Licht neuerer Herausforderungen und Erkenntnisse in Richtung Zukunft weiterzuentwickeln. Das schließt ein, dass beide Synodalbeschlüsse am Leitbegriff des

gerechten Friedens festhalten und den Primat der Prävention vor Interventionen und des Zivilen vor dem Militärischen betonen. Diese Grundentscheidungen werden durch zahlreiche friedenspolitische Handlungsvorschläge konkretisiert.

- Eine kritische Replik auf die Kundgebung der EKD hat **Prof. Dr. Johannes Fischer** zunächst online auf der Homepage des evangelischen Magazins »Zeitzeichen« (später dann auch im gleichnamigen Monatsmagazin) veröffentlicht. Als Mitglied des Arbeitskreises »Frieden und Konflikt« der Evangelischen Akademie Frankfurt hat er der Wiederveröffentlichung seines Beitrags in diesem Band zugestimmt. Prof. Fischer hinterfragt die seines Erachtens radikalpazifistische und realitätsferne Tendenz der EKD-Kundgebung. Christliches Handeln, ob im Kontext der Diakonie oder im politischen Engagement für den irdischen Frieden, zielt nicht einfach darauf ab, die Zustände in der Welt zum Guten zu verändern, sondern stets darauf, Gottes Geist in die Welt zu tragen. Dieser Geist könne sich auch in einem Handeln bezeugen, das als *ultima ratio* zum Mittel der Gewalt greifen müsse, nämlich dann, wenn es im Wissen um die eigene Angewiesenheit auf Gottes Vergebung und Barmherzigkeit geschehe.
- Oberkirchenrätin **Dr. Dorothee Godel (EKD)** geht in ihren Ausführungen auf den Friedensbegriff selbst ein, den sie im Ausgang von Überlegungen des Friedensforschers Johan Galtung in Abgrenzung zum Gewaltbegriff profiliert. Von dort aus stellt sie Grundgedanken der EKD-Friedensdenkschrift von 2007 und der EKD-Kundgebung von 2019 dar. Vor diesem Hintergrund reagiert sie sodann auf Prof. Fischers Kritik an der Kundgebung und widerspricht ihm: Die Kundgebung bleibt ihres Erachtens sehr genau in der Spur der im Jahr 2007 vorgelegten Denkschrift, indem sie die Lehre vom gerechten Frieden aufnimmt und moderat – aber gerade nicht radikalpazifistisch – weiterentwickelt. Dies zeigt sich nach Meinung der Verfasserin beispielsweise darin, dass die Kundgebung die Bundesregierung nicht direkt auffordert, den Atomwaffenverbotsvertrag zu unterzeichnen, sondern lediglich »konkrete Schritte« auf dem Weg zu diesem Ziel einzuleiten.

- **Horst Scheffler**, Leitender Militärdekan a.D. und ehemaliger Vorsitzender der »Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden« (AGDF) von 2007 bis 2017, stellte bereits 2001 auf einer Tagung des Evangelischen Akademie Arnoldshain die Frage², ob eine Internationale Polizei nicht eine Alternative zur militärischen Konfliktbearbeitung sei. Nun nimmt er das Konzept des »Just Policing« auf, das ebenfalls um die Jahrtausendwende in einem Dialog zwischen Mennoniten und Vertretern der Römisch-Katholischen Kirche entwickelt und in die friedensethische Debatte eingebracht wurde, und plädiert vor diesem Hintergrund für eine Transformation von nationalen Streitkräften in internationale bzw. transnationale Deeskalationsstreitkräfte. Deren Aufgaben sollten sich eher am Polizeirecht als am Kriegsvölkerrecht orientieren. Dies würde seiner Meinung nach zu einer Eindämmung der Gewalt führen. Angesichts der kritischen Wahrnehmung der Präsenz ausländischen Militärs in vielen Ländern Afrikas könnte eine solche Transformation ein Schritt in die richtige Richtung sein.
- **Prof. Dr. Michael Brzoska**, Senior Fellow am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik Hamburg (IFSH), fasst in seinem Aufsatz, der den Zusammenhang von Klimakrise und kriegerischen Konflikten (mit besonderem Blick auf den Kontinent Afrika) analysiert, die Ergebnisse der zentralen Studie des Friedensgutachtens 2020³ prägnant zusammen. Ihm ist wichtig zu betonen, dass der von ihm verfasste Text auf der Arbeit einer Reihe von Autor*innen beruht, die das folgende Ergebnis als abgesichert erscheinen lassen: Es sei demnach zweifellos wichtig, den Klimawandel in Afrika

2 Düringer, Hermann/Scheffler, Horst (Hg.): Internationale Polizei – Eine Alternative zur militärischen Konfliktbearbeitung, Arnoldshainer Texte, Bd. 118, Frankfurt 2002.

3 Das »Friedensgutachten« ist ein seit 1987 jährlich erscheinendes gemeinsames Gutachten der deutschen Friedensforschungsinstitute. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus verschiedenen Fachgebieten untersuchen darin internationale Konflikte aus einer friedensstrategischen Perspektive und geben Empfehlungen für die Politik.

zu bekämpfen, da er die Lebensmöglichkeiten der Menschen teilweise erheblich beeinträchtigt. Aber es sei keineswegs als zwingend erwiesen, dass der Klimawandel als solcher zur Ausbreitung und Verstärkung gewaltsamer Konflikte führe. Hierfür sei vielmehr in der Regel eine Reihe von unterschiedlichen Ursachen verantwortlich. Im Gegenteil könne die Beteuerung, der Klimawandel führe zu Klimakriegen, zur weiteren »Versicherheitlichung« und Militarisierung der Politik führen, was gerade im Kontext afrikanischer Konflikte ausgesprochen problematisch wäre.

- Eine kritische Perspektive auf den Entwicklungsbegriff skizziert **Prof. Dr. Wolfgang Sachs** vom Wuppertal-Institut für Klima, Umwelt, Energie. Sein zuerst in den »Blättern für deutsche und internationale Politik« (8/2020) veröffentlichter Aufsatz darf mit seiner Erlaubnis und der des Verlages (www.blaetter.de) hier noch einmal abgedruckt werden. Wolfgang Sachs beschreibt den Entwicklungsbegriff als einen »Mythos«, der nicht geeignet sei, die Problemlagen gegenwärtiger Gesellschaften zu fassen. Die Debatte oszilliere vielmehr zwischen drei großen Nachfolge-Narrativen. Das Narrativ der »Festung« setze auf Nationalegoismus, Autoritarismus und Abschottung, das Narrativ des »Globalismus« plädiere für multilaterale Governance, grünes Wirtschaftswachstum und »nachhaltige Entwicklung« im Sinne der »Agenda 2030«. Das Narrativ der »Solidarität« schließlich votiere für eine postkapitalistische Ära, für ein Miteinander etwa im Sinne des afrikanischen Ubuntu-Prinzips und für kooperative und gemeinwohlorientierte Politik. Die drei Narrative stellten Alternativen dar, zwischen denen man sich entscheiden müsse.
- **Prinz Dr. Asfa-Wossen Asperate** plädiert zur Prävention und Einhegung gewaltsamer Konflikte in Afrika für die Entwicklung und Pflege von starker Toleranz, also einer Form von Toleranz, die – im Anschluss an ein bekanntes Wort von Johann Wolfgang von Goethe – sich in bloßer Duldung nicht erschöpft, sondern die das Ertragen und Austragen von bleibenden Differenzen einschließt. Seines Erachtens können die Weltreligionen hierzu einen bedeutenden Beitrag leisten. In Afrika sind vor allem das Christentum und der Islam

vertreten. Diese beiden Religionen, zu denen sich mehr als 90 Prozent der Menschen in Afrika bekennen⁴, sind somit in besonderer Weise herausgefordert, wenn es gilt, die Tugend der Toleranz zu stiften und zu stärken.

- **Dr. Dirck Ackermann**, Leitender Militärdekan im Kirchenamt für die Bundeswehr, sieht die Religionen in Afrika aus eigenen Erfahrungen vor Ort als Teil des Problems, aber auch als Teil der Lösung an. Alle Religionen sind seiner Auffassung nach ambivalente Phänomene. Dennoch ist es wichtig, die friedensfördernden Möglichkeiten der Religionen und Kirchen zu sehen, denn: Inmitten eines Umfelds von Misstrauen und Missverständnissen schaffen sie Inseln des Vertrauens und des Abbaus von Vorurteilen; inmitten eines Meers von Gewalt und Unruhen schaffen sie Inseln des Friedens und der Versöhnung; und inmitten einer oft dysfunktionalen Staatlichkeit, die von Verantwortungslosigkeit, Korruption, Miss- und Vetterwirtschaft geprägt ist, übernehmen sie Verantwortung für die Lücken im System. Sie erheben dabei ihre Stimmen für Menschen, die kein oder zu wenig Gehör finden.

Die in diesem Band abgedruckten zehn Texte (zwei Synodenbeschlüsse und acht Impulsvorträge oder Aufsätze einzelner Autor*innen) spiegeln ein angemessen weites Meinungsspektrum innerhalb der evangelischen Kirche in Deutschland wider. Sie stellen aber kein konsensuales Resultat der Beratungen in der Evangelischen Akademie Frankfurt oder ihres Arbeitskreises »Frieden und Konflikt« dar. Daher wird in dieser Publikation auch keine gemeinsame *Conclusio* vorgelegt. Die Texte enthalten aber erfahrungsgesättigte friedenspolitische Anregungen, die es verdienen, beachtet, gehört und geprüft zu werden. Ein gerechter und nachhaltiger Friede für die Welt, aber auch besonders für unseren Nachbarkontinent Afrika ist allen Autor*innen ein großes und vorrangiges Anliegen. Die »Sustainable Development Goals« (SDG's) der

4 Im Jahr 2010 bekannten sich fast 95 Prozent aller Afrikanerinnen und Afrikaner entweder zum Christentum oder zum Islam. Vgl. *Asfa-Wossen Assefate*: Afrika. Die 101 wichtigsten Fragen und Antworten, München 2010, S. 81-86.

Vereinten Nationen aus dem Jahr 2015 sind dabei als Horizont für friedenspolitisches Handeln durchaus hilfreich, aber sie dürfen auch nicht unkritisch gesehen werden.

Nur am Rande ist in den vorliegenden Texten von der Herausforderung durch die Covid-19-Pandemie die Rede. Das hat erstens den Grund, dass einige dieser Texte vor dem Ausbruch der Pandemie verfasst wurden. Es hat zweitens den Grund, dass die Texte großenteils einen grundsätzlichen friedensethischen Geltungsanspruch haben und deshalb nicht auf die spezielle Situation eingehen, die mit der Pandemie verbunden ist – die übrigens, soweit derzeit zu erkennen ist, keine wesentlichen friedenspolitischen Auswirkungen hat. Schließlich zeichnet sich aber auch ab, dass »Corona« sich – anders als erwartet – bisher für den Kontinent Afrika nicht als gravierendes Problem darstellt, jedenfalls im Vergleich mit anderen Erdteilen.⁵ Möge dies so bleiben – es gibt ja in anderen Hinsichten noch genügend Aufgaben und Handlungsbedarf für die Afrikanerinnen und Afrikaner und für diejenigen, die mit ihnen verbunden sind.

Die vorliegende Publikation ist dem ehemaligen Direktor der Evangelischen Akademie Arnoldshain, Prof. Martin Stöhr (1932-2019) gewidmet. Er war ein Freund Afrikas, und sein Denken und Handeln galt einem gerechten und nachhaltigen globalen Frieden.

5 Vgl. *Winand von Petershoff*: »Die Dritte überholt die Erste Welt«, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) Nr. 231 vom 5.10.2020, S. 19. Der Autor skizziert anhand der Beispiele von Nigeria und Ghana, woran das liegen könnte: Vorsichtsmaßnahmen (Tragen von Masken) würden eingehalten, die Bevölkerung sei überwiegend jung, die Mobilität sei nicht so groß wie in Industriestaaten, technologische Innovationen wie »Pool-Tests« würden eingesetzt, Drohnen würden benutzt, um zeitnah von entlegenen Gebieten aus Proben ins Labor zu bringen. Interessant scheint mir besonders auch folgender Hinweis: »Und schließlich könnte auch Mitmenschlichkeit ein Faktor sein« (ebd.).

Friede für Afrika – ein Projekt der Aufklärung

Eberhard Martin Pausch

Warum ein Afrika-Projekt der Evangelischen Akademie Frankfurt?

Als die Evangelische Akademie Frankfurt im Jahr 2017 entschied, sich in den kommenden drei Jahren in einer Reihe von Veranstaltungen intensiv mit dem Kontinent Afrika zu beschäftigen, tat sie dies aus einer ganzen Reihe von plausiblen Gründen.

Zum einen wissen wir um die gewaltsamen Konflikte, die Afrika erschüttern, viele Menschenleben kosten, andere Menschen verletzen und traumatisieren. Im Friedensgutachten 2020 heißt es: »Erneut ist Afrika die Region, in der mit 67 Konflikten im Jahr 2018 etwas mehr als die Hälfte aller aktiven Konflikte stattgefunden haben.«¹ Wohlgemerkt: Es geht um die Hälfte aller gewaltsamen Konflikte weltweit.

Zum anderen nehmen wir mit Sorge die große Armut wahr, die immer noch überwiegend auf unserem Nachbarkontinent herrscht: Berechnungen der Weltbank zufolge ist das durchschnittliche Einkommen je Einwohner in Afrika gegenwärtig geringer als zur Zeit der Auflösung des Kolonialsystems.²

Sodann sehen wir auch die desaströsen Konsequenzen des Klimawandels, den der Kontinent Afrika selbst nur in sehr geringem Maße verursacht hat, aber in großem Maße erleiden muss. Es kommt für die

1 2020/Im Schatten der Pandemie: letzte Chance für Europa/Friedensgutachten, hg. von BICC, HSFK, IFSH, INEF, Bielefeld 2020, S. 51.

2 *Sahra Wagenknecht*: Reichtum ohne Gier: Wie wir uns vor dem Kapitalismus retten, Frankfurt a.M. 2016, S. 52.

Betroffenen erschwerend hinzu, dass sie den Eindruck haben, selbst gar nicht oder zu wenig gehört zu werden.³

Auch sind bekanntlich viele der mehr als 70 Millionen zurzeit weltweit auf der Flucht befindlichen Menschen Afrikanerinnen und Afrikaner. Deutschland ist durch diese Fluchtbewegungen nicht erst seit 2015 massiv herausgefordert. Und immer wieder zeigt sich, dass die humanitäre Lage der flüchtenden und geflüchteten Menschen in den meisten Fällen katastrophal ist.⁴

Sucht man nach den Ursachen der gegenwärtig so schwierigen Situation in vielen Ländern Afrikas, stößt man rasch auf die immer noch unbewältigten Folgen und Spätfolgen des Kolonialismus. Die Kolonialgeschichte hat den Menschen in Afrika Wunden und Narben geschlagen und Traumata zugefügt. Daran war Deutschland bekanntlich nicht unbeteiligt.

Hinzu kommt das Problem des weltweit und auch in Deutschland verbreiteten Rassismus, der auf Menschen mit afrikanischen Wurzeln zielt. Nach der Ermordung des Afroamerikaners George Floyd am 25. Mai 2020 im US-Bundesstaat Minnesota entstand die global präsente Bewegung »*Black lives matter*«, die das Recht der »Schwarzen« auf Leben, Menschenwürde und Gleichberechtigung in eindringlicher Weise in Erinnerung ruft. Es ist sicherlich nicht angesagt, diese Bewegung zu kritisieren und ihr das Motto »*All lives matter*« entgegenzusetzen, wenngleich dieser Grundsatz ethisch gesehen unbestreitbar ist.

Es ist aber sehr wohl wichtig, möglichst konkret zu werden, wenn wir die Probleme dieser Welt ansprechen, also Kontinente, Länder, Staaten beim Namen zu nennen. In der Enzyklika von Papst Franziskus »*Laudato si: Über die Sorge für das gemeinsame Haus*« (2015) ist – soweit ich sehe – nur an einer einzigen Stelle (in Zusammenhang

3 <https://www.zdf.de/nachrichten/panorama/umwelttag-klimawandel-afrika-100.html> (abgerufen am 31.8.2020).

4 Dafür steht im Herbst des Jahres 2020 exemplarisch der Name des Flüchtlingslagers *Moria* auf der griechischen Insel *Lesbos*. Bevor das Lager im September 2020 durch Brandstiftung einiger Bewohner*innen abbrannte, lebten dort unter unzumutbaren Bedingungen zeitweise 20.000 Menschen auf einer Fläche, die für höchstens 2.800 Personen vorgesehen war.

mit dem Problem des Wassermangels) explizit von Afrika die Rede, obwohl offensichtlich an vielen Stellen dieser Kontinent gemeint ist.⁵ Auch in der in diesem Band abgedruckten Friedenskundgebung der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) von 2019 kommt das Wort »Afrika« leider an keiner Stelle vor, obwohl wiederum offensichtlich sehr häufig von der besonderen Situation Afrikas die Rede ist.

Die thematische Beschäftigung mit Afrika hat aber nicht nur Gründe, die aus Not, Leid und ähnlichen Defizit-Faktoren resultieren. Im Jahr 2015 haben die Vereinten Nationen die 17 »Sustainable Development Goals« (SDG's) oder »Nachhaltigkeitsziele«⁶ beschlossen, die für alle Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen gelten und bis zum Jahr 2030 umgesetzt werden sollen. Diese Ziele betreffen selbstverständlich (auch) Europa und Afrika. Und sie lassen sich nur dann angehen, wenn dies in koordinierter Weise, also in einem guten, konstruktiven Miteinander geschieht. Die Staaten dieser Erde müssen sich daher in einer Verantwortungsgemeinschaft sehen. Auch dieser Umstand veranlasst uns dazu, einen fokussierten Blick auf den Nachbarkontinent zu werfen, der mit Deutschland und Europa auch in der Gegenwart in besonderer Weise verbunden ist.

Das Erbe der Evangelischen Akademie Arnoldshain

Die Beschäftigung mit Afrika hat für die aus der Evangelischen Akademie Arnoldshain hervorgegangene Evangelische Akademie Frankfurt auch eine historische Tradition. Besonderes Engagement in dieser Hinsicht zeigte der frühere Direktor Martin Stöhr (1932-2019), der von 1969 bis 1986 in der Akademie wirkte.

-
- 5 *Papst Franziskus*: Laudato si: Über die Sorge für das gemeinsame Haus, Freiburg i.Br. 2015, S. 42. Ansonsten redet der Papst von »Entwicklungsländern« (ebd., S. 38) oder schlicht von »armen Ländern« (ebd., S. 62, 178).
- 6 https://de.wikipedia.org/wiki/Ziele_f%C3%BCr_nachhaltige_Entwicklung (abgerufen am 31.8.2020).

In einer Mischung aus Reisebericht und Reflexion veröffentlichte Stöhr im Jahr 1972 den Aufsatz »Beobachtungen – Fragen – Aufgaben. Notizen auf einer Studienreise nach Kenia, Sambia und Malawi«⁷. Viele seiner damals schriftlich fixierten Einsichten sind noch ein halbes Jahrhundert später überraschend aktuell – sie waren damals und sind teilweise auch heute noch unbequem. So hält Stöhr fest, eine Leitfrage der Reise sei die Suche »nach einer anderen, originelleren Kultur« gewesen, die möglicherweise etwas leisten könne, wozu man in Europa kaum noch fähig sei, nämlich die »[...] Integration von Tradition und Bewältigung der Zukunft, Integration von Menschen und technischer Welt nicht auf Kosten des Menschen, Integration von Politik und Moral.«⁸ Dabei nimmt er die jahrhundertelange Geschichte von Sklaverei und Kolonialismus selbstkritisch in den Blick. Ähnlich wie heute Denker wie Felwine Sarr (»Afrotopia«)⁹ antizipiert er eine plurale »Afrikanisierung« bzw. Identitätsstiftung Afrikas, die einen »Abbau der Fremdbestimmung« zugunsten eines Eintretens für Menschenwürde und Menschenrechte einschließt. In religiöser Hinsicht bedeute dies, so Stöhr, sich die Frage zu stellen, ob Jesus weiß sei. Stöhrs Antwort:

»Jesus ist nicht weiß, wie er in vielen älteren Missionskirchen gemalt ist, wo der Teufel selbstverständlich schwarz ist. Sich über eine Einfärbung Gottes bis hin zur Schwarzen Theologie zu erregen ist erst dann möglich, wenn uns klar ist, wie weiß, wie europäisch wir Gott eingekleidet, ja oft bis zur Unkenntlichkeit verhüllt haben.«¹⁰

Derlei Überlegungen waren Anfang der 70er-Jahre noch so ungewohnt, dass Stöhr konsequenterweise eine umfangreiche Bildungsarbeit einforderte, die keineswegs nur den Weg über die Akademien gehen, vielmehr in den Gemeinden und in Initiativgruppen geerdet werden sollte und zugleich die Flügel über »Dienste in Übersee« hin zu

7 *Martin Stöhr*: »Beobachtungen – Fragen – Aufgaben. Notizen auf einer Studienreise nach Kenia, Sambia und Malawi«, in: *Afrikanische Anfragen, Schriften der Evangelischen Akademie in Hessen und Nassau*, hg. von *Hans Kallenbach* und *Willi Schemel*, Heft 96, Frankfurt 1972, S. 44-75.

8 *Martin Stöhr*, *Beobachtungen – Fragen – Aufgaben*, a.a.O., S. 45.

9 *Felwine Sarr*: *Afrotopia*, Berlin 2019.

10 *Martin Stöhr*, *Beobachtungen – Fragen – Aufgaben*, a.a.O., S. 53.

Erkundungen vor Ort im Nachbarkontinent auszustrecken hätte.¹¹ Zur Umsetzung seiner Forderung steuerte er selbst zusammen mit einer ökumenischen Projektgruppe für den »Angola-Sonntag« (23.9.1973) eine für die Nutzung in Gemeinden, Schulen und in Einrichtungen der Erwachsenenbildung gedachte 148 Seiten umfassende Broschüre bei, in welcher die letzte in Afrika verbliebene Kolonialmacht, Portugal, deutlich kritisiert wurde.¹²

Wenn die Evangelische Akademie Frankfurt an die Arnoldshainer Geschichte anknüpft, dann tut sie dies, wie eingangs gesagt, jedoch nicht um bloßer Traditionspflege willen, sondern mit dem aktuellen und höchst brisanten Anliegen: Können wir einen Beitrag leisten zu einem gerechten und nachhaltigen Frieden auf dem Nachbarkontinent?

Die Aufgabe: Ein gerechter und nachhaltiger Friede für Afrika

Als sich 1948 in Amsterdam der Ökumenische Rat der Kirchen (ÖRK) gründete, war nach dem Holocaust und dem Zweiten Weltkrieg eines seiner zentralen Anliegen, dem Weltfrieden zu dienen. Die entscheidende Formel dafür lautete: »**Krieg soll nach Gottes Willen nicht sein.**«¹³ Diese Formulierung ist bedeutsam. Sie sagt nicht: »Krieg **muss sein**, weil Gott es so will« – dies wäre eine Aussage, mit der man »Heilige Kriege« oder »Kreuzzüge« begründen könnte (und leider Gottes auch begründet hat). Sie sagt auch nicht: »Krieg **darf sein**, weil Gott es so will« – mit diesem Satz könnte man Kriege rechtfertigen im Sinne der Lehre vom »gerechten Krieg«, die von Aurelius Augustinus (354-430 nach Christus) bis zum 20. Jahrhundert die in der christlichen Sozialethik vorherrschende friedensethische Auffassung war. Die Formulierung besagt aber auch nicht: »Krieg **darf** nach Gottes Willen

11 *Martin Stöhr*, Beobachtungen – Fragen – Aufgaben, a.a.O., S. 73-75.

12 Angola: Informationen und Modelle für Schule, Kirche und Erwachsenenbildung. Lehr- und Infoheft, hg. von der Ökumenischen Projektgruppe »Angola-Sonntag«, Arnoldshain 1973.– Die Entkolonisierung Angolas wurde nach der »Nelkenrevolution« in Portugal im Jahr 1974 eingeleitet und 1975 vollendet.

13 Daran erinnert zu Recht *Wilfried Härle*: Ethik, Berlin/Boston 2. Aufl. 2018, S. 367f.

nicht sein«, was eine radikalpazifistische Auffassung wäre. Nicht selten wird die Formel des Weltkirchenrates von 1948 aber in dieser radikalpazifistischen Interpretation verstanden und kommuniziert – bis hin zur aktuellen synodalen Verlautbarung der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau von 2019.

Der Satz »Krieg soll nach Gottes Willen nicht sein« ist keine Aussage, die radikalpazifistisch gemeint wäre – sie führt aber erst recht nicht zurück zur Lehre vom Heiligen Krieg oder zur Lehre vom gerechten Krieg. Sie ist im Grunde die Ausgangsformel für die Entwicklung einer Lehre vom »gerechten Frieden«, wie sie heute in Deutschland von der Evangelischen Kirche in Deutschland¹⁴ ebenso wie von der römisch-katholischen Kirche¹⁵ (und vielen anderen Kirchen weltweit ebenso) vertreten wird.¹⁶ Die Lehre vom »gerechten Frieden« beinhaltet dabei – kurz gesagt – die grundlegende friedensethische Einsicht, dass ein im guten Sinne nachhaltiger irdischer Frieden nur dann wachsen kann, wenn er dauerhaft und systematisch mit *Recht* (im Sinne einer internationalen Rechtsordnung) und *Gerechtigkeit* (im Sinne einer realen Beseitigung von Armut, Hunger und materieller Not) verbunden ist.¹⁷ Wer diese Lehre vertritt, der wird sich dafür einsetzen, dass die Stärke des Rechts an die Stelle des Rechts der Stärkeren tritt. Und er/sie wird an der Leitidee der sozialen Gerechtigkeit im weltweiten Maßstab festhalten, was in der Gegenwart die Praxis einer Verteilungsgerechtigkeit¹⁸

14 Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen. Eine Denkschrift des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Gütersloh 2. Aufl. 2007.

15 Vgl. *Die deutschen Bischöfe: Gerechter Friede*, hg. vom Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, Bonn 2000.

16 Zu den klassischen Paradigmen der Friedensethik (Bellizismus, Heiliger Krieg, Gerechter Krieg, Gerechter Friede, Pazifismus) vgl. Eberhard Martin Pausch: Artikel »Frieden, Friedensbewegung«, in: Evangelisches Staatslexikon 4. Auflage, Stuttgart 2006, Sp. 664-673.

17 Eberhard Martin Pausch: »Vom gerechten Krieg zum gerechten Frieden – zur kirchlich-theologischen Einordnung der Denkschrift«, in: Angelika Dörfler-Dierken/Gerd Portugall (Hg.): *Friedensethik und Sicherheitspolitik – Weißbuch 2006 und EKD-Friedensdenkschrift 2007 in der Diskussion*, Wiesbaden 2010, S. 111-124.

18 Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen, a.a.O., S. 61f.

einschließen muss. Mit Dieter Senghaas ist festzustellen: »Eine Politik aktiver Verteilungsgerechtigkeit ist also eine Mindestvoraussetzung für den sozialen Frieden innerhalb von Gesellschaften wie zwischen ihnen.«¹⁹

Die Lehre vom gerechten Frieden schließt im Gegensatz zu einem radikalen Pazifismus zwar die Möglichkeit der Anwendung militärischer, rechtserhaltender Gewalt als »ultima ratio« ein, weiß jedoch um die Begrenztheit militärischer Instrumente: Diese können einen gerechten Frieden niemals schaffen, sondern allenfalls dessen Bedingung der Möglichkeit.²⁰ Aber immerhin: Dieser Möglichkeitsbedingung bedarf es in bestimmten Kontexten, um zivilen Ansätzen der »Hilfe zur Selbsthilfe« in kriegerischen Konflikten überhaupt Raum zu verschaffen.

Der von 2014 bis 2020 amtierende evangelische Militärbischof Sigurd Rink belegt anhand seiner Erfahrungen im westafrikanischen Staat Mali, »[...] dass das Militär, selbst wenn es als *Peacekeeper* unterwegs ist, mitnichten dazu taugt, Frieden und Gerechtigkeit herzustellen. Es kann allenfalls die Voraussetzungen dafür schaffen, dass verfeindete Parteien sich bemühen, miteinander ins Gespräch zu kommen und sich zu einigen.«²¹

Eine zentrale Frage, die die Evangelische Akademie Frankfurt in den vergangenen Jahren und besonders in den Veranstaltungen des Jahres 2020 beschäftigt hat, lautet vor dem skizzierten Hintergrund: **Ist ein gerechter und nachhaltiger Friede für den Kontinent Afrika (oder auch nur für einige seiner Länder) möglich?** Dabei ist – wie eingangs bereits gesagt – mit dem »Friedensgutachten« des Jahres 2020 davon auszugehen, dass die friedenspolitische Lage auf dem Nachbarkontinent nicht

19 Dieter Senghaas: Zum irdischen Frieden. Erkenntnisse und Vermutungen, Frankfurt a.M. 2004, S. 274.

20 Sigurd Rink: Können Kriege gerecht sein? Glaube, Zweifel, Gewissen – wie ich als Militärbischof nach Antworten suche, Berlin 2019, S. 27, 162.

21 Sigurd Rink: Können Kriege gerecht sein?, a.a.O., S. 162. Überhaupt ist Sigurd Rinks Erfahrungsbericht zu Mali, der inmitten des sehr nachdenklichen Buches einen Aufsatz für sich darstellt, außerordentlich lesenswert (ebd., S. 140-164).

erst seit kurzem, sondern schon seit längerer Zeit von gewaltsamen und kriegerischen Konflikten geprägt ist.

Die Evangelische Akademie Frankfurt widmet sich dem Thema vor dem Hintergrund der friedensethischen Leitlinien der EKD, die in Inhalt und Umfang in großen Teilen – jedoch nicht in jeder Hinsicht – mit den 2015 von den Vereinten Nationen beschlossenen Sustainable Development Goals (SDG's) konvergieren. Eine zentrale friedensethische These der Evangelischen Akademien in Deutschland lautet, auf dem Fundament der Lehre vom gerechten Frieden basierend: »*Ohne nachhaltige Entwicklung kein Friede*« (als Akronym: **ONEF**). Diese These findet sich nahezu wörtlich in der Kundgebung der EKD-Synode vom November 2019. In deren zweitem Abschnitt heißt es: »Ohne nachhaltige Entwicklung gibt es keinen Frieden.«²² Die Kundgebung von 2019 wiederum versteht sich in Kontinuität zu den in der EKD-Friedensdenkschrift von 2007 (»Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen«) entfalteten friedensethischen Leitlinien. Diese umfassen *einen* friedensethischen Leitbegriff, *zwei* zentrale Prinzipien und ein Verständnis von Frieden als einem Prozess, der sich wesentlich in *vier* Dimensionen entwickelt.

- Der *eine friedensethische Leitbegriff* der EKD ist (spätestens) seit der Veröffentlichung ihrer Friedensdenkschrift im Jahr 2007 der *Begriff des gerechten Friedens*, der als eine praxisleitende Arbeitshypothese oder auch Zielperspektive verstanden werden kann. Die klassische Lehre vom gerechten Krieg, die anderthalb Jahrtausende lang die christliche Friedensethik bestimmt hat, wird damit verabschiedet. Frieden bestimmt sich vielmehr von seiner wesenhaften Verbundenheit mit (Völker-)Recht und (sozialer) Gerechtigkeit her. »In diesem Sinn bezeichnet ein gerechter Friede die Zielperspektive politischer Ethik.«²³

22 https://www.ekd.de/ekd_de/ds_doc/Kundgebung-Kirche-auf-dem-Weg-der-Gerechtigkeit-und-des-Friedens.pdf (abgerufen am 31.8.2020).

23 Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen, a.a.O., S. 54.

- Die Denkschrift vertritt ferner zwei *Prinzipien*: A) *Zivil geht vor militärisch*: »Militärische Maßnahmen müssen Bestandteil einer kohärenten Friedenspolitik unter dem Primat des Zivilen bleiben.«²⁴ B) *Prävention geht vor Intervention*: »Durchgängig wird in der Denkschrift die Notwendigkeit der Prävention hervorgehoben; gewaltfreien Methoden der Konfliktbearbeitung wird der Vorrang zuerkannt; den zivilen Friedens- und Entwicklungsdiensten wird für die Wiederherstellung, Bewahrung und Förderung eines nachhaltigen Friedens eine wichtige Rolle zugeschrieben.«²⁵ Aus Grundsatz a) folgt, dass militärische Maßnahmen, wenn überhaupt, dann nur als »ultima ratio« in einem friedensethischen und friedenspolitischen Gesamtkonzept verortet werden können, in dem zivile Maßnahmen (Diplomatie, wirtschaftliche Aufbau- und Entwicklungszusammenarbeit²⁶, medizinische Versorgung, Arbeit ziviler Friedensdienste usw.) den Handlungsprimat haben. Aus Grundsatz b) folgt, dass vorausschauendes Handeln, langfristige Planung, aber auch sorgfältige Wahrnehmung von politischen Veränderungen und Entwicklungen notwendig sind, um kurzatmiges, oft hilflos intervenierendes Handeln in Krisensituationen vermeiden zu können.
- Schließlich charakterisiert die EKD Frieden als einen Prozess, der mindestens *vier wesentliche Dimensionen* hat: (1) Schutz vor (physischer oder psychischer) Gewalt, (2) Förderung von Freiheit im Sinne der Gewährleistung von demokratischen Grundrechten und staatsbürgerlichen Beteiligungsmöglichkeiten, (3) Abbau von materieller/sozialer Not wie Hunger, Durst, Obdachlosigkeit usw., (4) Anerkennung kultureller Vielfalt. Diese vier Dimensionen fungieren als »Prüfinstanzen« dafür, ob ein Friedensprozess sich

24 Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen, a.a.O., S. 78.

25 So der damalige Ratsvorsitzende Wolfgang Huber in seinem Vorwort, in: Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen, a.a.O., S. 9.

26 Früher sprach man von »Entwicklungshilfe« statt »Entwicklungszusammenarbeit«. Der erstgenannte Begriff wird heute kaum noch verwendet, weil er als paternalistisch und diskriminierend wahrgenommen wird. Auch der Begriff »Entwicklungszusammenarbeit« wird manchmal hinterfragt, findet aber insgesamt größere Akzeptanz.

in einem bestimmten gesellschaftlichen und staatlichen Rahmen verwirklicht.²⁷

Deutlich ist: Will man die zentrale These »Ohne nachhaltige Entwicklung kein Friede« verstehen und/oder in ihrem Geltungsanspruch überprüfen, muss nicht nur der Begriff des »Friedens« (oder eben des »gerechten Friedens«) erklärt werden, sondern bedürfen auch die Begriffe »Nachhaltigkeit« und »Entwicklung« der Explikation. Dies gilt erst recht für ihr Zusammenspiel, vor allem also dem seit den 80er/90er Jahren des 20. Jahrhunderts gängigen Kompositum »nachhaltige Entwicklung« (»sustainable development«).

Entwicklung – was heißt das?

»ΔΑΙΜΩΝ, Dämon

Wie an dem Tag, der dich der Welt verliehen,
Die Sonne stand zum Gruße der Planeten,
Bist alsobald und fort und fort gediehen
Nach dem Gesetz, wonach du angetreten.
So mußt du sein, dir kannst du nicht entfliehen,
So sagten schon Sibyllen, so Propheten;
Und keine Zeit und keine Macht zerstückelt
Geprägte Form, die lebend sich entwickelt.«
(Johann Wolfgang von Goethe: Urworte orphisch, 1817)

Wenn der Dichter Johann Wolfgang von Goethe (1749-1832) in seiner kunstvollen Stanze »Dämon« den Begriff der Entwicklung verwendet, dann versteht er ihn in einem deutlich intransitiven Sinn: Etwas oder jemand entwickelt sich *aus sich selbst heraus* – nicht etwas oder jemand entwickelt etwas oder jemand anderen. Was Goethe unter einem »Dämon« oder dem »Dämonischen« versteht, kann hierbei offenbleiben – er hat sich an anderer Stelle, etwa in »Dichtung und Wahrheit« oder

27 Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen, a.a.O., S. 53-56.

in seinen Gesprächen mit Eckermann, dazu ausführlich geäußert. So viel wird aus dem Gedicht deutlich: Ein »Dämon« ist laut Goethe eine individuelle Entität mit einem Entwicklungsgesetz, das in ihr selbst begründet liegt. Es kann sich dabei auch um eine Person handeln. Goethe nennt den historischen Grafen Egmont als Beispiel. Eine solche Entität hat ein Ziel in sich selbst, ist »entelechisch« strukturiert und kann von außen zwar gebremst, aber nicht zerstört und letztlich auch nicht aufgehalten werden. Ist der Kontinent Afrika eine solche »entelechische« Wesenheit? Eine entelechische »Monad« im Sinne von Leibniz kann er freilich nicht sein, denn Monaden sind in sich selbst vollkommen abgeschlossen und »fensterlos«, und das ist nicht erst seit Beginn der Globalisierung für keinen Kontinent dieser Erde mehr möglich. Sie alle haben »Fenster« nach außen, und wenn es nur die des Internets sein sollten.

»Geprägte Form, die lebend sich entwickelt« – ist dies eine Beschreibung für das Gesetz, nach dem der Kontinent Afrika lebt? Wenn dem so wäre, wie kann dies mit den 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung zusammengedacht werden, denen sich die Staaten dieser Welt seit dem Jahr 2015 verpflichtet haben?

Der Rahmen für unser Handeln: Die »Sustainable Development Goals«

»*Entwicklung ist der neue Name für Frieden*«, so lautet eine zentrale Botschaft von Papst Paul VI., die den engen, unauflösbaren Zusammenhang der Konzepte »Frieden« und »Entwicklung« betonte.²⁸ Allerdings: Ein enger Zusammenhang ist noch keine Identität, und das Verständnis des Begriffes »Entwicklung« hat sich seit den Zeiten des Pontifikats von Paul VI. (1963-1978) durchaus verändert (wie auch das Verständnis des Friedensbegriffs). Nach den Millennium Development Goals (MDG's), die 2000 in Kraft traten, wurden von den Vereinten Nationen im Jahr 2015

28 Einen Überblick dazu gibt *Jörg Ernesti*: Paul VI. – Der vergessene Papst, Freiburg i. B. 2012, S. 174-180.

die »Sustainable Development Goals« (SDG's) beschlossen und von den Mitgliedstaaten der UN in Geltung gesetzt. Die SDG's, die auch Nachhaltigkeitsziele genannt werden und im Rahmen einer »Agenda 2030« stehen, haben ihrem Anspruch nach eine weltweite, universale Geltung.

Dennoch seien die SDG's »das bestgehütete Geheimnis«²⁹ der bundesdeutschen Politik, meint etwa die frühere sozialdemokratische Ministerin für Entwicklung, Heidemarie Wieczorek-Zeul. Das hat zum einen mit deren Komplexität zu tun: Denn fragt man die Frau oder den Mann »auf der Straße«, werden wohl die wenigsten von ihnen wissen, was mit diesen Zielen gemeint ist oder sie gar alle aufzählen können – von den 169 Unterzielen und den ihnen zum Zweck der Überprüfung zugeordneten Indikatoren ganz zu schweigen. Zum anderen könnte es auch sein, dass Teile der Politik und der Medien ein Interesse daran haben, die Agenda nicht allzu bekannt zu machen.

Jedoch hat der seit 2013 amtierende Entwicklungsminister Gerd Müller in seinem 2020 erschienenen Buch die Verbindlichkeit der Agenda und ihrer Ziele für die deutsche Politik insgesamt und für die Entwicklungspolitik im Besonderen erneut bekräftigt.³⁰ In seinem Buch ist an vielen Stellen von Afrika die Rede. Dieser Kontinent ist für Minister Müller ein wichtiges Paradigma für seine durchweg optimistische Sicht der Dinge. Müller meint beispielsweise dezidiert, bis 2030 lasse sich »eine Welt ohne Hunger« erreichen.³¹

Die nachhaltigen Entwicklungsziele sind laut Uwe Schneidewind als ein »globaler Kompass für eine nachhaltige Welt« zu sehen.³² Rein begrifflich setzen sie sich ja aus den Komponenten »Nachhaltigkeit« und »Entwicklung« zusammen. Beide Teilbegriffe sind mindestens erläuterungsbedürftig.

29 *Heidemarie Wieczorek-Zeul*: Gerechtigkeit und Frieden sind Geschwister: Politisches Engagement in Zeiten der Globalisierung, Marburg 2018, S. 176.

30 *Gerd Müller*: Umdenken: Überlebensfragen der Menschheit, Hamburg 2020, S. 13f, 165-173, 178f.

31 *Gerd Müller*: Umdenken, a.a.O., S. 177.

32 *Uwe Schneidewind*: Die Große Transformation: Eine Einführung in die Kunst gesellschaftlichen Wandels, Frankfurt a.M. 2018, S. 107-120.

Denn »Entwicklung« kann transitiv (B entwickelt A) oder intransitiv (A entwickelt sich selbst) verstanden werden. Im ersten Fall wäre B, im zweiten Falle A das Subjekt der Entwicklung; im ersten Fall wäre A als passiv, im zweiten Falle wäre A als aktiv zu betrachten.³³ Auch schwingt im Begriffsantagonismus »entwickelt – unterentwickelt« eine sehr deutliche Bewertung mit. Als Martin Stöhr sich im Jahr 1984 um das Amt des Kirchenpräsidenten der EKHN bewarb, kritisierte er in seiner Bewerbungsrede die genannte Bewertung, indem er die rhetorisch gemeinte Frage stellte: »Wir sind entwickelt, andere unterentwickelt. Wenn diese so werden wie wir, sind sie auch entwickelt?«³⁴ Nicht jede/r versteht diese Art von Ironie, und nicht jede/r sieht überhaupt die Problematik der Bewertung. Noch im Jahr 1998 bezeichnete Adrian Hastings in seinem Lexikonartikel »Afrika III. Christentum« in der 4. Auflage des renommierten theologischen Lexikons »Religion in Geschichte und Gegenwart« (RGG) den Kontinent Afrika als »unterentwickelt«³⁵. Obwohl der Begriff »Entwicklungsland« deskriptiv gemeint ist, verstehen ihn in der Gegenwart nicht wenige Menschen als diskriminierend und kritisieren ihn deshalb oder lehnen ihn sogar ab.³⁶

Das Substantiv »Nachhaltigkeit« und das Adjektiv »nachhaltig« wiederum werden heute im allgemeinen Sprachgebrauch sowohl infla-

33 Vgl. zu der Dichotomie »intransitiv/transitiv« im Zusammenhang der Entwicklungsthematik den Aufsatz von *Wolfgang Sachs*: »Die Ära der Entwicklung: Das Ende eines Mythos«, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 8 (2020), S. 79-89, dort S. 81.

34 Dieses Zitat im Kontext der vollständigen Rede von *Martin Stöhr* findet sich im Protokoll der 10. Tagung der 6. Kirchensynode der EKHN vom 3.–7.12.1984 in Frankfurt a.M., hg. vom Kirchensynodalvorstand der EKHN, Darmstadt 1985, 22-27.

35 *Adrian Hastings*: »Afrika III. Christentum«, in: RGG 4. Aufl., Bd. 1, Tübingen 1998, Sp. 148-158, dort Sp. 157.

36 So gibt etwa das *AntiDiskriminierungsbüro Köln/Öffentlichkeit gegen Gewalt e.V.* ein sog. »Glossar für einen rassismuskritischen Sprachgebrauch« heraus: <https://www.uni-hamburg.de/gleichstellung/download/antirassistische-sprache.pdf> (abgerufen am 31.8.2020). In dieser Publikation werden die Begriffe »Entwicklungsland«, »Entwicklungshilfe« und »Entwicklungspolitik« als diskriminierend abgelehnt.

tionär verwendet als auch nahezu ausschließlich positiv bewertet. Da der Begriff aber beispielsweise auch in militärischen Zusammenhängen vorkommt (wo er eine »nachhaltige Zerstörung« meinen kann), kann er nicht als genuin positiv verstanden werden. Er definiert sich vielmehr immer auch über den jeweiligen Zusammenhang, in dem er verwendet wird.

Im Unterschied zu den »Millenium Development Goals« (MDG's) aus dem Jahr 2000 sind die SDG's allerdings – darin wird von vielen Seiten ihr großes Plus gesehen – als Ziele für alle Länder verbindlich, die den Vereinten Nationen angehören³⁷. Es handelt sich somit nicht um bloß für sogenannte »Entwicklungsländer« verbindliche Ziele.³⁸ Man kann wohl davon ausgehen, dass die Zahl der (zumindest nominellen) Befürworter der »Agenda 2030« sehr hoch liegt. Diese Position kennzeichne ich im Folgenden als »**Pro-SDG's**«.

Allerdings gibt es auch Kritik an den SDG's, die zum Teil aus den sogenannten »Entwicklungsländern« selbst kommt. Ein prominenter Kritiker ist Felwine Sarr, ein Professor für Wirtschaftswissenschaften aus dem Senegal. Seine Kritik entzündet sich unter anderem an der Kehrseite des Entwicklungsbegriffes, dem Gedanken der »Unterentwicklung«³⁹, aber sie mündet in eine radikalere Sichtweise. Sarr bezeichnet die Begriffe »Entwicklung« und »Wachstum« als »Schlüsselbegriffe« der Gegenwart, die dem »Westen« entstammten⁴⁰ und daher für den Kontinent Afrika nicht maßgeblich sein könnten. Es handele sich des Näheren um »Worthülsen«, noch genauer um »Mythen des Westens«⁴¹, um Ausdrucksformen einer Denkweise, die rein »westlich«

37 Bis auf den Vatikanstaat und 11 weitere Länder gehören alle Staaten dieser Erde den Vereinten Nationen an.

38 *Heidmarie Wiczorek-Zeul*: Gerechtigkeit und Frieden sind Geschwister, a.a.O., S. 118f.

39 *Felwine Sarr*: Afrotopia, Berlin 2019, S. 108. Sarr weist an dieser Stelle im Anschluss an Blondin Cissé auch darauf hin, dass in der Französischen Verfassung immer noch von der »positiven Rolle des Kolonialismus« die Rede sei.

40 *Felwine Sarr*: Afrotopia, a.a.O., S. 13f.

41 *Felwine Sarr*: Afrotopia, a.a.O., S. 17.

geprägt sei⁴² und für Afrika keine Geltung beanspruchen könne oder dürfe. Insbesondere sei das »Wachstumsparadigma« abzulehnen. Afrika müsse nicht »wachsen« und auch niemanden »einholen«. ⁴³ Felwine Sarr gehört damit zu den Vertretern des »Postwachstumsparadigmas« (»Degrowth Paradigm«)⁴⁴. Seine Infragestellung der SDG's ist radikal und grundsätzlich. Die von Sarr und einigen anderen vertretene Position nenne ich »**Contra-SDG's**«. Sie ist freilich keine rein destruktive Position, vielmehr von einer positiven Vision geleitet, eben einer »Afrotopie«, die auf die ureigenen ideellen und materiellen Kräfte des Kontinents Afrika setzt.

Eine mittlere Position in dieser Debatte vertritt beispielsweise der »Club of Rome« in seinem aktuellen Bericht aus dem Jahr 2018.⁴⁵ In diesem Bericht werden zwar grundsätzlich die SDG's bejaht, insofern durch sie die schon vor Jahrzehnten gewonnenen Grundeinsichten des Club of Rome zur Bedeutung der »Sustainability« bekräftigt werden⁴⁶. Zugleich konstatiert der Club of Rome jedoch auch »massive Widersprüche« zwischen den sozioökonomischen und den ökologischen SDG's und fordert die Kohärenz der Ziele ein⁴⁷. Maja Göpel, eine der Mitautorinnen des Berichts, konkretisiert in ihrem aktuellen Buch die vorliegende Inkohärenz: Je mehr Wirtschaftswachstum es gebe, desto rascher werde der Klimawandel voranschreiten – deshalb sei dem Klimaschutzziel gegenüber dem Wachstumsziel der Vorrang zu geben.⁴⁸ Das gilt natürlich erst recht, wenn das Wachstumsziel allen Ländern in gleicher Weise vorgegeben und **als Richtgröße in der Agenda ein Wert von 7 Prozent (!) des Bruttoinlandproduktes** genannt wird.

42 Felwine Sarr: Afrotopia, a.a.O., S. 21-28 (u.ö.).

43 Felwine Sarr: Afrotopia, a.a.O., S. 46f, 154.

44 Einen Überblick bieten Matthias Schmelzer/Andrea Vetter: Degrowth/Postwachstum zur Einführung, Hamburg 2019.

45 Ernst Ulrich von Weizsäcker/Anders Wijkman: Wir sind dran: Was wir ändern müssen, wenn wir bleiben wollen, München 2018.

46 Vgl. hierzu Ernst Ulrich von Weizsäcker: Erdpolitik: Ökologische Realpolitik an der Schwelle zum Jahrhundert der Umwelt, 3., aktualisierte Auflage – nach dem Erdgipfel von Rio de Janeiro –, Darmstadt 1992.

47 Ernst Ulrich von Weizsäcker/Anders Wijkman: Wir sind dran, a.a.O., S. 90-98.

48 Maja Göpel: Unsere Welt neu denken: Eine Einladung, München 2020, S. 74-96.

Von daher fragt sich auch ganz grundsätzlich: Sind die vorgegebenen Ziele überhaupt (und schon gar bis zum Jahr 2030) erreichbar? Schon das sehr basale Ziel, dass kein Mensch auf der Welt dann mehr Hunger haben dürfe, könnte sich – entgegen der Prognose des Entwicklungsministers Gerd Müller – als unerfüllbar erweisen. Würde es sich dann aber nicht um Utopien handeln, die zwar handlungsleitend sein, die aber auch sehr leicht zu Überforderung und Enttäuschungen führen können? Ähnlich skeptische Zwischenbilanzen ziehen Bernd Luderemann⁴⁹ und Wolfgang Sachs⁵⁰. Diese skizzierte Mittelposition könnte man als »SDG's – Ja, aber ...« bezeichnen.

Eines freilich steht fest: Wenn man nicht die »**Contra-SDG's**«-**Position** vertritt, sondern eine der beiden anderen, dann ist es unerlässlich, »das bestgehütete Geheimnis« zu lüften, die »Agenda 2030« noch mehr als bisher ins Bewusstsein der Öffentlichkeit zu heben und ihre grundsätzliche Akzeptanz ebenso zu stärken wie ihre faktisch handlungsleitende Bedeutung.

Vorgeschichte und Hintergrund: Der Kontinent Afrika als Opfer von Kolonialismus

Unbestreitbar ist unser Nachbarkontinent Afrika über Jahrhunderte Opfer imperialistischer Kolonialpolitik gewesen. Bis zum 19. Jahrhundert wurden nach heutigen Erkenntnissen zwischen 12 und 50 Millionen afrikanischer Menschen als Sklavinnen und Sklaven nach Nordamerika verschifft und mussten dort unter menschenunwürdigen Bedingungen leben und arbeiten.⁵¹ So erklärt sich – Karl Marx zufolge

49 *Bernd Luderemann*: »Mehr Vision als Arbeitsplan«, in: *Weltsichten* 7/8 (2020), S. 12-17.

50 *Wolfgang Sachs*: »Die Ära der Entwicklung: Das Ende eines Mythos«, a.a.O., S. 79-89. *Mit Erlaubnis von Herrn Sachs und des Verlages konnte dieser Aufsatz auch in unsere Publikation aufgenommen werden.*

51 *Asfa-Wossen Assefate*: *Die neue Völkerwanderung: Wer Europa bewahren will, muss Afrika retten*. Berlin 4. Aufl. 2017, S. 47.

– die sogenannte »ursprüngliche Akkumulation« des Kapitals aus Umfang und Dynamik des christlich legitimierten Kolonialsystems. Und der ökonomisch-industrielle Erfolg der USA seit dem 19. Jahrhundert beruht damit in nicht geringem Maße auf der Verwandlung Afrikas in ein »Geheg zur Handelsjagd auf Schwarzhäute«⁵².

Aber auch die europäischen Staaten profitierten erheblich von dem Kolonialsystem. In geradezu zynischer Weise wurde auf der sogenannten »Berliner Konferenz« von 1884 – ohne Beteiligung auch nur eines einzigen Afrikaners – die Aufteilung Afrikas in Einflusszonen beschlossen, die die Grenzen der heute bestehenden afrikanischen Staaten nach Gutdünken der Konferenzteilnehmer festlegten.⁵³ Als einzelne Völker Afrikas wie die Herero und die Nama zu Beginn des 20. Jahrhunderts sich gegen ihre Kolonialherren erhoben, wurden deren Aufstände blutig niedergeschlagen. Es kam zum ersten Genozid des neuen Jahrhunderts mit rund 80.000 Toten – und diesen Völkermord hatte das Deutsche Reich verursacht. Während die Konservativen im Deutschen Reichstag den Mut und die Tapferkeit der deutschen Soldaten dabei hervorhoben, gestand der Sozialdemokrat August Bebel den Herero das »uneingeschränkte Widerstandsrecht« zu, da diesem Volk die Menschenrechte verweigert worden waren.⁵⁴

Zwar musste Deutschland die in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts erworbenen Kolonien nach dem Ersten Weltkrieg abgeben (und so war der deutsche Kolonialismus zumindest von der Länge der Zeit her gesehen eine Episode), aber wie die anderen europäischen Großmächte blieb auch Deutschland in Afrika präsent. Im Zweiten Weltkrieg war Deutschland mit dem »Afrika-Korps« dort sogar militärisch in großem Umfang aktiv. Politisch und wirtschaftlich war auch die Bundesrepublik Deutschland immer präsent. Nicht zuletzt zum eigenen wirtschaftlichen Vorteil. Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre des 20. Jahr-

52 *Karl Marx*: Das Kapital. Band 1 (1867), Anaconda-Verlag 2009, S. 694.

53 *Asfa-Wossen Assef*: Die neue Völkerwanderung, a.a.O., S. 48-50; vgl. auch *Charlotte Wiedemann*: Der lange Abschied von der weißen Dominanz, München 2019, S. 198-202.

54 *Jürgen Schmidt*: August Bebel. Kaiser der Arbeiter, Zürich 2013, S. 199-201.

hundreds wuchs zwar weltweit ein Verantwortungsbewusstsein für die sogenannte »Dritte Welt« und die »Entwicklungsländer«. Aber selbst dieses Verantwortungsbewusstsein trug über weite Strecken paternalistische bis neokolonialistische Züge.

Zudem hatte der von Europa und den USA ausgehende Kolonialismus bis Mitte des 20. Jahrhunderts eine unglaublich zerstörerische Dynamik in Afrika entfaltet. Der evangelische Theologe Helmut Gollwitzer schrieb dazu bereits 1974: »Der europäische Kolonialismus hat die Entwicklungsbedingungen der unterworfenen Länder unwiderruflich zerstört, diesen Ländern eine Entwicklung nach seinen eigenen Interessen aufgezwungen und damit den ökonomisch-politischen Vorsprung der weißen Industrieländer nicht nur ermöglicht, sondern – jedenfalls unter kapitalistischen Bedingungen – uneinholbar gemacht.«⁵⁵ Es ist aus heutiger Sicht erstaunlich, wie Gollwitzer hier »Klartext« redete: »unwiderruflich zerstört« und »uneinholbar« sind Urteile, die einen endgültigen Charakter haben. Gollwitzer analysierte aber auch schon den unstillbaren »Zwang zum Wachstum«, der dem Kapitalismus inhärent war und ist⁵⁶. Und immerhin ist der so zu charakterisierende Kapitalismus seit fast dreißig Jahren in nahezu konkurrenzloser Weise globalisiert worden. Es bedarf keiner großen Phantasie, was diese Globalisierung für die großenteils ohnehin weit abgeschlagenen Länder auf unserem Nachbarkontinent bedeutete.

Während der ersten »Großen Koalition« von CDU/CSU und SPD wurde im Jahr 1968 der SPD-Politiker Erhard Eppler (1926-2019) zum Entwicklungsminister berufen. Er hatte dieses Amt bis 1974 inne, schied wegen einer Auseinandersetzung mit dem neuen Bundeskanzler Helmut Schmidt (1918-2015), die unter anderem seinen Etat betraf, freiwillig aus dem Amt. Zuvor aber hatte er mit seiner Politik den Kontinent

55 *Helmut Gollwitzer*: Die kapitalistische Revolution, München 1974, S. 26.

56 *Helmut Gollwitzer*: Die kapitalistische Revolution, a.a.O., S. 39-41. Wobei damit nicht ausgeschlossen ist, dass sich dieser »Wachstumszwang« auch in dem inzwischen untergegangen kommunistischen System fand – im Gegenteil! Hierin stand der sog. »Kommunismus« dem Kapitalismus in nichts nach.

Afrika zunehmend in den Vordergrund der öffentlichen Aufmerksamkeit gerückt. Er hatte sogar, so bewertet der Historiker Edgar Wolfrum die »Ära Eppler«, »[...] die Entwicklungspolitik als dritte tragende Säule der Außenpolitik – neben der West- und der Ostpolitik – zu etablieren [...]« vermocht.⁵⁷ Schon damals argumentierte Eppler einerseits mit humanitären Gesichtspunkten, andererseits aber auch mit der Vernunft: »Wer jetzt [1974!, Anm. des Autors] nicht mehr für Afrika tue, müsse in zwanzig oder dreißig Jahren mit einem gewaltigen Einwanderungsdruck rechnen.«⁵⁸

Ebenfalls bereits in den 1970er Jahren schrieb der italienische Eukommunist, Enrico Berlinguer (1922-1984): »Daher unser Interesse an den Problemen des derzeitigen Weltbildes und vor allem an denen, die mit der Förderung der unterentwickelten Länder und der großen Notstands- und Hungergebiete zu tun haben. Dies Werk kann nicht mehr in der paternalistischen Form von ›Hilfe‹ und ›Unterstützung‹ durchgeführt werden. Dies hat sich als völlig unzureichend erwiesen und wird auch mit Recht von den Empfängern abgelehnt. Es muss sich vielmehr in einer erweiterten Zusammenarbeit, in einem ›gleichberechtigten‹ Austausch realisieren, also unter voller Beteiligung der Völker und der neuen Länder [...]«.⁵⁹ Der Gedanke eines partnerschaftlichen Umgangs mit den Völkern und Staaten Afrikas, einer Kommunikation auf Augenhöhe, entwickelte sich nur sehr langsam, in den Reihen der politischen Linken zuerst, aber auch dort nur gegen Widerstände und fragmentarisch.

Heidemarie Wieczorek-Zeul, Entwicklungsministerin von 1998 bis 2009, setzte 2004 bei einem Aufenthalt in Namibia ein bemerkenswertes Zeichen der Buße, indem sie die deutsche Schuld an dem hundert

57 *Edgar Wolfrum*: Die glückliche Demokratie: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart, Stuttgart 2006, S. 378f.

58 So im Rückblick auf diese Zeit: *Erhard Eppler*: Links leben: Erinnerungen eines Wertkonservativen, Berlin 2015, S. 168f, vgl. insgesamt S. 130-179.

59 *Enrico Berlinguer*: Die internationale Politik der italienischen Kommunisten: Reden und Schriften. Mit einer Einleitung von Wolfgang Leonhard, Stuttgart 1978, S. 46.

Jahre zuvor begangenen Völkermord an den Herero und Nama bekannte und (als überzeugte Christin) durch das Beten des Vaterunsers um Vergebung dieser Schuld bat.⁶⁰ Sie bekannte, den Menschen in Namibia »zuhören« zu wollen und überbrachte ihnen zugleich eine Botschaft. Sie gedachte der Gräueltaten des Jahres 1904, erkannte in Anknüpfung an August Bebel den Freiheitskampf der afrikanischen Völker in der damaligen Situation an, bat ausdrücklich um Vergebung, plädierte für eine Erinnerungskultur ebenso wie für eine gemeinsame Zukunftsvision und sprach für die Bundesrepublik Deutschland eine Verpflichtung zu Beistand und Hilfe aus.

Auch ihr Nach-Nachfolger, der CSU-Politiker Gerd Müller (seit 2013 Entwicklungsminister), sieht sich aus seinem christlichen Wertgefüge heraus in besonderer Weise der Hilfe für und Partnerschaft mit dem Kontinent Afrika verpflichtet. Er fordert daher ein »Umdenken« unter dem Vorzeichen der »Sustainable Development Goals« (SDG's).⁶¹ Und er plädiert für eine »Ethik der Verantwortung« nicht nur im Verhältnis Deutschland-Afrika, sondern auch im weltweiten Maßstab: »Wir brauchen dringend eine neue weltweite Verantwortungsethik«.⁶²

Wörtlich heißt es in seinem aktuellen Buch: »Europa und Afrika verbindet eine gemeinsame Geschichte. Die Kolonialzeit sollten wir nicht verdrängen, sondern gemeinsam aufarbeiten und daran anknüpfen. Diese Vergangenheit ist Verpflichtung und Chance.«⁶³ Soweit ist Gerd Müller uneingeschränkt zuzustimmen. Er fährt dann aber fort: »Die Europäer und ganz besonders Deutschland werden als Vorbildnationen wahrgenommen. Nicht allein wirtschaftlich, sondern auch kulturell.«⁶⁴ Aber stimmt dies denn? Wer nimmt hier Europa und Deutschland als Vorbild wahr? Tun dies »die« Afrikanerinnen und Afrikaner? Und gilt dies für Wirtschaft und Kultur in gleicher Weise und in gleichem Maße?

60 *Heidemarie Wiczorek-Zeul*: Gerechtigkeit und Frieden sind Geschwister: Politisches Engagement in Zeiten der Globalisierung, Marburg 2018, S. 136-142.

61 *Gerd Müller*: Umdenken, a.a.O. – dies ist wohl die Grundaussage seines Buches.

62 *Gerd Müller*: Umdenken, a.a.O., S. 188, vgl. ebd., S. 21, 185.

63 *Gerd Müller*: Umdenken, a.a.O., S. 45.

64 Ebd.

Felwine Sarr etwa würde diese Aussagen sicherlich nicht unterschreiben. Im Gegenteil besteht er darauf, die für Afrika gültigen ökonomischen Maßstäbe seien tief im Kontext der unverwechselbaren afrikanischen Kultur verankert. Die afrikanische Ökonomie beruhe gerade nicht auf dem Prinzip des Wachstums, sondern auf den Motiven der Ehre, der Umverteilung, der Subsistenz und der Gabe bzw. Gegengabe.⁶⁵ Vor diesem und nur vor diesem Hintergrund sei Afrika als ein »Labor der Zukunft« zu sehen.⁶⁶

So viel ist deutlich: Für Felwine Sarr und Menschen, die ähnlich denken wie er, will Afrika sich künftig nicht mehr in der Rolle des Opfers sehen, sondern in der Rolle eines freien, hoch motivierten und kreativen Akteurs, ja, eines ganzen Kontinents voller freier Akteure, der voller Chancen und Möglichkeiten ist. Vielleicht steht er – und stehen Menschen, die seine Vision teilen – exemplarisch für diejenige *mentale Innovation*, die Dieter Senghaas als notwendig betrachtet, um in einer zerklüfteten Welt »Wege aus der Armut« zu finden.⁶⁷

Die Lage: Flucht und Migration aus Afrika

Die Phänomene Flucht und Migration sind keineswegs gleichzusetzen.⁶⁸ Aber sie hängen zusammen und können leicht miteinander verwechselt werden. Nicht in allen Fällen sind sie in der Praxis scharf voneinander abgrenzbar. Dabei ist die Notwendigkeit der begrifflichen und sachlichen Abgrenzung evident: Denn im Blick auf »Flüchtlinge« gibt es eine sowohl moralische als auch rechtliche Verpflichtung

65 Felwine Sarr: *Afrotopia*, a.a.O., S. 75-80.

66 Felwine Sarr, a.a.O., S. 42; Charlotte Wiedmann, a.a.O., S. 191. Auch Harald Welzer avisiert mögliche »Reallabore der Solidarität«, vgl. Harald Welzer: *Alles könnte anders sein: Eine Gesellschaftsutopie für freie Menschen*, Frankfurt a.M. 2019, S. 214.

67 Dieter Senghaas: *Weltordnung in einer zerklüfteten Welt. Hat Frieden Zukunft?*, Berlin 2012, S. 195.

68 Zur Differenz der beiden Phänomene vgl. Konrad Ott: *Zuwanderung und Moral*, Stuttgart 2016, S. 11-17.

der Staaten (Genfer Flüchtlingskonvention von 1951) dieser Welt, die nicht in gleicher Weise für alle Arten der Migration gilt. Noch vor diesem völkerrechtlichen Grundsatz gibt es ein ethisches Prinzip, das besagt: Jeder Mensch hat ein Recht auf Heimat. Niemand darf aus seiner Heimat vertrieben oder zur Flucht gezwungen werden. Daraus folgt unmittelbar der unstrittige Grundsatz: Fluchtursachen (also Gründe, die Menschen zur Flucht aus ihrer Heimat zwingen) müssen bekämpft werden.⁶⁹ Wer Fluchtursachen bekämpft, bekämpft aber gewiss nicht die Flüchtenden selbst, sondern handelt in deren Interesse. Das schließt wiederum ein, die kriminellen Machenschaften von »Schlepperorganisationen« zu entlarven und zu unterbinden, die sich am Leid und der Not der flüchtenden Menschen noch bereichern.

In den Jahren 2013/2014, also noch vor der großen Migrations- und Fluchtbewegung des Jahres 2015, die im Wesentlichen die Kontinente Afrika und Europa betraf, prognostizierte der US-amerikanische Friedensnobelpreisträger Al Gore, dass die Weltgemeinschaft im Verlauf des nächsten Jahrhunderts »mit Millionen von Klimaflüchtlings« zu rechnen habe – ganz abgesehen von Migrantinnen und Migranten allgemein und Flüchtenden, die aus anderen Gründen ihre Heimat verlassen.⁷⁰ Der aus Äthiopien stammende Autor Asfa-Wossen Asserate blickt dann schon auf die Ereignisse des Jahres 2015 zurück, aber er erwartet ebenfalls weitere Flucht- und Migrationsbewegungen und warnt sogar davor, Afrika sitze gleichsam »auf gepackten Koffern«.⁷¹ Die friedenspolitische Bedeutung des Themas »Flucht« ist immens groß und – exemplarisch – ausführlich im »Friedensgutachten 2016« (Berlin 2016) beleuchtet worden. Der Volkswirtschaftler und ehemalige Präsident des Ifo-Instituts, Hans-Werner Sinn, nimmt vor allem die problematische Seite des ambivalenten Phänomens wahr: »Der Migrationsdruck aus Afrika, den Deutschland derzeit [2017/2018, Anm. des Autors] erlebt,

69 *Sigurd Rink*: Können Kriege gerecht sein?, a.a.O., S. 150, 170.

70 *Al Gore*: Die Zukunft – Sechs Kräfte, die unsere Welt verändern, München 2014, S. 248, vgl. insgesamt S. 245ff.

71 *Asfa-Wossen Asserate*: Die neue Völkerwanderung, a.a.O., S. 35.

ist nur ein Vorgeschmack auf die möglichen Probleme.«⁷² Der Soziologe Harald Welzer bezeichnet die »Flüchtlinge« als eine globale Bewegung, die unser Jahrhundert prägen werde.⁷³ Wenn dem so ist – und vieles spricht dafür, dass Welzer richtig liegt –, dann steht die ethische Verpflichtung Deutschlands, Europas und der Weltgemeinschaft außer Frage: Den derzeit mehr als 70 Millionen auf der Flucht befindlichen Menschen, von denen mehr als die Hälfte minderjährig sind, muss aktuell und dauerhaft geholfen werden.⁷⁴ Dies gilt natürlich nicht in gleicher Weise für die Migrantinnen und Migranten, die aus anderen Gründen nach Deutschland bzw. Europa kommen.

Im Blick auf Afrika kann das nur bedeuten, diesen Kontinent als einen tatsächlichen »Chancen- und Zukunftskontinent« (Gerd Müller) zu begreifen und ihn so stark, so sicher und so selbstständig wie möglich werden zu lassen. Im Blick auf Europa kann dies aber keinesfalls bedeuten, sich hermetisch gegen Einwanderung überhaupt abzuschotten. Es wäre sogar ein fataler Irrtum, zu glauben, eine solche Abschottung sei möglich.⁷⁵ Nur wenn Afrika den Menschen Lebensmöglichkeiten und faire Chancen bietet, wird sich der Flucht- und Migrationstrend stoppen lassen. Und dies gewiss nicht über Nacht, sondern allenfalls in einem langen, Jahrzehnte währenden Prozess. Bis dahin sind die Empathie, die Solidarität und die Hilfsbereitschaft nicht nur, aber auch der Deutschen gefragt. Dies wäre – ethisch gesehen – auch dann der Fall, wenn es keinen von Deutschland verursachten Kolonialismus und keinen Genozid an den Herero und Nama gegeben hätte. So aber mit einem noch größeren Recht und moralischen Nachdruck.

72 *Hans-Werner Sinn*: Auf der Suche nach der Wahrheit. Autobiographie, Freiburg i.Br. 2018, S. 321.

73 *Harald Welzer*: Alles könnte anders sein: a.a.O., S. 30.

74 *Gerd Müller*: Umdenken, a.a.O., S. 135-146.

75 *Charlotte Wiedemann*: Der lange Abschied von der weißen Dominanz, a.a.O., S. 166.

Die Stellungnahme der Synode der EKD zu Frieden und Entwicklung aus dem Jahr 2019

Die 6. Tagung der 12. Synode der EKD (10.-13.11.2019) hatte sich das Schwerpunktthema »Auf dem Weg zu einer Kirche der Gerechtigkeit und des Friedens« gewählt. Nach ausführlicher Vorbereitung und nach intensiver Debatte gelang es der Synode, einvernehmlich eine Kundgebung zum Schwerpunktthema zu beschließen. Diese Kundgebung schließt eine theologische Begründung ihrer friedensethischen und friedenspolitischen Stellungnahme ein.

Sowohl in theologischer wie in analytischer Hinsicht basiert die Kundgebung auf der EKD-Friedensdenkschrift von 2007, versucht aber mit guten Gründen, diese in die Gegenwart hinein fortzuschreiben. Eine Reihe der in der Kundgebung vertretenen friedensethischen Grundsätze dürften dabei unstrittig sein und allerbreiteste Zustimmung finden, nicht nur in den Reihen der christlichen Kirchen. Etwa die Aussagen »Die wichtigen globalen Herausforderungen lassen sich nicht militärisch lösen« oder: »Prävention ist die nachhaltigste Form der Friedenssicherung« oder aber: »Rassismus und Ausgrenzung widersprechen dem christlichen Gebot der Nächstenliebe und der Würde des Menschen«. Es ist sicher richtig und wichtig, dass die EKD diese Prinzipien in Erinnerung ruft. Und es ist in unserem Zusammenhang auch bedeutsam, dass sich in der Kundgebung der Satz findet: »Ohne nachhaltige Entwicklung gibt es keinen Frieden« (ONEF). Schade ist es allerdings, dass die Synode den Kontinent Afrika überhaupt nicht erwähnt. Manche der genannten Grundsätze hätten sich an Beispielen, Afrika betreffend, konkreter illustrieren lassen.

Sowohl im Blick auf die theologischen Aussagen als auch im Blick auf die Bezugnahmen der Kundgebung auf die SDG's lassen sich kritische Anfragen stellen. Diese sind umso wichtiger, wenn man den Grundtenor der Kundgebung unterstützt und ihr eine weitere Verbreitung in der gesellschaftlichen Öffentlichkeit wünscht.

Einige theologische Rückfragen an die Synode der EKD

Die Synode verwendet an einer Reihe von Stellen eine hermetische, binnenkirchliche Sprache (»*Sprache Kanaans*«), die in einer säkularen Gesellschaft nur schwer verständlich ist. Ich skizziere dies an zwei Beispielen:

Beispiel 1: »Als Christinnen und Christen, die sich im Gottesdienst und im Gebet in den Frieden Gottes stellen, haben wir Anteil an der Friedensbewegung Gottes in diese Welt hinein.«

Was bedeutet in diesem Zusammenhang: »sich in den Frieden Gottes stellen«? Das hier verwendete Bild ist sehr viel weniger konkret als die in zwei Denkschriften (1981, 2007) argumentativ eingebrachte Aussage: »Jeder Gottesdienst kann und soll zum Frieden bilden.«⁷⁶ Und wie hat man sich eine (oder die?) »Friedensbewegung Gottes« vorzustellen? Ist damit gemeint: Gott bewegt sich oder die Menschen in Richtung des Friedens? Oder: Er handelt so wie die irdische Friedensbewegung, indem er sich für den Frieden einsetzt? Oder aber: Er schafft und schenkt seinen göttlichen Frieden, der es Menschen ermöglicht, sich ihrerseits für den Frieden zu engagieren?

Beispiel 2: »Der Friede Gottes überwindet Grenzen, Mächte und Gewalten. Gott steht den Opfern bei. Das geschieht aber nicht durch eine Steigerung der Gewalt, sondern durch Überwindung der Logik der Gewalt: indem Gott Mensch wird und sich in Christus selbst verwundbar macht.«

Das ist eine sehr kurzgefasste evangelische Dogmatik, die das Handeln Gottes in dieser Welt beschreibt. Was bedeutet in diesem Zusam-

76 Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen, a.a.O., S. 36, mit Berufung auf die klassische EKD-Friedensdenkschrift aus dem Jahr 1981: »Frieden wahren, fördern und erneuern«. »Bildung für den Frieden«, in abgeleiteter Weise »Friedenspädagogik«, ist eine konkrete Tätigkeit, die sich auch säkular geprägte Menschen vorstellen können, auch wenn sie diese Aufgabe möglicherweise in anderer Form durchführen würden.

menhang der Satz: »Gott wird Mensch«? Es handelt sich zunächst einmal um ein in christlichen Kirchen und in der christlichen Theologie häufig verwendetes Mythologem (als Teilelement eines umfassenden Mythos). Es hat möglicherweise für große Teile der Christenheit eine verbindende Wirkung nach innen. Aber es ist kaum geeignet, um argumentativ Menschen anzusprechen, die sich nicht zum christlichen Glauben bekennen. Auch liberale Christinnen und Christen werden sich dieses Mythologem nicht unmittelbar zu eigen machen können. Nach außen hin, um in den gesellschaftlichen Diskurs hineinwirken zu können, müsste daher dieser Satz erläutert bzw. übersetzt⁷⁷ werden. Er kann ja über die Grenzen der Kirche hinaus nur dann eine argumentative Kraft entfalten, wenn er in seinem semantischen Gehalt verständlich wird.

Auch vertritt die Synode der EKD *ein Bild des historischen Jesus*, das in der historisch-kritischen Forschung durchaus umstritten ist, wenn sie sagt: »Wir folgen Jesus, der Gewalt weder mit passiver Gleichgültigkeit noch mit gewaltsamer Aggression begegnet, sondern mit aktivem Gewaltverzicht.« Es fragt sich, ob Jesu Wirken tatsächlich absolut (und nicht nur tendenziell) gewaltfrei war: Es gibt eine Reihe biblischer Indizien, die Zweifel daran erlauben (Lukas 6,15f; Lukas 22,35-38; Johannes 2,13-16).⁷⁸

77 Jürgen Habermas fordert in seinem Alterswerk »Auch eine Geschichte der Philosophie« beharrlich die Übersetzbarkeit semantischer Gehalte der Religion(en) ein. Religiöse Inhalte haben ihm zufolge neben Philosophie und Wissenschaft ein eigenes Recht und einen eigenen Wert, aber sie dürfen sich der Aufgabe der »Übersetzung« nicht verweigern (vgl. ders.: Auch eine Geschichte der Philosophie, Bd 1: Die okzidentale Konstellation von Glauben und Wissen, Frankfurt a.M. 2019, S. 67, 77ff u. ö.).

78 Aus der Sicht eines islamischen Theologen hat dafür zuletzt argumentiert: *Reza Aslan*: *Zelot: Jesus von Nazareth und seine Zeit*, Hamburg 2013. Man muss Jesus nicht selbst als einen Zeloten sehen, um zu konzedieren, dass er jedenfalls von den Römern als ein solcher wahrgenommen und deshalb hingerichtet wurde. Und in seinem Jüngerkreis gab es zumindest den Zeloten »Simon« (nicht identisch mit Simon Petrus).

Aber selbst wenn der historische Jesus die absolute Gewaltfreiheit propagiert und gelebt hätte, ist dann dieser Weg der absoluten Gewaltfreiheit für die gesamte Christenheit verbindlich? Das würde bedeuten, die christliche Friedensethik auf die Linie des radikalen Pazifismus festzulegen. Es ist anzunehmen, dass Johannes Fischer in seinem in diesem Buch ebenfalls abgedruckten Text »Gewaltlos in einer Zuckerrübenwelt« die EKD-Kundgebung so verstanden (und damit vermutlich missverstanden) hat. Es ist allerdings richtig, dass es im Raum der EKD viele Menschen, Gruppen und Institutionen gibt, die sich aus christlicher Motivation für nicht nur einen relativen, sondern einen absoluten Vorrang der Gewaltfreiheit einsetzen. Pazifistinnen und Pazifisten und ihre Organisationen haben ihren Raum und ihr Recht in der evangelischen Kirche. Es ist gut, dass es sie gibt! In vieler Hinsicht sind sie »Licht für die Welt« und »Salz für die Erde«, indem sie als gewaltfreie, glaubwürdige und konstruktive Streiter für den irdischen Frieden wirken.⁷⁹ Nicht alle Christenmenschen aber müssen sich zu einem radikalen Pazifismus bekennen – und die Mehrzahl der Christinnen und Christen auf der Welt tut dies auch nicht.

Einige Rückfragen zur Sicht der SDG's in der Kundgebung

Die Kundgebung orientiert sich zwar an den im Jahr 2015 von den Vereinten Nationen beschlossenen 17 »Sustainable Development Goals« (SDG's). Aber sie differenziert nicht zwischen deren Stellenwert. Sind diese Ziele demnach alle von gleicher Relevanz? Sind sie alle realistisch, also in praktischer Weise und tatsächlich bis zum »Zieljahr 2030« einlösbar? Ist die Überprüfung der einzulösenden Ziele überhaupt möglich?

Auch formuliert die Kundgebung die Besorgnis, von den 169 Unterzielen würden bis zum Jahr 2030 wahrscheinlich »nur drei erreicht«

79 Exemplarisch dafür: *Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden e.V.* (Hg.): *Gewaltfrei streiten für einen gerechten Frieden: Plädoyer für zivile Konflikttransformation*, Oberursel 2008.

werden. Diese Feststellung hat leider keinen ermutigenden oder motivierenden Effekt. Im Gegenteil könnte sie leicht zu einer Demotivierung führen – oder sogar zu der bedrückenden Einsicht, dass die 169 Ziele von Anfang an nicht realistisch waren und insofern für das Handeln ohnehin keine maßgebliche Funktion haben können. Insofern erreicht die Synode mit ihrer Bezugnahme auf die SDG's womöglich das Gegenteil dessen, was sie erreichen möchte: nämlich Demotivierung, Frustration oder sogar Resignation. Eine differenzierte Positionierung zu den SDG's etwa im Sinne des Club of Rome (**»SDG's – Ja, aber ...«**) erfolgt so leider nicht.

Die Kundgebung stellt in diesem Zusammenhang leider auch einige empirisch leicht hinterfragbare Behauptungen auf, etwa die These, dass der Klimawandel zu gewaltsamen Konflikten führen werde: »Der Klimawandel entzieht Menschen die Lebensgrundlagen. Das führt zunehmend zu gewaltsamen innerstaatlichen und zwischenstaatlichen Konflikten und Migrationsdruck.«

Die Zwangsläufigkeit einer solchen Entwicklung wird im »Friedensgutachten 2020« indes gerade bestritten. Die entscheidenden Aussagen des Gutachtens zu dieser Thematik lauten:

»Der Zusammenhang zwischen Klimawandel und bewaffneten Konflikten ist also weder deterministisch noch statistisch leicht nachweisbar. Klimawandel erhöht in bestimmten Konstellationen das Risiko für bewaffnete Konflikte, aber es liegt auch dort bei den Beteiligten, ob ein bewaffneter Konflikt eskaliert oder ob kooperative Reaktionen angestoßen werden.«⁸⁰

»Klimafolgen und Gewaltkonflikte können sich gegenseitig verstärken. So kann der Klimawandel Gesellschaften anfälliger für Gewalt machen, wodurch diese wiederum anfälliger für Klimafolgen werden. Es wird zunehmend schwieriger, einem solchen negativen Nexus und den damit verbundenen Abwärtsspiralen und Kaskaden zu entkommen, in dem wirtschaftlicher Niedergang, soziale Erosion, Gewalt und politisches Versagen sich aufschaukeln. Ein Beispiel ist die multiple Krise

80 2020/Im Schatten der Pandemie: letzte Chance für Europa/Friedensgutachten, a.a.O., S. 33.

am Tschadsee, in der Ernährungsunsicherheit, soziale Probleme, Vertreibung und Gewaltkonflikte verbunden sind, was eine Rekrutierung von Kämpfern durch Boko Haram erleichterte [...]. Auch am Horn von Afrika, in Süd- und Südostasien, in der Arktis und in weiteren Regionen ist der Klimawandel Teil komplexer Krisenkonstellationen.«⁸¹

»Für Afrika zeigen die Daten eine schwache negative Korrelation zwischen dem Ausmaß von Katastrophen und der Friedfertigkeit betroffener Staaten, wobei die Kausalität in beide Richtungen gehen kann: Klimawandel kann Friedfertigkeit untergraben und geringe Friedfertigkeit die Schadenswirkung von Klimawandel erhöhen. Für andere Regionen lässt sich hingegen kein statistischer Zusammenhang feststellen.«⁸²

Und, mit einem Hinweis auf das Risiko der Militarisierung und »Versicherheitlichung« des politischen Handelns: »Vereinfachende Annahmen und einseitige Wahrnehmungen, dass der Klimawandel notwendig zu mehr Gewalt und Krieg führe, sind nicht haltbar. Sie befördern die Gefahr einer ›Versicherheitlichung‹ und Militarisierung nicht nur der Klimapolitik, sondern auch benachbarter Politikfelder.«⁸³

»Aufklärung 2.0« als zentrale Aufgabe für Kirche und Gesellschaft

In den letzten Jahren wird im Zuge einer immer heftiger werdenden »Rassismus-Debatte« lautstark massive Kritik an der Aufklärung und den sie repräsentierenden Personen – namentlich sei hier exemplarisch Immanuel Kant (1724-1804) genannt – geäußert. Susan Arndt etwa fragt: »Wie aufklärerisch war die Aufklärung wirklich?«⁸⁴ und kritisiert eine ganze Reihe von Philosophen des 18. und frühen 19. Jahrhunderts (wie etwa Kant und Hegel) für ihre Verwendung des Begriffs

81 2020/Im Schatten der Pandemie: letzte Chance für Europa, a.a.O., S. 34.

82 2020/Im Schatten der Pandemie: letzte Chance für Europa, a.a.O., S. 35.

83 2020/Im Schatten der Pandemie: letzte Chance für Europa, a.a.O., S. 28.

84 Susan Arndt: Rassismus. Die 101 wichtigsten Fragen, München 3. Aufl. 2017, S. 60.

»Rasse« und für die negative Konnotation, die sie diesem Begriff (oft) gaben. Im Windschatten dieser Feststellungen urteilt dann beispielsweise Alice Hasters, jener Kant sei »ein richtig übler Rassist«⁸⁵ gewesen. Ausführlich pro und contra argumentiert haben in diesem Zusammenhang etwa Patrick Bahners, Frank Pergande und Michael Wolff⁸⁶. Die Diskussion hat sich seit Beginn der »Black-lives-matter«-Bewegung im Frühjahr 2020 zugespitzt. Jetzt wird im Blick auf Straßen, Gebäude und Einrichtungen die Tilgung von Namen wie Kant, Hume⁸⁷ usw. ebenso gefordert wie die Entfernung von Statuen dieser Personen. Die Aufklärung selbst und insgesamt wird somit unter dem Titel »Cancel Culture« als positiver kultureller Prozess in Frage gestellt.⁸⁸

Was aber soll an ihre Stelle treten? Sollen ethische Grundsätze wie Kants »Kategorischer Imperativ« (»Handle nur nach derjenigen Maxime, durch die du zugleich wollen kannst, dass sie ein allgemeines Gesetz werde.«) tatsächlich als irrelevant erklärt werden? Oder müssten nicht vielmehr Kants Äußerungen über Menschen und Menschenrassen gerade an diesem von ihm selbst aufgestellten Prinzip gemessen und von da aus kritisiert werden? Soll man – wenn man der Aufklärung

85 Alice Hasters: Was weiße Menschen nicht über Rassismus hören wollen, aber wissen sollten, München 2019, S. 54f.

86 Patrick Bahners: »War Kant ein Rassist?«, in: FAZ Nr. 140 vom 19.6.2020, S. 11; Frank Pergande: »Was Kant zu wissen meinte«, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung Nr. 25 vom 21.6.2020, S. 8; Michael Wolff: »Kant war ein Anti-Rassist«, in: FAZ Nr. 157 vom 9.7.2020, S. 12 sowie ders.: »Antirassist aus Prinzip«, in: FAZ Nr.175 vom 30.7.2020, S. 12.

87 Vgl. exemplarisch den Artikel: »David Hume muss weichen«, in: FAZ vom 14.9.2020 (Nr.214), S. 20.

88 Für die Geisteswissenschaften hat diese ideologisch begründete Entwicklung gefährliche Folgen, meint etwa der renommierte Systematische Theologe *In-golf Ulrich Dalferth*, der zuletzt eine Professur für Religionsphilosophie in den Vereinigten Staaten innehatte. Vgl. ders.: »Vor der Selbstabschaffung?«, in: FAZ vom 23.07.2020 (Nr. 169), S. 6. So würden in den USA ganze Studienprogramme eingestellt, weil sie »too white, too European, too male« seien, und bestimmte Lehrstühle dürften nur an »persons of colour« vergeben werden, auch wenn sie fachlich für die anstehenden Aufgaben nicht hinreichend qualifiziert seien.

abschwört – dem Irrationalismus, den »Fake News« und den Verschwörungstheorien freien Raum geben – oder sollte man sie nicht doch im Licht der Vernunft, also argumentativ, überprüfen?

Der Historiker *Wolfgang Benz* jedenfalls sieht gerade im Blick auf den Rassismus und Alltagsrassismus in unserem Land die Notwendigkeit demokratischer Aufklärung. Nur durch Aufklärung lasse sich Rassismus überwinden. Aber Aufklärung sei eine Haltung, kein schnell wirkendes Wundermittel. Prozesse der Aufklärung bedürften daher der Geduld.⁸⁹ Der Harvard-Professor *Steven Pinker* plädiert aktuell für eine Aufklärung als Einheit von Vernunft, Wissenschaft, Humanismus und Fortschritt.⁹⁰ Er tut dies in expliziter Anknüpfung an Immanuel Kants anspruchsvollen Begriff von Aufklärung, und er verbindet in seiner Begründung Evolutions- und Informationstheorie vor dem Hintergrund des zweiten Hauptsatzes der Thermodynamik (die Entropie betreffend) miteinander. Schließlich: Auch der *Club of Rome* fordert Aufklärung ein. Diese sei notwendig im Blick auf die großen Herausforderungen unserer Zeit, wie sie im Horizont der »Sustainable Development Goals« wahrgenommen werden könnten. Dabei werden die dunklen Seiten⁹¹ der historischen Aufklärungsbemühungen im 18. und 19. Jahrhundert nicht verschwiegen: Der europäische Kolonialismus sei von den Intellektuellen der historischen Aufklärung zu wenig kritisiert worden. Das Elend der Armen, vor allem der Arbeiterschaft, sei kaum beachtet worden. Die Anliegen der Frauen seien fast völlig übergangen worden. Und ein hemmungsloses Wachstum sei seinerzeit als völlig legitim angese-

89 *Wolfgang Benz*: Alltagsrassismus: Feindschaft gegen ›Fremde‹ und ›Anderer‹, Frankfurt a.M. 2019, S. 25.

90 *Steven Pinker*: Aufklärung jetzt! Für Vernunft, Wissenschaft, Humanismus und Fortschritt. Eine Verteidigung, Frankfurt a.M. 2018.

91 Ob man diese und andere historische Begleitumstände als eine notwendig vorhandene »Dialektik der Aufklärung« (Theodor W. Adorno/Max Horkheimer) deuten muss, kann hier offenbleiben. Ich teile diese These nicht und habe dies argumentativ an anderer Stelle begründet: *Eberhard Martin Pausch*: »Ein D-Day für die Aufklärung: Warum die These von der ›Dialektik der Aufklärung‹ ihr Ziel verfehlt«, in: Deutsches Pfarrerblatt 6 (2019), S. 304-307.

hen worden. Dies alles sei nicht hinnehmbar.⁹² Genau deshalb brauche es eine »Aufklärung 2.0«. Diese dürfe sich nicht auf Rationalismus verengen, sie dürfe nicht europa-zentriert sein, und sie müsse auf »Balance« abzielen – auf ökologische, soziale, ökonomische Balance.⁹³

Die Aufgabe, zur Aufklärung beizutragen, stellt sich aber nicht nur in der Gesellschaft allgemein und ist nicht nur der Wissenschaft im Besonderen aufgetragen. Sie stellt sich auch innerhalb der christlichen Kirche, wenn diese sich ernstlich vom »Logos« (Wort, Sprache, Vernunft, Weltvernunft) her versteht, der jedenfalls im Johannesevangelium (Johannes 1,1-14) als Inhalt der christlichen Offenbarung verstanden wird. Eine dem »Logos« verpflichtete Kirche muss zwangsläufig »Theologie« treiben, und sie wird sich dem Geist der Aufklärung mindestens wesensverwandt fühlen, wenn sie sich nicht sogar mit ihm identifizieren kann.⁹⁴ Eine christliche Ethik und Sozialethik wird daher in ihrem innersten Kern immer auch ein Projekt der Aufklärung sein – und genau deshalb Impulse für eine Solidarität der (weltweiten, europäischen und deutschen) Christenheit mit Afrika und für einen gerechten und nachhaltigen Frieden für diesen Kontinent setzen wollen. Dass Evangelische Akademien dem Projekt der Aufklärung verpflichtet sein müssen, gerade in »postfaktischer« Zeit und im Strom des politischen Populismus, habe ich an anderer Stelle ausführlich begründet.⁹⁵

Das Projekt der **Aufklärung** schließt dabei mindestens folgende Aspekte ein:

- die Perspektive kritischen, unbestechlichen Wahrnehmens und Hinterfragens (**Kritik**);

92 Ernst Ulrich von Weizsäcker/Anders Wijkman: *Wir sind dran*, a.a.O., S. 18, 34-36.

93 Dies wird ausführlich entfaltet in: Ernst Ulrich von Weizsäcker/Anders Wijkman: *Wir sind dran*, a.a.O., S. 123-192, vgl. besonders S. 179-192.

94 Ein Plädoyer für die zuletzt angedeutete Sicht der Dinge findet sich in: Eberhard Martin Pausch: *Jesus, Hauptdarsteller Gottes? Inszenierung als Schlüssel für einen vernunftgemäßen Glauben*, Berlin 2019.

95 Eberhard Martin Pausch: »Ceterum censeo« – Denkanstöße für Theologie und Kirche, Berlin 2018, S. 51-56.

- die Bereitschaft, Begriffe zu klären, Gedanken logisch zu sortieren und Thesen argumentativ zu begründen (**Logik**);
- die Offenheit für und das Vertrauen auf wissenschaftliche Erkenntnisse (**Wissenschaftlichkeit**);
- eine ethische Option für die Würde aller Menschen und den Schutz menschlichen Lebens (**Humanität**);
- eine grundsätzlich verantwortungsethische Perspektive, die die Handlungsfolgen, die Risiken und Nebenwirkungen des eigenen Handelns vorrangig in den Blick nimmt (**Verantwortungsethik**).

Ermutigung zum Handeln I: Mut machende Beispiele

Hoffnung ist, wie der Philosoph Ernst Bloch einmal sagte, »ins Gelingen verliebt«. Wenn Menschen etwas erreichen wollen, dann brauchen sie auf dem Weg zu ihrem Ziel immer auch Erfolgserlebnisse. Wenn schon nicht große Narrative, dann benötigen sie mindestens kleine Beispielgeschichten, die zeigen, dass unser Leben und Wirken gelingen kann, dass nicht alles umsonst ist, was geschieht, dass – wenn schon nicht alles, so doch – einiges besser werden kann auf der Welt, in der wir leben.

Zweifellos bildet die *Befreiung Südafrikas von dem Regime der Apartheid* zu Beginn der 1990er Jahre ein positives Beispiel dafür, dass die Geschichte eines Landes in Richtung Freiheit und Gerechtigkeit verlaufen kann. Die Namen Nelson Mandela (1918-2013) und Desmond Tutu (geb. 1931) stehen symbolisch für den seinerzeit errungenen Erfolg einer Befreiungsbewegung. Dass in Deutschland die Kampagne »Kauft keine Früchte aus Südafrika!« an diesem Erfolg Anteil hatte, steht heute außer Frage. Von großer Bedeutung aber war die Verleihung des Friedensnobelpreises 1993 an Nelson Mandela (und an den weißen südafrikanischen Regierungschef Frederik W. de Klerk, geb. 1931) für das Selbstbewusstsein der Schwarzen auf dem Kontinent Afrika.

Seit dem Jahr 2000 erhielten noch zahlreiche weitere Afrikaner*innen *Friedensnobelpreise* – was zeigt, dass gerade in der Gegenwart vom Kontinent Afrika wichtige Impulse für den Weltfrieden ausgehen:

2001: Kofi Annan (1938-2018) aus Ghana, der sich als UN-Generalsekretär für eine besser organisierte und friedlichere Welt einsetzte;

2004: Wangari Maathai (1940-2011) aus Kenia, weil sie einen Beitrag zu nachhaltiger Entwicklung, Demokratie und Frieden leistete;

2005: Mohammed el-Baradei (* 1942) aus Ägypten, der sich im Rahmen der Internationalen Atom-Energie-Organisation gegen den militärischen Missbrauch von Atomenergie sowie für die sichere Nutzung der Atomenergie für zivile Zwecke engagierte;

2011: Ellen Johnson Sirleaf (* 1938) und Leymah Gbowee (* 1972) aus Liberia, die sich im gewaltfreien Kampf für die Sicherheit von Frauen und für die Frauenrechte einbrachten;

2015: das Quartet du Dialogue National (gegründet 2013) aus Tunesien, das in Tunesien auf gewaltfreie Weise zum Aufbau einer pluralistischen Demokratie beitrug;

2018: Denis Mukwege (* 1955) aus der Demokratischen Republik Kongo, der sich als Arzt gegen sexuelle Gewalt als Waffe in Kriegen und bewaffneten Konflikten einsetzte; und zuletzt:

2019: Abiy Ahmed (* 1976) aus Äthiopien, dem im Jahr 2018 kurz nach seiner Amtsübernahme der Friedensschluss mit dem Nachbarstaat Eritrea gelang.⁹⁶

Es ist wichtig, an all diese Personen und ihr Tun zu erinnern. Jede und jeder von ihnen kann ein Stück Hoffnung machen auf dem Weg in eine friedlichere, gerechtere und nachhaltigere Welt.

Eine kleinere Erfolgsgeschichte handelt vom deutschen Schokoladenhersteller Ritter Sport. Er hat gemeinsam mit dem französischen

96 Wie schnell eine politische Lage sich verändern kann, wird (leider) auch an diesem Beispiel deutlich. Denn bereits zwei Jahre nach seinem Amtsantritt zeigen sich die Schattenseiten des Neuanfangs, und eine ungewisse Zukunft droht. Vgl. dazu *Dominic Johnson*: »Déjà-vu oder echter Aufbruch? Äthiopien zwei Jahre nach Abiy Ahmeds Amtsantritt«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* (70. Jg.), Nr. 18-19/2020, 27.04.2020, S. 10-16.

Schokoladenhersteller CEMOI an der Elfenbeinküste⁹⁷ ein *nachhaltiges Bildungs- und Handelsmodell rund um den Kakao* aufgebaut. Als im guten Sinne nachhaltig kann dieses Modell deshalb bezeichnet werden, weil es auf Agroforstsystemen als ökologischer Alternative zu Monokulturen basiert. Das Einkommen der Bauern in Westafrika, die im Kakaogeschäft tätig sind, hat sich dadurch ebenso erhöht wie die Qualität ihrer Produkte, zudem aber auch die Planbarkeit der Arbeit und der aus ihr stammenden Arbeitserträge.⁹⁸ Entwicklungsminister Gerd Müller hat dieses Beispiel ausdrücklich hervorgehoben, nicht zuletzt auch deshalb, weil mit diesem Projekt (das auch in Kooperation mit Kakaokooperativen in Nicaragua durchgeführt wird) eine große Aufforstungsinitiative verbunden ist.⁹⁹

Ein weiteres kleines Beispiel betrifft *die sogenannte »Push-Pull«-Technik*, die in den vergangenen Jahren eher zufällig bei der Untersuchung eines Kornschädlings in Ostafrika entdeckt und seitdem gründlich erforscht wurde. Dabei werden natürliche Pflanzenchemikalien genutzt, um Insekten vom Mais zu vertreiben und auf andere Ziele zu lenken. Mit der Hilfe des Push-Pull-Systems verbessert sich auf umweltfreundliche Weise die Ernährungslage und das Einkommen der Menschen, die von der Landwirtschaft leben.¹⁰⁰

Ein drittes Beispiel: Der ökumenische Friedensdienst »EIRENE« mit Sitz in Neuwied, eine von der EKD im Rahmen der »Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden« (AGDF) geförderte Organisation, führte ab 2015 im durch Krisen und Gewalt erschütterten Sahel-Staat Mali ein Friedensprojekt durch. EIRENE hatte dabei eine malische Partnerorganisation (ORFED), mit der sie vor Ort (besonders in der Stadt Gao) durch Friedensbildung gewaltfreie Friedensallianzen ins Leben rief. Wichtigster Ansatz dabei war die Förderung des Dialogs, der

97 Der amtliche Name für das Land ist in Deutschland »Republik Côte d'Ivoire«. Es gibt Bestrebungen, die deutsche Fassung des Begriffes aus dem allgemeinen Sprachgebrauch zu streichen, da sie »rassistisch« sei.

98 Ernst Ulrich von Weizsäcker/Anders Wijkman: Wir sind dran, a.a.O., S. 237f.

99 Gerd Müller: Umdenken, a.a.O., S. 95f.

100 Ernst Ulrich von Weizsäcker/Anders Wijkman: Wir sind dran, a.a.O., S. 240.

Versöhnung und des friedlichen Zusammenlebens zwischen den unterschiedlichen ethnischen und sozialen Gruppen. »Unterstützt von einer Friedensfachkraft von EIRENE arbeiten die Mitarbeiter des ORFED-Büros in Gao nun seit 2015 mit verschiedenen Zielgruppen. Dabei handelt es sich um Jugendverbände, Frauen in Führungspositionen, Schulleiter_innen, Eltern und Lehrer_innen. Workshops in gewaltfreier Konfliktbearbeitung, das Organisieren von Austauschtreffen und Dialogräumen sind einige der Aktivitäten. Ein wichtiges Medium für die Versöhnungsarbeit sind die **Lokalradios**. Beispielweise trugen die laufenden Radiosendungen von ORFED dazu, dass im Februar 2016 eine gewaltsame Aktion gegen den ehemaligen Vizepräsidenten verhindert wurde. Über die Sendungen wurden Gerüchte entschärft und die Bevölkerung zur Gewaltfreiheit aufgerufen. EIRENE unterstützt ORFED in Mali bei der Ausbildung von Radiojournalisten.«¹⁰¹ Dr. Anthea Bethge, die Geschäftsführerin von EIRENE, zugleich Mitglied der Kammer für Öffentliche Verantwortung der EKD, berichtete am 12.9.2019 in der Evangelischen Akademie Frankfurt ausführlich von ihrem Friedensprojekt in Mali.

Viele kleine Projekte der skizzierten Art sind Bausteine für den Frieden, und viele kleine Narrative stützen so das eine große Narrativ des gerechten und nachhaltigen Friedens. Allerdings muss auch die »große Politik« Zeichen setzen und konkrete Schritte tun. Und auch dies geschieht immer einmal wieder und muss seine Fortsetzung finden.

Ein in diesem Zusammenhang wichtiger, Mut machender *Appell angesichts der Bedrohung durch die Corona-Pandemie* wurde am 2. Mai 2020 in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ) veröffentlicht. Die Autor*innen waren die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel, der französische Staatspräsident Emmanuel Macron, der italienische Ministerpräsident Giuseppe Conte, die norwegische Ministerpräsidentin Erna Solberg, der Präsident des Europäischen Rates, Charles Michel, sowie die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen. Diese sechs führenden europäischen Politikerinnen und

101 <https://eirene.org/projekte/friedensfoerderung-in-mali>. Vgl. auch <https://www.ziviler-friedensdienst.org/de/mali-praevention> (abgerufen am 31.8.2020).

Politiker sind sich darin einig, dass gegen die Pandemie eine »globale Antwort« notwendig sei, also vor allem auch internationaler Zusammenhalt und Solidarität der Staatengemeinschaft. »Geleitet von den Nachhaltigkeitszielen«, heißt es im Text, »können wir die Macht der Gemeinschaft, der Gesellschaft und der globalen Zusammenarbeit neu gestalten, um sicherzustellen, dass niemand zurückbleibt. Heute heißt es: die Welt gegen Covid-19. Gemeinsam werden wir gewinnen.«¹⁰² Bemerkenswert ist in unserem Zusammenhang, dass an zwei Stellen des Papiers eigens der Kontinent Afrika Erwähnung findet: »Die Folgen [der Pandemie, Anm. des Autors] könnten insbesondere in Afrika und auf der Südhalbkugel des Planeten insgesamt dramatische Ausmaße annehmen.«¹⁰³ Und: »Gleichzeitig müssen wir die Gesundheitssysteme stärken, damit diese Heilmittel allen zur Verfügung stellen [sic!], mit besonderem Augenmerk auf Afrika.«¹⁰⁴ Es ist immerhin bemerkenswert, dass in einem relativ kurzen Grundsatzpapier von sechs hochrangigen Protagonist*innen europäischer Politik Afrika gleich mehrfach explizit genannt wird. Andere Kontinente werden dagegen nicht ausdrücklich genannt, obwohl sie natürlich im Blick sind, da die Pandemie eine globale Bedrohung darstellt und einer globalen Antwort bedarf. Dieses Beispiel zeigt: Der Nachbarkontinent Afrika ist im Bewusstsein der Europäer in besonderer Weise präsent – aus aktuellem Anlass zwar, aber doch wohl auch ganz grundsätzlich. Schon allein dieser Umstand stimmt zuversichtlich!

Ermutigung zum Handeln II: Ressourcen des Kontinents Afrika

Der Kontinent Afrika kann eine gute Zukunft haben. Denn er ist reich. Er ist an sich schon ein Plural, wie viele sagen, denn er ist in sich selbst außerordentlich vielfältig und bunt. Genau diese Vielfalt macht einen wesentlichen Teil seines ideellen und materiellen Reichtums aus. Einige

102 »Nur die globale Antwort wirkt«, in: FAZ vom 2. Mai 2020 (Nr. 102), S. 8.

103 Ebd.

104 Ebd.

Facetten dieses Reichtums, die Potenzial für eine gute Zukunft bieten, seien hier nur kurz skizziert:

- *Materielle Ressourcen und Bodenschätze:* In Afrika sind reichlich materielle Ressourcen und Bodenschätze vorhanden, die auf anderen Kontinenten hoch begehrt sind: ob es sich um Erdöl, Gold, Diamanten, Phosphate, Mangan- und Chromvorräte, Eisenerz, Kupfer oder Bauxit handelt – oder aber das für die Produktion von Mobilfunkgeräten (Handys) so wichtige Coltan.
- *Intellektuelle, moralische und künstlerische Potenzen:* Hierfür verweise ich stellvertretend auf das faszinierende und reichhaltige Lebenswerk eines Autors wie Ngugi wa Thiong'o, obwohl hier ebenso viele andere Namen genannt werden könnten. Ihnen allen geht es darum und ihnen allen gelingt es mehr und mehr, das umzusetzen, was Ngugi wa Thiong'o in die Programmformel gefasst hat: »Afrika sichtbar [zu] machen«¹⁰⁵. Und zwar das reale Afrika – und nicht ein fiktives, das durch die Köpfe von Europäerinnen und Europäern geistert.
- *Raum und Flächen:* Der Kontinent ist riesengroß. Und es gibt darauf riesige, zum Teil unerschlossene, zum Teil bisher noch ungenutzte Flächen, die etwa für nachhaltige Energiegewinnung genutzt werden können. Projekte zur Gewinnung von Solarenergie wie »Desertec« in der Wüste Sahara hält auch der (eher) konservative Ökonom Hans-Werner Sinn für prinzipiell zukunftsträchtig¹⁰⁶.
- *(Junge) Menschen:* In Afrika leben schon jetzt sehr viele Menschen, vor allem auch sehr viele junge Menschen. Im Jahr 2050 wird voraussichtlich ein Viertel der Weltbevölkerung auf diesem Kontinent leben. Afrika »[...] wird die Lebenskraft der Menschheit verkörpern, denn es wird den höchsten Anteil an Einwohnern im Alter zwischen 15 und 45 Jahren aufweisen.«¹⁰⁷ Es wäre jedoch ein Trugschluss, zu meinen, die Weltbevölkerung (und als Teilmenge die Bevölkerung

105 *Ngugi wa Thiong'o:* Afrika sichtbar machen, Münster 2019.

106 *Hans-Werner Sinn:* Auf der Suche nach der Wahrheit, a.a.O., S. 341.

107 *Felwine Sarr:* Afrotopia, a.a.O., S. 152.

Afrikas) würde endlos weiterwachsen. Hans Rosling argumentiert sehr klar: Wenn die Armut in Afrika reduziert wird und der Zugang der Frauen und Mädchen zu Bildung und Verhütungsmitteln zunimmt, dann spricht alles dafür, dass sich die Wachstumskurve deutlich abflachen wird.¹⁰⁸

- *Das Ubuntu-Prinzip als ideelle Schlüsselkompetenz Afrikas:* Das sogenannte »Ubuntu-Prinzip« prägt das Empfinden und Bewusstsein vieler Afrikanerinnen und Afrikaner. Eine Kurzformel für diesen Grundsatz lautet: »Ich bin, weil wir sind«. Ein solches Prinzip ist ohne Zweifel mehr als eine bloße Tradition, aber weniger als eine konkrete Utopie. Es ist mehr als (nur) Moral oder Ethik, aber (etwas) weniger als eine umfassende Philosophie oder Weltanschauung. Vielleicht handelt es sich – um einen bewährten Begriff der theologischen Sozialethik wieder aufzugreifen – um so etwas wie ein »mittleres Axiom« (Oldham). Für Boniface Mabanza Bambu von der Kirchlichen Arbeitsstelle Südliches Afrika in Heidelberg – und nicht nur für ihn – ist das Ubuntu-Prinzip im Anschluss auch an den ehemaligen Staatspräsidenten Südafrikas, Nelson Mandela (1918-2013), eine bedeutende Hoffnungsquelle.¹⁰⁹
- *Mut und Experimentierfreude für die Zukunft:* Hiermit ist die Bereitschaft gemeint, im eigenen Interesse sozial, ökologisch und ökonomisch zu experimentieren – Felwine Sarr und andere bezeichnen den Kontinent Afrika als ein »Laboratorium unter offenem Himmel«. Nimmt man den Gedanken ernst, dass Afrika eigentlich ein Pluralwort ist, dann muss man dieses Bild konsequent erweitern, indem man entweder von einer Vielzahl von Laboratorien ausgeht, ja, geradezu von einem Labyrinth der Laboratorien – oder aber das

108 Hans Rosling: *Factfulness: Wie wir lernen, die Welt so zu sehen, wie sie wirklich ist*, Berlin 2018, S. 99-116.

109 Boniface Mabanza Bambu: »Das Ubuntu-Prinzip: Afrikanische Traditionen können zu einer menschenfreundlichen Wirtschaft beitragen«, in: *Zeitzeichen* 2 (2019), S. 27-29; vgl. dazu auch Claudia Jahnelt: »Tradition neu erfinden: Über gegenwärtige Entwicklungen in afrikanischen Theologien«, in: *Zeitzeichen* 2 (2019), S. 30-32; schließlich wiederum Felwine Sarr, *Afrotopia*, a.a.O., S. 96.

eine Laboratorium als ein auf einen ganzen Kontinent erweitertes Forschungszentrum denkt.

Ermütigung zum Handeln III: Gelungene Dialoge und Lernprozesse

»Viele Deutsche meinen, sie hätten schon genug gelernt. Dabei stehen wir eher am Anfang eines Prozesses, für den es noch nicht einmal ein Curriculum gibt.«¹¹⁰

Wir sind es, die zuhören und lernen müssen! Wir, das heißt wir Christinnen und Christen, wir als Kirche, wir als Christenheit in Deutschland und Europa. Dabei stehen wir am Anfang eines beispiellosen Lernprozesses, für den es kein Curriculum gibt. Aber immerhin gibt es Beispiele hoffentlich bzw. möglicherweise¹¹¹ gelungener Begegnungen, Dialoge und Lernprozesse, die uns ermutigen können, den eingeschlagenen Weg weiter zu gehen.

Ohne die Möglichkeit oder den Anspruch eines Gesamtüberblickes zu haben, greife ich zwei Beispiele heraus, die aus meiner Sicht gelungene Lernprozesse darstellen und die Zwischenergebnisse präsentieren, mit denen wir weiterarbeiten können auf dem Weg zu einem gerechten und nachhaltigen Frieden für Afrika.

Das erste Beispiel entnehme ich einem Blog von Dr. Martina Fischer (Brot für die Welt). Frau Fischer berichtet über den Verlauf des Besuches einer Delegation des Rates der EKD in Kenia im Frühjahr 2019.

110 *Wulf D. Hund*: »Oben standen stets die Weißen«. Ein SPIEGEL-Gespräch, in: Der SPIEGEL 32 (2020) v. 1.8.2020, S. 98.

111 Ich rede hier bewusst vorsichtig von »möglicherweise« oder »hoffentlich« gelungenen Prozessen. Denn ich spreche aus der Perspektive eines weißen Europäers, der im Ganzen hierbei eher eine Beobachterperspektive einnimmt. Zur Frage des »Gelingens« müssten auch die afrikanischen Dialogpartnerinnen und -partner sich gültig äußern.

Über die Reise wurde auch ein viel gesehener Videofilm angefertigt.¹¹² Wichtig aber waren Erkenntnisse, die im Laufe der Reise über Prozesse des Friedens und der Entwicklung im Blick auf Kenia (und Afrika) gewonnen wurden und die Frau Fischer in knappen, aber gehaltvollen Worten zusammenfasste:

»Die Eindrücke, die von den Reisenden in diversen Reflexionsrunden geteilt wurden, lassen sich ungefähr so zusammenfassen:

- Um gewaltsamer Konfliktaustragung vorzubeugen und den Zusammenhalt in den Gemeinden zu stärken, bedarf es einer Kombination von Maßnahmen für Ernährungssicherheit, für Infrastrukturaufbau und für Bildung; Friedens- und Entwicklungszusammenarbeit müssen also zusammengebracht werden, um präventive und nachhaltige Wirkung zu erzielen; hier sieht man das Leitbild des ›Gerechten Friedens‹ in der Praxis manifestiert.
- Maßnahmen zur Gewaltprävention sind dann erfolgversprechend, wenn sie frühzeitig ansetzen und sich auf die Überwindung der Ursachen von Gewaltkonflikten (Konflikttransformation) richten; religiöse WürdenträgerInnen können bei der Transformation von Konflikten eine wichtige Rolle spielen, wenn sie gemeinsam handeln und die Ursachen in den Blick nehmen.
- Friedens- und Entwicklungszusammenarbeit müssen gender-sensibel gestaltet und Frauen in ihren Potenzialen des Friedenshandelns unterstützt werden.
- Gleichzeitig werden wichtige Erfolge zur Sicherung der Lebensgrundlagen und des Friedens auf lokaler Ebene, die die Gruppe vor Ort erleben konnte, von den Auswirkungen des Klimawandels wieder unterlaufen: die besuchten Regionen sind massiv von außergewöhnlichen Dürren und Ernteaussfällen bedroht.
- Fazit: Zum Handeln für ›gerechten Frieden‹ gehört untrennbar der Einsatz für die Bewahrung der Schöpfung, und es ist nötig, die eigenen Anteile an den Strukturen des Unfriedens – z.B. den Beitrag

112 <https://www.youtube.com/watch?v=vw15ugCreDU> (abgerufen am 31.8.2020).

unserer Wirtschaftsweise zum Klimawandel, unfaire Handelsbeziehungen und Agrarpolitik, die zur Verarmung von Gesellschaften im globalen Süden beitragen, zu erkennen, zu skandalisieren und zu überwinden.«¹¹³

Das zweite Beispiel für möglicherweise gelungene Begegnungen, Dialoge und Lernprozesse bietet die Dokumentation einer Tagung der Evangelischen Akademie Frankfurt mit dem Netzwerk »**Fokus Sahel**«, die ebenfalls im Frühjahr 2019 stattfand. Dabei waren viele afrikanische Referent*innen aus unterschiedlichen Ländern der Sahelzone zu Gast. Sie hielten nahezu alle Hauptvorträge und bestritten die anschließenden Diskussionen. Als Ergebnis der Tagung kristallisierten sich schließlich *sechs grundsätzliche Empfehlungen* heraus, die sich in erster Linie an Länder und Organisationen richten, die sich militärisch und/oder entwicklungspolitisch in der Sahel-Zone engagieren:

- »*Erstens* sollten sich externe Akteure umfassender als bislang mit der Situation in der Sahel-Region befassen, auch unter Berücksichtigung historischer Kontexte und geographischer Besonderheiten. Nur so ist ein wirklich situationsangemessenes Handeln in der Region möglich.
- *Zweitens* muss auf dieser Grundlage eine klare Priorisierung ziviler Maßnahmen erfolgen – einschließlich einer signifikanten Steigerung der finanziellen Mittel für die nicht-militärische Entwicklungszusammenarbeit.
- *Drittens* gilt es, zivilgesellschaftliche Akteure gezielt zu fördern – gleichsam komplementär zur ebenfalls anvisierten Reform staatlicher Institutionen. Ein besonderes Augenmerk sollte dabei auch auf lokale Dialog- und Empowermentaktivitäten gelegt werden, um eine aktive Beteiligung der Bevölkerung an zukünftigen Friedens- und Versöhnungsprozessen zu gewährleisten.

113 [https://www.brot-fuer-die-welt.de/blog/2019-ekd-synode-kirche-fuer-gerechtigkeit-und-frieden/\(zuletzt-abgerufen-am-31.8.2020\)](https://www.brot-fuer-die-welt.de/blog/2019-ekd-synode-kirche-fuer-gerechtigkeit-und-frieden/(zuletzt-abgerufen-am-31.8.2020)).

- *Viertens* ist das derzeitige militärische Engagement drastisch zu reduzieren. Dabei sollte –ausgehend von den bisherigen Aktivitäten in diesem Bereich – ein noch stärkerer Fokus auf Ausbildung und Ausrüstung der Streitkräfte der einzelnen Sahel-Länder liegen, allerdings nur unter der Voraussetzung, dass ihre Einbettung in funktionierende Institutionen garantiert ist.
- *Fünftens* ist anzustreben, dass externe Militäroperationen ausschließlich im Rahmen der UN erfolgen, nicht aber im Rahmen einzelstaatlicher Initiativen wie der französischen Operation Barkhane. Ebenfalls wichtig ist, dass UN-Einsätze zukünftig umfassender anhand konkreter Zielsetzungen evaluiert werden – stets auch mit Blick auf die Frage, inwiefern das militärische Engagement durch zivile Maßnahmen ersetzt werden könnte.
- *Sechstens* ist eine aus der militärischen Zusammenarbeit resultierende Stärkung autoritärer oder diktatorischer Regime wie zum Beispiel dem im Tschad zu vermeiden. Denn der Kampf gegen dschihadistische oder bewaffnete Gruppen rechtfertigt weder Menschenrechtsverletzungen noch die Herbeiführung oder Aufrechterhaltung undemokratischer Verhältnisse.«¹¹⁴

Gelungene Begegnungen, Dialoge und Lernprozesse sollten dokumentiert, beherzigt und im künftigen Handeln angemessen berücksichtigt werden. Daran zu erinnern, dazu zu ermuntern, darauf zu bestehen, ist ein **aufklärerischer Beitrag** der Kirchen in Politik und Gesellschaft.

Metareflexion zu geschichtlichen Lernprozessen

Lernen Menschen überhaupt aus der Geschichte? Die Antwort sollte meines Erachtens lauten: Ja, aber das ist leider keineswegs selbstver-

114 *Fokus Sahel (Hg.): Wege aus der Gewalt*, Autor: Olaf Bernau, Berlin 2019, S. 8f.- Die vollständige Dokumentation findet sich unter anderem auch in der Mediathek der Evangelischen Akademie Frankfurt: https://www.evangelische-akademie.de/mediathek/medien/___/event/594/.

ständig. Und es vollzieht sich oft (sehr) langsam und ebenso oft auf nicht geradlinige Weise. Ein Beispiel bietet das tragische Schicksal der ersten deutschen Demokratie von Weimar. Gegenüber dem Kaiserreich war sie aus heutiger Sicht ein beachtlicher Fortschritt, aber sie mündete in eine Diktatur der unmenschlichsten Art. Jeder Fortschritt ist eben auch gefährdet, jede Errungenschaft muss gegen Widerstände bewahrt werden.

Lernprozesse dauern ihre Zeit. In zwei durchaus progressiven Schulbüchern, die in der Bundesrepublik Deutschland in den 1970er und 1980er Jahren im Fach »Geschichte« in Gebrauch waren, wird noch ganz unbefangen das sogenannte »N*-Wort« verwendet, und es wird selbstverständlich von »Farbigen« gesprochen – dies in voller Solidarität mit den Anliegen Martin Luther Kings, dessen Wirken ebenso wie seine Ermordung dargestellt werden.¹¹⁵ Bewusstsein ändert sich, Sprache wandelt sich, Lernprozesse finden statt – aber sie brauchen oft Generationen, um innerhalb einer Gesellschaft wirklich anzukommen und durchzudringen. Auch Rückschläge sind niemals ausgeschlossen. Dazu mag man in der Gegenwart das Aufkommen rechtspopulistischer Bewegungen zählen.

Uwe Schneidewind unterscheidet im Anschluss an Kwame Anthony Appia fünf Phasen moralischer Revolutionen voneinander:

1. Phase der Ignoranz: ein Problem (wie etwa Sklaverei) wird nicht gesehen;
2. Phase der Anerkennung des Problems, aber ohne persönlichen Bezug dazu;
3. Phase der Anerkennung auch des persönlichen Bezugs zum Problem, aber Nennung von Gründen, warum kein Handeln möglich ist;
4. Phase des Handelns (Beispiel: Abschaffung der Sklaverei);

115 *Grundzüge der Geschichte: Von 1890 bis zur Gegenwart*, Bd. 4, Frankfurt a.M./Berlin/Bonn/München, 2. Aufl. 1969, S. 301-303; *Menschen in ihrer Zeit – in unserer Zeit*, Bd. 4, Stuttgart 2. Aufl. 1975, S. 184f.

5. Phase des Rückblicks: Unverständnis, dass die alte Praxis je bestehen konnte.¹¹⁶

Die Wirklichkeit in unserer Gesellschaft (oder auch in unserer Kirche als gesellschaftliches Subsystem) ist oft noch komplizierter: Es leben Menschen miteinander und nebeneinander, die in völlig verschiedenen Phasen der Problemwahrnehmung existieren. Man kann dies vielleicht aktuell am Problem des Klimawandels illustrieren: Es gibt in unserer Gesellschaft (aber auch in den Kirchen) Personen, die den Klimawandel überhaupt leugnen (Phase 1), und es gibt ebenso Personen wie die »Fridays for Future«-Aktivist*innen, die nicht nur längst gegen den Klimawandel engagiert sind, sondern überhaupt nicht mehr begreifen können, dass andere Menschen Autos fahren, Flugzeuge nutzen oder Fleisch essen (Phasen 4/5). Man kann dies als einen klassischen Fall der »Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen« sehen.

Wie können und sollten Christinnen und Christen mit einer solchen Gemengelage umgehen? Einer jedenfalls sehr ähnlichen Situation begegnete der Apostel Paulus in der Hafenstadt Korinth und in der Hauptstadt des damaligen Europas, Rom. Er sprach von der Spannung zwischen den »Starken« und den »Schwachen« und meinte damit offenbar unterschiedliche Bewusstseins- und Reifegrade bei den Christenmenschen der dortigen Gemeinden (vgl. 1. Korinther 8,1-11,1 und Römer 14,1-15,13). Paulus setzte auf die Geduld und den liebevollen Umgang der beiden Gruppen miteinander, wobei insbesondere die »Starken« gefordert waren, Rücksicht auf die »Schwachen« zu nehmen.¹¹⁷ Möglicherweise sollte auch in der Gegenwart eine entsprechende Empfehlung gegeben werden: *Geht liebevoll mit denjenigen um, die sich nicht in der gleichen Phase von Erkennen und Handeln befinden!* Das schließt aber nicht aus, sondern vielmehr ein, dass man diesen Menschen das selbst

116 Uwe Schneidewind: Die Große Transformation, a.a.O., S. 26-31.

117 Allerdings waren damals diejenigen, die das »Götzenopferfleisch« nicht aßen, die »Schwachen«; heute würde man wohl diejenigen, die einen großen Fleischkonsum haben, als die (im Blick auf den Klimawandel) »Schwachen« betrachten, weil sie eben nicht »nachhaltig« handeln.

als wahr und richtig Erkante mitteilt. Und das klar und deutlich formuliert. Die Hoffnung dabei ist, dass sich die Wahrheit im Diskurs bewährt und über kurz oder lang auch durchsetzen wird. Je früher, desto besser! An dem Unterfangen des argumentativen und mutigen Eintretens für die Wahrheit, das zugleich im Blick auf die beteiligten Personen deren Würde wahrt und somit rücksichtsvoll und liebevoll geschieht, haben auch die Evangelischen Akademien teil. Sie handeln so im Vertrauen auf den Satz des Paulus: »Denn wir vermögen nichts wider die Wahrheit, sondern nur etwas für die Wahrheit.« (2. Korinther 13,8)

Vielleicht heißt »Aufklärung« in einem einzigen Satz zusammengefasst ja nichts anderes, als Wahrheit und Liebe zugunsten seiner Mitmenschen miteinander zu verbinden. Wenn das eine gültige Definition der Aufklärung wäre, dann sollte das Eintreten für einen gerechten und nachhaltigen Frieden für Afrika ein genuines Projekt der Aufklärung sein.

Kirche auf dem Weg der Gerechtigkeit und des Friedens

Evangelische Kirche in Deutschland (EKD)

Lass ab vom Bösen und tue Gutes;
suche Frieden und jage ihm nach!
(Ps 34,15)

Als Christinnen und Christen, die sich im Gottesdienst und im Gebet in den Frieden Gottes stellen, haben wir Anteil an der Friedensbewegung Gottes in diese Welt hinein. Sie bildet den Ausgangspunkt und den Kern der Friedenstheologie und -ethik, die wir als christliche Kirchen in das Ringen um den Frieden in der Welt einbringen.

Der Friede Gottes ist umfassend; unsere Umsetzungen sind partikular. Gottes Frieden umfasst ein Leben in Würde, den Schutz vor Gewalt, die Bewahrung unserer Lebensgrundlagen, den Abbau von Ungerechtigkeit und Not, die Stärkung von Recht, Freiheit und kultureller Vielfalt. Die grundlegende Differenz zwischen dem, was wir für den Frieden tun, und dem Frieden Gottes führt uns von der Klage in das Lob Gottes. Diese Differenz wehrt jeder Sakralisierung politischer Positionen, auch unserer eigenen. Sie begrenzt unsere menschlichen Auseinandersetzungen heilsam. Sie fördert nüchterne Unterscheidungen und ermöglicht Selbstkritik und Gelassenheit.

Der Friede Gottes überwindet Grenzen, Mächte und Gewalten. Gott steht den Opfern bei. Das geschieht aber nicht durch eine Steigerung der Gewalt, sondern durch Überwindung der Logik der Gewalt: indem Gott Mensch wird und sich in Christus selbst verwundbar macht. Der neue Himmel und die neue Erde, in der sich Gerechtigkeit und

Friede küssen, liegen uns noch voraus. Aber wir gestalten schon im Hier und Jetzt mit Hoffnung und Ausdauer, mit Klarheit und Mut eine Friedensordnung. Christus ist unser Friede (Eph 2,14). Christus richtet uns durch seine Gerechtigkeit auf und nimmt uns mit auf seinen Weg. Wir sind gerufen, uns aufrecht und mündig mit unseren Kompetenzen und Ressourcen, auch mit unseren Schwächen, an Christi gewaltfreiem Friedenshandeln auszurichten und Verantwortung für einen gerechten Frieden zu übernehmen.

Vor 30 Jahren fand die friedliche Revolution in der DDR statt, mit brennenden Kerzen in den Händen und Friedensgebeten in überfüllten Kirchen – gewaltfrei. Das empfinden wir nach wie vor dankbar – in Ost wie in West – als ein großes Geschenk. Die Mauer fiel, die deutsche und europäische Teilung konnte überwunden werden, Demokratie und Freiheit wurden dazugewonnen. Jedoch sind nicht alle Mauern in Köpfen und Herzen überwunden worden, neue werden errichtet.

Der Überwindung der alten Blockkonfrontation ist eine internationale Weltordnung gefolgt, die bestimmt ist durch eine Multipolarität, in der neben den Großmächten eine Vielzahl weiterer Akteure miteinander konkurrieren. Neue Konfliktlinien entstanden, Kriege wurden geführt und geschürt. Im Jahr 2007 hat sich die Evangelische Kirche in Deutschland vor diesem Hintergrund in der Denkschrift »Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen« dem Leitbild des Gerechten Friedens verpflichtet und sich für einen klaren Vorrang für gewaltfreie, zivile Instrumente der Konfliktbearbeitung ausgesprochen. Sie betont den engen Zusammenhang von Frieden und Gerechtigkeit und von Frieden und Recht. Den Einsatz militärischer Mittel hält sie ausschließlich als »rechtserhaltende Gewalt«, die als äußerstes Mittel (ultima ratio) erwogen werden darf, unter engen Kriterien für legitim. Der Einsatz von Gewalt ist immer eine Niederlage und stellt uns vor die Frage, ob wir im Vorfeld alles zur Prävention und gewaltfreien Konfliktlösung getan haben.

Seit der Friedensdenkschrift der EKD aus dem Jahr 2007 hat sich die Situation erneut geändert:

- Der Klimawandel entzieht Menschen die Lebensgrundlagen. Das führt zunehmend zu gewaltsamen innerstaatlichen und zwischenstaatlichen Konflikten und Migrationsdruck.
- Die globalen sozialen und wirtschaftlichen Ungleichheiten vergrößern sich.
- Aus innerstaatlichen Konflikten entstehen zunehmend Kriege, in die Großmächte und/oder Nachbarstaaten involviert sind.
- Der internationale Terrorismus verändert und verschärft die Konflikte.
- Die Ausgaben für Rüstung und Militär steigen deutlich.
- Die Bilanz militärischer Einsätze, die zur Beendigung von Menschenrechtsverletzungen führen sollen, ist enttäuschend.
- Hybride Kriege, Kriegsführung im Cyberraum, Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen und automatisierte sowie teilautonome Waffensysteme werfen grundlegende ethische Fragen auf.
- Die regelbasierte multilaterale Weltordnung ist in der Krise. Großmächte kündigen internationale Verträge zur Rüstungskontrolle und stellen internationale Abkommen in Frage.
- Der zunehmende Zerfall von Staatlichkeit in vielen Regionen der Welt verändert die sicherheitspolitische Herausforderung.
- Das gesellschaftliche Klima wird rauer, Reden und Handeln werden gewaltförmiger.

Eine gerechtere, ressourcen-schonendere und die Würde aller Menschen achtende Weltordnung ist der wichtigste Beitrag für mehr globale Sicherheit und weniger Konflikte. Die wichtigen globalen Herausforderungen lassen sich nicht militärisch lösen, sie bedürfen des politischen Ausgleichs sowie der Berücksichtigung des Rechtes und des Wohles aller Beteiligten. Vor allem aber bedürfen sie der Stärkung des gegenseitigen Vertrauens. Die Gemeinschaft in der Ökumene hilft uns, zum Aufbau des Vertrauens beizutragen. Deshalb sind wir gemeinsam mit Kirchen aus aller Welt auf dem Pilgerweg der Gerechtigkeit und des Friedens.

1. Der Weg der Gewaltfreiheit

Die Erfahrung zeigt, dass Menschen, Gemeinschaften und Staaten in der Lage sind, Probleme und Konflikte in allen Bereichen gesellschaftlichen und politischen Lebens auf konstruktive und gewaltfreie Weise zu bearbeiten. Es gibt erprobte Konzepte und Instrumente dafür, Wege aus Gewalt und Schuld zu finden, einander vor Gewalt zu schützen und Versöhnungsprozesse zu gestalten – in Friedenszeiten wie in Krisen- und Kriegssituationen. Auf dem Weg der Gerechtigkeit und des Friedens hören wir Gottes Ruf in die Gewaltfreiheit. Wir folgen Jesus, der Gewalt weder mit passiver Gleichgültigkeit noch mit gewaltsamer Aggression begegnet, sondern mit aktivem Gewaltverzicht. Dieser Weg transformiert Feindschaft und überwindet Gewalt, und er achtet die Würde aller Menschen, auch die von Gegnerinnen und Gegnern.

- Das Leitbild des Gerechten Friedens setzt die Gewaltfreiheit an die erste Stelle. Das wollen wir im Gebet, im eigenen Friedenshandeln und im gesellschaftlichen Dialog immer weiter einüben. Wir rufen die politisch Verantwortlichen dazu auf, militärische Gewalt und kriegerische Mittel zu überwinden. Vom Gerechten Frieden her zu denken heißt, den Grundsatz zu befolgen: »Wenn du den Frieden willst, bereite den Frieden vor.« Deshalb setzen wir uns mit ganzer Kraft für die Vorbeugung und Eindämmung von Gewalt ein.
- Aufgrund der positiven Erfahrungen mit Prävention und ziviler Konfliktbearbeitung stärken wir die Ausbildung und den Einsatz von Friedensfachkräften und fordern den Ausbau der Friedens- und Konfliktforschung und die verlässliche Bereitstellung der dafür notwendigen finanziellen Ausstattung.
- Prävention ist die nachhaltigste Form der Friedenssicherung. Deshalb fordern wir die Priorisierung von Haushaltsmitteln des Bundesetats – mindestens zwei Prozent des Bruttoinlandproduktes – für entwicklungspolitische Maßnahmen, für die Bekämpfung von Gewaltursachen, für Krisenprävention, für gewaltfreie Konfliktbearbeitung und für Nachsorge und zivile Aufbauarbeit in Krisenregionen.

2. Nachhaltige Entwicklung und Klimaschutz für gerechten Frieden

Im Jahr 2015 haben die Vereinten Nationen die Agenda 2030 mit ihren 17 Zielen für Nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs) beschlossen. Der aktuelle Stand der Umsetzung gibt Anlass zur Besorgnis: Wenn wir als Weltgemeinschaft so weitermachen wie bisher, werden von den 169 Unterzielen nur drei erreicht werden. Auch vom Erreichen des Zieles Nr. 16 »Friede, Gerechtigkeit und starke Institutionen« sind wir weit entfernt. Noch immer sind zwei Milliarden Menschen nicht ausreichend ernährt, verbrauchen wir besonders im Globalen Norden mehr Ressourcen als wir zur Verfügung haben, leben wir auf Kosten des fernen Nächsten und kommender Generationen.

Die katastrophalen Auswirkungen des Klimawandels wirken als Konfliktbeschleuniger, sie verstärken bestehende Problemlagen wie Hunger oder extreme Wetterereignisse und treffen insbesondere diejenigen, die am wenigsten zur globalen Erwärmung beitragen. Wir werden dem Anspruch der Agenda 2030, niemanden zurückzulassen (»leave no one behind«), nicht gerecht. Weil wir die nachhaltigen Entwicklungsziele nicht konsequent umsetzen, sind wir auf dem Weg in eine noch unfriedlichere Welt. Ohne nachhaltige Entwicklung gibt es keinen Frieden.

Die Kirchen können an vieles anknüpfen, wofür sie sich seit Jahren im konziliaren Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung engagieren. Wir sprechen uns für ein entschiedenes Engagement von Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft zur Einhaltung der ökologischen Grenzen unserer Erde aus. Wirksamer Klimaschutz ist auch ein Beitrag zur Krisenprävention.

Für den Frieden in der Welt ist Klimagerechtigkeit eine unabdingbare Voraussetzung. Es ist deshalb ein Ausdruck des christlichen Friedenszeugnisses, sich als Kirche sowohl für das Erreichen der von den Vereinten Nationen 2015 in Paris beschlossenen Klimaziele einzusetzen als auch das eigene kirchliche Klimaschutzhandeln konsequent weiterzuentwickeln.

- Wir treten ein für eine Ethik, eine Ökonomie und einen Lebensstil des Genug und für eine Verzahnung von Friedens- und Nachhaltigkeitsdiskursen in Kirche und Gesellschaft.
- Wir unterstützen die weltweiten Partnerkirchen und -projekte darin, die Folgen des Klimawandels zu bewältigen.
- Wir fordern die Bundesregierung auf, die im Koalitionsvertrag gesetzten Klimaschutzziele endlich entschieden umzusetzen. Die bislang getroffenen Maßnahmen, verabschiedeten Gesetze wie auch die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie reichen bei weitem nicht aus.
- Wir unterstützen die Absicht der Bundesregierung, globalen Klimaschutz als Beitrag zur Krisenprävention zum Schwerpunkt ihrer Zeit als nichtständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat zu machen. Sie sollte dazu neue Allianzen suchen und innovative Formate der multilateralen Kooperation nutzen.
- Weiterhin muss die Bundesregierung ihrer internationalen Verantwortung gerecht werden und dauerhaft ausreichende Mittel für die internationale Klimafinanzierung, insbesondere für die Prävention vor und die Kompensation von klimabedingten Schäden und Verlusten, zur Verfügung stellen.

3. Gesellschaftlicher Frieden

Wir nehmen eine wachsende Schere zwischen Arm und Reich und soziale Benachteiligung wahr. Lohndumping und die Verlagerung von Arbeitsplätzen, sowie Altersarmut und steigende Mieten wecken zunehmend Ängste. Die Kirche hat hier die Aufgabe, sich mit diesen Problemen auseinanderzusetzen, um damit auch verkürzenden populistischen Argumentationen, Extremismus und Gewaltbereitschaft vorzubeugen. Dafür müssen Räume für konstruktive Lösungen geöffnet werden. Zunehmend belasten auch Antisemitismus und Islamfeindlichkeit sowie Rechtspopulismus und Rechtsextremismus das gesellschaftliche Klima. Dem muss entgegnet werden: Rassismus und Ausgrenzung widersprechen dem christlichen Gebot der Nächstenliebe und der Würde des Menschen. Verbale und physische Verrohung und Gewalt dürfen

keine Mittel der politischen, weltanschaulichen und religiösen Auseinandersetzung sein. Religionen dürfen kein Anlass für Hass, Unfrieden und Krieg sein, vielmehr sind die Friedenspotentiale der Religionen auszuschöpfen, damit sie als Werkzeuge des Friedens dienen können.

Wir ermutigen Kirchengemeinden und andere kirchliche Einrichtungen, als Orte der Reflexion und des Dialogs zur Verfügung zu stehen, Menschen zur friedfertigen Durchsetzung ihrer Interessen zu befähigen und Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Teilhabe, gerade auch im ländlichen Raum, zu schaffen. Bündnisse zur Lösung relevanter sozialer Probleme und zur Überbrückung gesellschaftlicher Spaltung sind zu fördern und eine Haltung zu entwickeln, die es ermöglicht, gegen verbale und physische Gewalt einzutreten. Christliche Gemeinden, Verbände und Initiativen können Impulsgeber und Freiräume sein für soziale Gemeinschaft bildende Aktivitäten. Alle Aktivitäten, die es in diesem Sinne bereits gibt, verdienen mehr gesellschaftliche Aufmerksamkeit. Sie sind die Bündnispartner zur Gestaltung des Gemeinwesens.

- Wir verpflichten uns, Initiativen im Bereich der Friedenspädagogik, zivilen Konfliktbearbeitung und der politischen Bildung zu unterstützen und dabei gerade dem politischen Engagement, den Kompetenzen und Anliegen junger Menschen Raum zu geben.
- Wir fordern einen Ausbau der Friedens- und Demokratiebildung in Schulen und Bildungseinrichtungen.
- Wir empfehlen, die pädagogische Arbeit zur Stärkung der Kompetenzen im Umgang mit Hate-Speech und Mobbing in der analogen und digitalen Kommunikation zu intensivieren.

4. Die europäische Verantwortung für den Frieden

Die Europäische Union (EU) hat sich als Wertegemeinschaft der Achtung der Menschenwürde und der Wahrung der Menschenrechte, der Freiheit, Demokratie, Gleichheit und Rechtsstaatlichkeit verpflichtet (Lissabon-Vertrag, 2007). Sie hat maßgeblich zu Frieden und Versöhnung zwischen ehemals verfeindeten Staaten in Europa beigetragen

und einen historisch einmaligen Stabilitätsraum geschaffen. Wir unterstützen alle Kräfte, die der EU als Projekt des Friedens und der Versöhnung verpflichtet sind. Wir sagen »Ja zu einem Europa in weltweiter Solidarität, das Gleichgültigkeit und Eigeninteressen überwindet, Frieden und Gerechtigkeit übt und sich für die Bewahrung der Schöpfung einsetzt.« (Kundgebung der EKD-Synode 2016). Die Stärke der EU sehen wir darin, mit zivilen, diplomatischen Mitteln Krisen vorzubeugen, zur Beilegung von Gewaltkonflikten beizutragen und kriegszerstörte Gesellschaften im Wiederaufbau zu unterstützen. Dauerhafter Frieden ist nur zu erreichen, wenn auch die Sicherheit anderer in den Blick genommen wird. Vertrauensbildende Maßnahmen und eine internationale gültige Rechtsordnung spielen dabei eine entscheidende Rolle.

- Gemeinsam mit den anderen Kirchen in Europa wollen wir eine klar vernehmbare Stimme für den Frieden sein. Wir setzen uns in den europäischen kirchlichen Vereinigungen wie Gemeinschaft Europäischer Kirchen in Europa (GEKE) und Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) für diese Ziele ein, wie sie z.B. in der »Charta Oecumenica« (2001) beschrieben sind.
- Wir fordern, dass die EU vor allem die Institutionen unterstützt, die der Friedensförderung dienen. In Abstimmung mit den Vereinten Nationen, der OSZE und dem Europarat sollte sie die Instrumente für Mediation, Gewaltprävention, zivile Konfliktbearbeitung und Nachsorge sowie für den Friedensaufbau systematisch ausbauen und finanziell deutlich besser ausstatten.
- Wir fordern, dass die gesamte EU-Politik und insbesondere die EU-Nachbarschaftspolitik (ENP) durch faire Handelsbeziehungen, eine gerechte Agrarpolitik sowie glaubwürdige Klima- und Umweltpolitik friedensverträglich und im Sinne globaler Solidarität ausgestaltet werden.
- Wir fordern die EU und ihre Mitgliedstaaten dazu auf, ihre Schutzverantwortung für Flüchtlinge konsequent wahrzunehmen. EU-Missionen zur Seenotrettung sind dringend erforderlich. Es müssen sichere und legale Wege für Schutzsuchende in die EU

sowie ein gemeinsames Asylsystem mit fairer Verteilung und möglichst hohen Verfahrens- und Aufnahmestandards geschaffen werden. Das in Artikel 18 der EU-Grundrechtecharta verankerte Recht auf Asyl muss garantiert werden. Wir unterstützen die Bundesregierung dabei, im europäischen Zusammenhang für den Globalen UN-Migrationspakt als Rahmen für eine gemeinsame Regelung migrationspolitischer Fragen zu werben.

- Wir fordern, dass die Regeln der EU zur Rüstungsexportkontrolle – im Einklang mit dem »Gemeinsamen Standpunkt der EU« von 2008 – restriktiver umgesetzt werden und deren Einhaltung effektiver überwacht wird. Hier sind alle Mitgliedstaaten gefordert, ihre nationale Gesetzgebung und Kontrollinstanzen entsprechend auszurichten. Wir bitten die Bundesregierung, ein Rüstungsexportkontrollgesetz in Deutschland vorzulegen und im Rahmen ihrer EU-Ratspräsidentschaft glaubwürdig dafür zu werben. Sowohl Exporte in Krisenregionen als auch militärische Kooperationen mit Drittstaaten außerhalb der Nato, die Menschenrechte und Demokratie missachten, untergraben die internationale Friedensordnung.

5. Herausforderungen durch Autonomisierung, Cyberraum und Atomwaffen

Autonomisierung und Teilautonomisierung von Waffen

Eine neue friedensethische Herausforderung stellen *automatisierte, teilautonome und unbemannte Waffensysteme* dar, die auch zur Gefahrenabwehr und damit zum Schutz nicht nur von Soldatinnen und Soldaten, sondern auch von Zivilisten und Zivilistinnen eingesetzt werden. Gleichzeitig gibt es vielfältige Risiken: ein Absinken der Hemmschwelle zum militärischen Einsatz, eine Entgrenzung des Krieges oder auch die völlig ungelösten Fragen der Kontrolle und Verantwortung für die Folgen einer militärischen Aktion. Mit steigendem Autonomisierungsgrad werden diese Risiken größer und betreffen im Falle autonomer und teilautonomer Systeme auch elementare Fragen der Menschenwürde.

- Bei autonomen Waffen, die der menschlichen Kontrolle entzogen sind, treten wir für eine völkerrechtliche Ächtung ein und appellieren an die Bundesregierung, sich für ein verbindliches Verbot von autonomen Waffensystemen einzusetzen.
- Wir unterstützen die internationale Kampagne »Stop Killer Robots« zur Ächtung sogenannter Killerroboter.

Cyberraum

Cyberangriffe unterscheiden sich fundamental von herkömmlichen Formen der Kriegführung. Sie finden scheinbar »vollkommen blutlos« im virtuellen Raum statt, können aber dramatische Wirkungen zeitigen, insbesondere wenn sie vitale Infrastrukturen wie Strom- oder Wasserversorgung treffen. Viele Staaten, auch Deutschland, reagieren darauf mit der Einrichtung von militärischen Cyberkommandos. Ihre Bindung an rechtsstaatliche Verfahren, ihre Kontrolle durch die staatlichen Organe und ihre Verbindung mit nichtmilitärischen Einrichtungen der Aufklärung und Gefahrenabwehr ist zu sichern und zu stärken. Entscheidend ist unter anderem die Resilienz, das heißt die Schaffung sicherer und widerstandsfähiger Infrastrukturen und Vorkehrungen für deren Wiederherstellung. Diese einzurichten und weiterzuentwickeln, ist zuvorderst eine Aufgabe für Politik und Wirtschaft.

- Wir sprechen uns dafür aus, bei der Cyber-Abwehr vor allem zivile Strukturen und defensive Maßnahmen zu stärken.
- Wir sehen die Notwendigkeit, zur Vermeidung bzw. Regelung von Konflikten im Cyberraum auf der Grundlage ethischer Kriterien ein völkerrechtlich verbindliches Cyberrecht zu entwickeln und einzuführen. Die Bundesregierung sollte sich im Rahmen der UN dafür einsetzen.

Atomwaffen

Atomwaffen sind Massenvernichtungswaffen und eine existentielle Bedrohung des gesamten menschlichen Lebensraums. Schon die Friedensdenkschrift von 2007 betont, dass die »Drohung mit Nuklearwaffen nicht mehr als Mittel legitimer Selbstverteidigung« betrachtet werden kann. Politisches Ziel bleibt deshalb ein Global Zero: eine Welt ohne Atomwaffen. Während dieses Ziel breiter Konsens ist, ist der Weg dorthin umstritten. Dennoch erscheint uns heute angesichts einer mangelnden Abrüstung, der Modernisierung und der Verbreitung der Atomwaffen die Einsicht unausweichlich, dass nur die völkerrechtliche Ächtung und das Verbot von Atomwaffen den notwendigen Druck aufbaut, diese Waffen gänzlich aus der Welt zu verbannen. Der Bruch des Budapester Memorandums zu Lasten der Ukraine ist ein massiver Rückschlag im Bemühen um weitere atomare Abrüstung. Die Aufkündigung des INF-Vertrages erhöht noch einmal das Risiko einer nuklearen Aufrüstung. Je länger Atomwaffen produziert, modernisiert, weiterentwickelt und einsatzbereit gehalten werden, desto größer ist die Gefahr, dass es zu einem Einsatz von Atomwaffen oder zu einem katastrophalen Unfall kommt. Es hat sich gezeigt, dass der Atomwaffenbesitz vor Angriffen mit konventionellen Waffen nicht schützt. Dass auch vom deutschen Boden (Büchel) atomare Bedrohung ausgeht, kann uns nicht ruhig lassen. Die Tatsache, dass es noch immer ca. 16.000 Atomsprengköpfe auf der Welt gibt und in den vergangenen Jahren keine Abrüstung im Rahmen des Nichtverbreitungsvertrages gelungen ist, zeigt, dass der Atomwaffenverbotsvertrag überfällig ist, der 2017 aufgrund einer Resolution der UN-Generalversammlung ausgehandelt wurde.

Wir fordern die Bundesregierung auf, konkrete Schritte einzuleiten mit dem Ziel, den Atomwaffenverbotsvertrag zu unterzeichnen. Dies setzt Gespräche und Verhandlungen mit den Partnern in NATO, EU und OSZE voraus:

- über eine Weiterentwicklung des Atomwaffenverbotsvertrages – besonders der Überprüfungsmechanismen,
- über ein weltweites Moratorium der Modernisierung der Atomwaffen,
- über eine Initiative zu negativen Sicherheitsgarantien, d.h. Verpflichtungen der Nuklearwaffenstaaten, keine Nuklearwaffen gegen Nicht-Nuklearwaffenstaaten einzusetzen oder mit ihnen zu drohen,
- über neue Bemühungen für Abrüstung und Rüstungskontrolle.

Vertrauen ist die Grundlage jeder Friedenspolitik und der Schlüssel zu nuklearer Abrüstung.

Ökumenischer Pilgerweg der Gerechtigkeit und des Friedens

Dankbar erinnern wir uns an die Ökumenische Versammlung »Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung« 1989 in Dresden. Als Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) sind wir mit den Kirchen weltweit verbunden. Auf dem Weg zur Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) 2021 in Karlsruhe folgen wir seinem Aufruf, an dem Ökumenischen Pilgerweg der Gerechtigkeit und des Friedens einschließlich des Ökumenischen Pilgerweges für Klimagerechtigkeit teilzunehmen. Als Teil der Friedensbewegung Gottes in diese Welt hinein verpflichten wir uns, in unseren eigenen Strukturen und Veränderungsprozessen, in unserem täglichen Handeln sowie in den gesellschaftlichen und politischen Herausforderungen um Gottes Frieden zu bitten, ihn beständig zu suchen und für Gerechtigkeit und Frieden einzutreten. Wir sind unterwegs in dem Vertrauen, dass Gott unsere Füße auf den Weg des Friedens richtet (Lk 1,79).

Gewaltlos in einer Zuckerwattewelt

Die Kundgebung der EKD-Synode zu Frieden und Gerechtigkeit

Johannes Fischer

Bei ihrer Tagung vom 10. bis 13. November 2019 in Dresden hat die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland eine »Kundgebung« zum Thema »Kirche auf dem Weg der Gerechtigkeit und des Friedens« beschlossen. Sie beginnt mit der Selbstbekundung der in Dresden Versammelten, dass sie »als Christinnen und Christen, die sich im Gottesdienst und im Gebet in den Frieden Gottes stellen, [...] Anteil an der Friedensbewegung Gottes in diese Welt hinein« haben. »Sie bildet den Ausgangspunkt und Kern der Friedenstheologie und -ethik, die wir als christliche Kirchen in das Ringen um den Frieden in der Welt einbringen.« Dabei wissen sich die Mitglieder der Synode gerufen, sich »an Christi gewaltfreiem Friedenshandeln auszurichten und Verantwortung für einen gerechten Frieden zu übernehmen.«

Das Leitbild des »Gerechten Friedens« bildete 2007 in der EKD-Denkschrift »Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen« den friedensethischen Fokus. Die Denkschrift reagierte auf die veränderte Situation nach dem Ende der Blockkonfrontation zwischen Ost und West, mit der sich auch der Auftrag der Bundeswehr gewandelt hatte. An die Stelle der militärischen Abschreckung eines potenziellen Gegners waren Einsätze wie im Kosovo und in Afghanistan getreten, die in der deutschen Öffentlichkeit umstritten waren und neue friedensethische Fragen aufwarfen. Die Denkschrift lehnte derartige Einsätze nicht generell ab, zog ihnen aber enge Grenzen. Sie trat für einen un-

bedingten Vorrang gewaltfreier, ziviler Formen der Konfliktbearbeitung ein, schloss aber den Einsatz militärischer Mittel im Sinne »rechtserhaltender Gewalt« als *ultima ratio* nicht aus.

Die Kundgebung der EKD-Synode begründet ihre eigene Veranlassung damit, dass sich die Situation seit der Friedensdenkschrift von 2007 erneut verändert habe, und sie verweist dazu auf eine Reihe von globalen, regionalen und gesellschaftlichen Veränderungen und Entwicklungen. In ihrer Reflexion darauf knüpft sie einerseits an die Friedensdenkschrift an, rückt aber andererseits auch von ihr ab. Sie knüpft an sie an, indem sie das Leitbild des Gerechten Friedens aufnimmt, dabei aber den Akzent auf diese Entwicklungen legt, durch die Gerechtigkeit und Frieden gefährdet sind. Dazu gehören der Klimawandel mit der Folge von Migrationsdruck und zwischenstaatlichen Konflikten, aber auch die wachsende wirtschaftliche und soziale Ungleichheit im globalen und nationalen Maßstab. Auch das Ringen um gesellschaftlichen Frieden, die Auseinandersetzung mit Rechtspopulismus, Antisemitismus und Islamfeindlichkeit wird von der Kundgebung in den weiteren Zusammenhang des Bemühens um Gerechtigkeit und Frieden eingeordnet. Hier sieht die Kundgebung besonders die Kirchen in der Verantwortung. Ein eigener Abschnitt befasst sich mit den rasanten Entwicklungen auf dem Gebiet der Waffentechnik und mit den ethischen und politischen Forderungen, die sich hieraus ergeben. Auch die europäische Verantwortung für den Frieden bildet einen thematischen Schwerpunkt, nicht zuletzt im Hinblick auf die Seenotrettung im Mittelmeer und die Schaffung sicherer und legaler Wege für Schutzsuchende in die EU.

In einem entscheidenden Punkt allerdings rückt die Kundgebung von der Friedensdenkschrift von 2007 ab, ohne dass dies ausdrücklich gesagt wird, und das ist ihre Festlegung auf einen konsequenten »Weg der Gewaltfreiheit«. Vom Einsatz militärischer Mittel im Sinne rechtserhaltender Gewalt ist jedenfalls nirgendwo die Rede. Vielmehr wird das Leitbild des Gerechten Friedens im Sinne der Verpflichtung auf Gewaltfreiheit interpretiert: »Das Leitbild des Gerechten Friedens setzt die Gewaltfreiheit an die erste Stelle.« Am Klarsten kommt die frie-

densethische Position der Kundgebung wohl in folgendem Zitat zum Ausdruck:

»Die Erfahrung zeigt, dass Menschen, Gemeinschaften und Staaten in der Lage sind, Probleme und Konflikte in allen Bereichen des gesellschaftlichen und politischen Lebens auf konstruktive und gewaltfreie Weise zu bearbeiten. Es gibt erprobte Konzepte und Instrumente dafür, Wege aus Gewalt und Schuld zu finden, einander vor Gewalt zu schützen und Versöhnungsprozesse zu gestalten – in Friedenszeiten wie in Krisen- und Kriegssituationen. Auf dem Weg der Gerechtigkeit und des Friedens hören wir Gottes Ruf in die Gewaltfreiheit. Wir folgen Jesus, der Gewalt weder mit passiver Gleichgültigkeit noch mit gewaltsamer Aggression begegnet, sondern mit aktivem Gewaltverzicht. Dieser Weg transformiert Feindschaft und überwindet Gewalt, und er achtet die Würde aller Menschen, auch die von Gegnerinnen und Gegnern.«

Der erste Satz dieses Zitats besteht in einer empirischen Behauptung, mit der die Weichen gestellt werden in Richtung auf die Selbstverpflichtung auf den Weg der Gewaltlosigkeit. Daher hängt viel davon ab, ob diese Behauptung wahr ist. Gewiss gibt es Beispiele dafür, dass Menschen, Gemeinschaften und Staaten in der Lage waren, Konflikte auf konstruktive und gewaltfreie Weise zu bearbeiten. Doch lässt sich das für alle Konflikte »in allen Bereichen des gesellschaftlichen und politischen Lebens« verallgemeinern? Zeigt die Erfahrung nicht mindestens ebenso, dass Menschen, Gemeinschaften und Staaten dazu *nicht* in der Lage waren und sind? Welche »erprobten Konzepte und Instrumente« hätte es gegeben, um mit dem menschenverachtenden Terrorregime des Islamischen Staats (IS) im Irak und in Syrien »Wege aus Gewalt und Schuld zu finden« und »Versöhnungsprozesse zu gestalten«? Und was wären die »Konzepte und Instrumente« am Vorabend des Zweiten Weltkriegs im Blick auf Hitler-Deutschland gewesen? Es ist diese empirische Behauptung über die Beschaffenheit der Welt, an die sich die Selbstbekundung der in Dresden Versammelten anschließt, dass sie »Gottes Ruf in die Gewaltfreiheit« hören und Jesus folgen wollen, der Gewalt mit aktivem Gewaltverzicht begegnet sei. Das verbindet sich mit dem Appell an die »politisch Verantwortlichen [...], militärische Gewalt und kriegerische Mittel zu überwinden«.

Wenn die Welt so beschaffen ist, wie es hier behauptet wird, dann ist das alles vollkommen konsequent. Aber was ist, wenn die Welt nicht so beschaffen ist, sondern vielmehr so, wie Dietrich Bonhoeffer dies in seiner *Ethik* im Kapitel über die »Struktur verantwortlichen Lebens« reflektiert, nämlich dass Menschen in Situationen verstrickt werden können, in denen jede Entscheidung Schuld bedeutet, sowohl die Anwendung von Gewalt mit all ihren Folgen als auch der Verzicht darauf, einem Aggressor mit Gewalt zu widerstehen, um Menschen vor Misshandlung, Vergewaltigung, Folter, Gewissensterror oder Mord bis hin zum Genozid zu retten? Bonhoeffer insistierte darauf, dass eine christliche Ethik sich vor einem solchen Dilemma nicht drücken dürfe, sondern dass sie dem Kriterium der »Wirklichkeitsgemäßheit« genügen müsse. »Kein Mensch hat den Auftrag, die Welt zu überspringen und aus ihr das Reich Gottes zu machen.« Für Bonhoeffer gehört daher zur Struktur verantwortlichen Lebens »die Bereitschaft zur Schuldübernahme«, und er schreibt dies gerade mit Blick auf das Problem der Gewalt. In der Kundgebung der EKD-Synode trifft man nirgendwo auch nur im Ansatz auf eine derartige Reflexion. Der Eindruck drängt sich auf, dass man sich hier die Welt so zurechtlegt, wie es das Ethos konsequenter Gewaltfreiheit erfordert: Alle Probleme und Konflikte lassen sich konstruktiv und gewaltfrei lösen. Man fragt sich, in welcher Welt diejenigen leben, die das beschlossen haben.

Letztlich beruht all das auf einer fundamentalen theologischen Verirrung. Es fehlt in der Kundgebung der EKD-Synode an einer theologisch-sachgemäßen Unterscheidung zwischen dem Frieden Gottes und dem Frieden in der Welt. Letzterer besteht in bestimmten gesellschaftlichen und politischen *Zuständen*, die im menschlichen Handeln angestrebt und bewirkt werden. Als solche Zustände kann man zum Beispiel auflisten: »ein Leben in Würde, den Schutz vor Gewalt, die Bewahrung unserer Lebensgrundlagen, den Abbau von Ungerechtigkeit und Not, die Stärkung von Recht, Freiheit und kultureller Vielfalt.« In der Kundgebung freilich dient genau diese Auflistung dazu, *den Frieden Gottes* zu charakterisieren, nämlich im Hinblick darauf, was er alles umfasst. Dazu heißt es: »Der Friede Gottes ist umfassend, unsere Umsetzungen sind partikular.« Die leitende Vorstellung ist offensichtlich, dass Chris-

ten mit ihrem Handeln den Frieden Gottes in die Welt hinein »umsetzen«, indem sie diejenigen weltlichen Zustände schaffen, die der Friede Gottes umfasst. In dieser Weise haben sie an der »Friedensbewegung Gottes in diese Welt hinein« teil. Da aber der Friede Gottes auch die Gewaltfreiheit umfasst, muss die Schaffung dieser weltlichen Zustände gewaltfrei geschehen. Das freilich setzt voraus, dass diese Zustände – z.B. der »Schutz vor Gewalt« – gewaltfrei geschaffen werden *können*. Also muss die Welt so beschaffen sein, dass dies gewährleistet ist. So kommt es zu jener erstaunlichen Behauptung über die Beschaffenheit der Welt.

Christlicher Pazifismus, der diesen Namen verdient, ist immer etwas anderes gewesen. Er ist nicht darauf gerichtet, durch menschliches Handeln bestimmte innerweltliche Zustände zu bewirken, sondern vielmehr darauf, den *Geist des Friedens* in die Welt hinein zu tragen, und zwar durch ein Handeln, das diesen Geist an sich selbst bezeugt und so in die Welt hinein vermittelt. Denn für den christlichen Pazifisten ist der Gegensatz zwischen Frieden und Unfrieden von geistlicher Art. Der Geist des Friedens (Gal 5,22) steht hier gegen den Ungeist des Hasses, des Fanatismus, der Menschenverachtung, der Gier und der Gewalt. Und so ist auch der Friede Gottes von geistlicher Art, nämlich Präsenz des Ewigen in den zeitlichen Verhältnissen der Welt: Wo immer Gewaltverzicht geübt und dem Gebot der Feindesliebe entsprechend gehandelt wird, da *ist* Gottes *Schalom* inmitten einer friedlosen Welt *gegenwärtig*. In diesem Sinne zielt das christlich-pazifistische Handeln statt auf die Herstellung bestimmter innerweltlicher Zustände auf das Gegenwärtigwerden des Ewigen im Zeitlichen, des Geistes des Friedens in einer von Unfrieden und Gewalt zerrissenen Welt. Darin liegt der Sinn des Gewaltverzichts.

Gewiss greift auch das christlich-pazifistische Handeln in den innerweltlichen Zusammenhang ein. Der Verzicht auf Gewalt hat Folgen. Aber christlicher Pazifismus beruht nicht auf einem konsequentialistischen Kalkül, wonach Gewaltlosigkeit unterm Strich gerechnet letztlich gute Folgen hat und sich somit auszahlt. Schon gar nicht beruht er auf empirischen Annahmen über die Beschaffenheit der Welt, wonach alle Konflikte, welcher Art auch immer sie seien, gewaltlos gelöst werden

können. Ganz im Gegenteil gibt sich der christliche Pazifist keinerlei Illusionen hin über das abgrundtief Böse in der Welt. Für ihn resultiert aus ihm die Frage, aus welchem Geist Menschen letztlich leben können und leben wollen. Es ist die Antwort auf diese Frage, in welcher sein Pazifismus begründet ist. Dabei ist er sich dessen bewusst, dass angesichts des Zustands der Welt der Weg der Gewaltlosigkeit auch ins Martyrium führen kann. So wurden im Deutschland des Zweiten Weltkriegs Menschen hingerichtet, wenn sie den Dienst mit der Waffe verweigerten.

Es dürfte mit dem Gesagten deutlich geworden sein, dass die Unterscheidung zwischen dem Frieden Gottes und dem Frieden in der Welt die Unterscheidung zwischen zwei Arten des Handelns nach sich zieht. Bei der ersten zielt das Handeln darauf, den Geist des Friedens in die Welt hinein zu vermitteln, indem es diesen an sich selbst vergegenwärtigt und bezeugt. Bei der zweiten zielt das Handeln darauf, bestimmte Zustände in der Welt zu bewirken, mit denen Frieden und Gerechtigkeit verwirklicht werden. Der Weg der Gewaltlosigkeit gehört der ersten Art des Handelns zu. In Anbetracht des Bösen in der Welt stößt dieser Weg im Blick auf die zweite Art des Handelns an seine definitiven Grenzen. Oder wäre der islamische Staat (IS) mit Gewaltlosigkeit aufzuhalten gewesen?

Hier liegt die theologische Verirrung der Kundgebung der EKD-Synode. Für sie besteht die Teilhabe »an der Friedensbewegung Gottes in diese Welt hinein« nicht darin, Gottes Geist als einen Geist des Friedens in die Welt hinein zu vermitteln, sondern darin, bestimmte innerweltliche Zustände anzustreben und zu verwirklichen, die Frieden bedeuten oder friedensfördernd sind, wie »ein Leben in Würde«, der »Schutz vor Gewalt« oder der »Abbau von Ungerechtigkeit und Not«. Das alles fällt unter die zweite Art des Handelns. Gleichwohl legt sich die Kundgebung auf den Weg der Gewaltlosigkeit fest. Dazu muss sie sich, wie gesagt, zu der Behauptung versteigen, dass »Probleme und Konflikte in allen Bereichen gesellschaftlichen und politischen Lebens auf konstruktive und gewaltfreie Weise« bearbeitet werden können.

In einer Welt, in der es das Böse gibt, ist konsequenter Pazifismus wohl nur in seiner religiösen, geistlichen Gestalt eine mögliche und ehr-

liche Option. Alle anderen Begründungen tragen die Tendenz in sich, die Welt schönzureden, damit sie halbwegs plausibel erscheinen. Dafür ist die Kundgebung der EKD-Synode ein Beispiel. Und sie ist ein Dokument einer Theologie, der es am Sinn für die geistliche Dimension christlichen Lebens fehlt und die sich stattdessen in gesellschaftlichem und politischem Aktionismus zu verlieren droht. Gewiss, zum christlichen Handeln gehören essenziell auch Diakonie und politisches Engagement. Aber als *christliches Handeln* zielen auch Diakonie und politisches Engagement nicht einfach darauf ab, die Zustände in der Welt zum Guten zu verändern, sondern darauf, Gottes Geist in die Welt zu tragen. Selbst noch in einem Handeln, das als *ultima ratio* zum Mittel der Gewalt greift, kann sich dieser Geist bezeugen, wie Bonhoeffer in seiner Ethik reflektiert hat, nämlich wenn es im Wissen um die eigene Angewiesenheit auf Gottes Vergebung und Barmherzigkeit geschieht.

Gerechter Friede für Afrika?

Der kirchliche Friedensbeitrag heute

Dorothee Godel

Das Thema des heutigen Abends möchte ich, in Absprache mit den anderen heute hier Sprechenden, die Reihenfolge betreffend gerne umkehren: Um dann an zweiter Stelle einen Blick auf die spezifischere Frage »Gerechter Friede für Afrika?« werfen zu können, soll zunächst einmal »der kirchliche Friedensbeitrag heute« sowie das, was unter dem Begriff des »gerechten Friedens« verstanden werden kann, in den Blick genommen werden, zunächst für die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) von mir und danach von Pfarrerin Sabine Müller-Langsdorf für die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau.¹

Zum kirchlichen Friedensbeitrag heute: Gerechter Friede im Rahmen des Auf-dem-Weg-Seins zu einer Kirche der Gerechtigkeit und des Friedens

Die Friedensdenkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) mit dem Titel: »Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen« von 2007 verwendet als friedensethischen Leitbegriff den Begriff des »gerechten Friedens«. Dieser Leitbegriff wird auch in der

¹ Der Beitrag von Frau Müller-Langsdorf liegt leider nicht in schriftlicher Form vor und kann deshalb in diesem Band nicht dokumentiert werden. *[Anmerkung des Herausgebers]*

Kundgebung der EKD-Synode 2019, die sich mit dem Themenschwerpunkt »Frieden« beschäftigt hat, bekräftigt.

Der Sozialethiker Hans-Richard Reuter wirft einen informativen Blick auf die Verwendung dieses friedensethischen Leitbegriffes im ökumenischen Kontext:

Als »programmatische[r] Leitbegriff« verwendet wurde der »gerechte Friede« seit der »Ökumenischen Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung«, die 1988/89 in der damaligen DDR stattfand.«²

»Die im »konziliaren Prozess« entwickelte Grundorientierung am »gerechten Frieden« zielte darauf ab, das während des Ost-West-Konflikts und unter den Bedingungen des nuklearen Abschreckungssystems in der nördlichen Hemisphäre vielfach vorherrschende Verständnis von Friedenspolitik als lediglich abrüstungsorientierter Kriegsverhütung zu korrigieren, indem sie einerseits die Forderung der Entwicklungsländer nach globaler Verteilungsgerechtigkeit, andererseits den Schutz der Menschenrechte mit der Friedensaufgabe verband. Das Wort der deutschen katholischen Bischöfe aus dem Jahr 2000 steht als Ganzes unter dem Titel »Gerechter Friede« und profiliert ihn als Leitbild der Kirche. [...] Auch die Evangelische Kirche in Deutschland hat in ihren friedensethischen Stellungnahmen seit 1994 diesen Begriff aufgenommen [...].«³

So weit Reuter. Diese Darstellung macht deutlich, dass der Leitbegriff des »gerechten Friedens« den Begriff des Friedens substanziell erweitert. Bereits 1975 hatte Johan Galtung den Begriff des Friedens bedeutungsmäßig geöffnet, indem er zwischen negativem und positivem Frieden unterschied.⁴ Die Politikwissenschaftlerin und Friedens-

2 Vgl. Reuter, Hans-Richard, Was ist ein gerechter Frieden? Die Sicht der christlichen Ethik, in: Strub, Jean-Daniel u. Grotefeld, Stefan (Hg.), Der gerechte Friede zwischen Pazifismus und rechtem Krieg. Paradigmen der Friedensethik im Diskurs, Stuttgart 2007, S. 175.

3 Reuter, Hans-Richard, a.a.O., S. 175.

4 Vgl. Galtung, Johan, Strukturelle Gewalt. Beiträge zur Friedens- und Konfliktforschung, Reinbek bei Hamburg 1975.

und Konfliktforscherin Ines-Jacqueline Werkner erläutert diesen Unterschied zwischen negativem und positivem Frieden folgendermaßen: Galtung

»leitet den Friedensbegriff vom Gewaltbegriff ab. Ausgangspunkt ist der ›Doppelaspekt‹ der Gewalt, [...] bei dem Galtung zwischen personaler (direkter) und struktureller (indirekter) Gewalt differenziert. Die personale Gewalt zielt unmittelbar auf die Schädigung, Verletzung und in extremer Form auf die Tötung von Personen. Sie ist personal und direkt, insofern es einen Akteur gibt, der die Folgen der Gewalt beabsichtigt. Strukturelle Gewalt umfasst dagegen all jene Arten von Gewalt, die aus systemischen Strukturen resultieren. Dazu zählen insbesondere Repression und Ausbeutung. Beide sind nicht notwendigerweise beabsichtigt und auch nicht mehr individuell zurechenbar, können aber ebenso töten: durch Verelendung, Hunger und Krankheit. [...] Für Galtung greift der eng gefasste personale beziehungsweise direkte Gewaltbegriff zu kurz. Auf diese Weise bliebe die von inakzeptablen Gesellschaftsordnungen ausgehende Gewalt weitgehend außen vor. Vor diesem Hintergrund plädiert er für den erweiterten strukturellen Gewaltbegriff. [...] Ende der 1990er Jahre ergänzte Galtung seine Unterscheidung zwischen direkter und struktureller Gewalt [noch] um eine dritte Komponente: die kulturelle Gewalt.[...] Unter kultureller Gewalt werden all jene Aspekte einer Kultur verstanden, die dazu dienen, direkte oder strukturelle Gewalt zu rechtfertigen beziehungsweise zu legitimieren.«⁵

»Frieden« aber fasst Galtung – auf dem Hintergrund dieser weiten Gewaltdefinition –

»als Negation von Gewalt.[...] So findet sich der Doppelaspekt der Gewalt auch im Friedensbegriff wieder: Frieden als Abwesenheit personaler Gewalt (negativer Frieden) und Frieden als Abwesenheit struk-

5 Werkner, Ines-Jacqueline, Debatten um den Friedensbegriff, in: »Auf dem Weg zu einer Kirche der Gerechtigkeit und des Friedens. Ein friedentheologisches Lesebuch«, im Auftrag des Präsidiums der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland hg. durch das Kirchenamt der EKD, Leipzig 2019, S. 184.

tureller Gewalt (positiver Frieden). So korrespondiert der negative Frieden mit der Abwesenheit von Krieg. Die primäre Friedensaufgabe im Sinne dieses eng gefassten Friedensbegriffes stellt dann die Verhinderung oder zumindest Eindämmung bewaffneter Konflikte dar. Anders beim positiven Frieden: Er hat seine Entgegensetzung nicht im Krieg, sondern im Unfrieden. Als Abwesenheit struktureller Gewalt drückt der positive Frieden einen Zustand aus, in dem die Verwirklichung des Menschen ohne Repression und Ausbeutung möglich wird. Dabei steht der positive Frieden insbesondere für soziale Gerechtigkeit.«⁶

In der Folge wurde Galtungs erweiterter Friedensbegriff vielfach rezipiert, meist mit der Formulierung: »Frieden ist mehr als die Abwesenheit von Krieg und/oder Gewalt«, zu der dann entsprechende positive Bestimmungen hinzugefügt wurden bzw. werden. Galtungs erweiterter Friedensbegriff wurde aber auch kontrovers diskutiert u.a. in dem Sinne, dass, wenn man den Friedensbegriff zu weit fasse und auch alle möglichen strukturellen sowie kulturellen Faktoren in den Begriff selbst integriere, am Ende nicht mehr wirklich deutlich sei, was Frieden eigentlich bedeute.

Der Leitbegriff des »gerechten Friedens« muss auf diesem Hintergrund als eine Definition verstanden werden, die einem erweiterten Friedensbegriff folgt. Dass damit auch die Notwendigkeit gegeben ist, diesen erweiterten Friedensbegriff nach Möglichkeit zu präzisieren, wurde bereits in der Friedensdenkschrift der EKD von 2007 erkannt. Dort werden deshalb vier Dimensionen des Leitbegriffs des »gerechten Friedens« benannt: Gerechter Friede umfasst demzufolge:

- Den »Schutz vor Gewalt«, also den »Schutz vor willkürlicher, rechtswidriger Gewalt«,
- die aus dem »Konzept der *Menschenwürde*« abgeleitete Dimension der »Förderung der Freiheit«,
- den »Abbau von Not«, also insbesondere materieller Not sowie

6 Werkner, Ines-Jacqueline, a.a.O., S. 184.

- die Dimension der »Anerkennung kultureller Verschiedenheit«. ⁷

Diese vier Dimensionen präzisieren den Leitbegriff des gerechten Friedens und stehen mit dieser Ausdifferenzierung der »überkommenen Lehrbildung vom ›gerechten Krieg‹ gegenüber«. ⁸

Problematisch bleibt, dass die beiden Grundelemente des Leitbegriffs des gerechten Friedens: Frieden und Gerechtigkeit sowie natürlich auch die einzelnen Dimensionen des präzisierten, erweiterten Friedensbegriffes miteinander in Konflikt geraten können. Da können die Güter der (individuellen) Freiheit und der Gerechtigkeit (für die vielen) gegeneinander abgewogen werden müssen. Und da kann Gerechtigkeit bzw. Verteilungsgerechtigkeit einem friedlichen Miteinander erst einmal im Wege stehen usw.

Die Ausdifferenzierung und Präzisierung des Friedensbegriffes macht daher im Grund in besonderer Weise deutlich, dass umfassender gerechter Friede ein sicher anzustrebendes Ideal ist, dass solcher Friede in dieser unserer Welt aber nur schrittweise und begrenzt verwirklicht werden kann und in seiner Gänze Ziel göttlicher Verheißung bleibt.

Die Kundgebung der EKD-Synode von 2019 greift diesen Sachverhalt auf, indem sie zwischen dem Frieden Gottes, der umfassend ist, und unseren menschlichen Umsetzungen dieses Friedens, die immer partikular sind, unterscheidet. Aber auch schon der Titel der Kundgebung, der auch über dem im Vorfeld der Synode erschienenen friedens-theologischen Lesebuch steht, spricht diese Erkenntnis aus: »Auf dem Weg zu einer Kirche der Gerechtigkeit und des Friedens« lautet dieser Titel und spricht damit von dem Weg, auf dem sich die Kirche befindet: nicht so, als hätten wir schon hier und jetzt in Gänze eine Kirche

7 Zitiert nach Härle, Wilfried, Ethik, Berlin/New York 2011, S. 422-424.

8 Vgl. Anselm, Reiner, Gerechtigkeit und Frieden. Gegenwärtige Herausforderungen für eine am Leitbild des gerechten Friedens orientierte evangelische Friedensethik, in: »Auf dem Weg zu einer Kirche der Gerechtigkeit und des Friedens. Ein friedens-theologisches Lesebuch«, im Auftrag des Präsidiums der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland hg. durch das Kirchenamt der EKD, Leipzig 2019, S. 215.

der Gerechtigkeit und des Friedens. Aber doch so, dass unser Weg als Kirche ausgerichtet ist auf Gerechtigkeit und Frieden.

Gleich der auf die einleitenden Bemerkungen folgende erste Abschnitt der Kundgebung qualifiziert diesen Weg als »Weg der Gewaltfreiheit«. Damit wird an den bereits in der Denkschrift von 2007 formulierten »Vorrang ziviler Konfliktbearbeitung«⁹ bzw. an die dort formulierte »vorrangige[...] Option für die Gewaltfreiheit«¹⁰ angeknüpft. Die Kundgebung von 2019 spitzt diesen »Weg der Gewaltfreiheit« freilich noch etwas zu. Da ist in etwas konsequenterer Weise davon die Rede, vom gerechten Frieden her zu denken, dem Grundsatz zu folgen: »Wenn du den Frieden willst, bereite den Frieden vor« und sich mit ganzer Kraft für die »Vorbeugung und Eindämmung von Gewalt« einzusetzen. Eingeleitet wird der erste Abschnitt zur Gewaltfreiheit mit der – Zitat: »Erfahrung [...], dass Menschen, Gemeinschaften und Staaten in der Lage sind, Probleme und Konflikte in allen Bereichen gesellschaftlichen und politischen Lebens auf konstruktive und gewaltfreie Weise zu bearbeiten.«

Angesichts der grundlegenden Argumentation mit dieser Erfahrung wird nun natürlich andererseits auch ein Auf- und Ernstnehmen der gegenteiligen Erfahrung angemahnt: dass es, wie es der Züricher Theologe und Ethiker Johannes Fischer in einem Artikel in den Zeitzeichen vom Januar 2020 formuliert: »das abgrundtief Böse in der Welt« gibt, über das sich auch »der christliche Pazifist keinerlei Illusionen« machen dürfe.¹¹ Dieser Einwand ist sicher berechtigt. Der Friedensbeauftragte des Rates der EKD, Direktor Renke Brahms, spricht in seiner Replik auf Fischer in den Zeitzeichen vom Februar 2020 deshalb von einem »Pluralismus der Meinungen«, der »kein Defizit, sondern [...] Ausdruck einer Kirche [ist], die auf dem Weg ist.« Und

9 Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen. Eine Denkschrift des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Gütersloh 2007, S. 9, im Internet unter: <https://www.ekd.de/friedensdenkschrift.htm>, zuletzt abgerufen am 23.09.2020.

10 A.a.O., Zif. 99, S. 66.

11 Fischer, Johannes, Gegen die Realitätsverleugnung. Die Friedenskundgebung der EKD-Synode von Dresden redet die Welt schön, in: Zeitzeichen 1/2020, S. 53.

dann formuliert Brahms explizit: »Dazu gehört auch die Frage, ob es besondere Situationen gibt, die bei notwendigen Zwangsmaßnahmen auch eine militärische Option beinhalten, die in zivile und politische Maßnahmen eingebettet ist, zum Beispiel bei Genozid oder schwersten Verbrechen gegen die Menschlichkeit.«¹²

Angesichts solcher Überlegungen, angesichts der dauerhaften Erfahrung des faktischen Vorhandenseins von Gewalt in unserer Welt und auch angesichts der Einsicht der theologischen Anthropologie in die bleibend vorhandene Sündhaftigkeit des Menschen erscheint der Einwand Johannes Fischers durchaus berechtigt. Andererseits stellt sich die Frage, ob Fischers Lösung einer »sachgemäßen Unterscheidung zwischen dem Frieden Gottes und dem Frieden der Welt«, welcher letzterer »in bestimmten gesellschaftlichen und politischen Zuständen [besteht], die im menschlichen Handeln angestrebt und verwirklicht werden«, ob diese Lösung, die den Frieden Gottes und den Frieden der Welt letztlich als zwei kategorial zu unterscheidende Größen denkt, wirklich trägt. Den Frieden Gottes kann Fischer lediglich als punktuell und vor allem individuell durch Einzelne, die einen strikt religiösen bzw. geistlichen, christlichen Pazifismus praktizieren, in der grundsätzlich friedlosen Welt vergegenwärtigt sehen, soweit ich sehe, ohne dass daraus signifikante Auswirkungen auf gesellschaftliche oder politische Zustände folgen.

Ganz so ordentlich getrennt scheinen mir nun allerdings die Wirklichkeit Gottes und die Wirklichkeit unserer Welt nicht zu sein. Das Ausweisen zweier Einflussbereiche, die sich vielleicht punktuell begegnen, aber sonst nichts miteinander zu tun haben, scheint mir da nicht weiterführend zu sein.¹³ Sicher ist es so, dass die christliche Eschatologie, der Zustand oder das Sein der letzten Dinge, das end- oder

12 Brahms, Renke, Klares Bekenntnis zur Gewaltfreiheit. Warum Frieden kein Randthema ist, sondern in der Mitte christlichen Glaubens steht, in: *Zeitzeichen* 2/2020, S. 20.

13 Und hier gilt es m.E. nicht nur nach der Unterscheidung zwischen Gesetz und Evangelium zu fragen, sondern noch grundlegender: nach dem Verständnis der Wirklichkeit, in der wir leben; mithin: auch nach so etwas wie den Kriterien für die Anwendung von Gesetz und Evangelium.

nachzeitliche, ewige Reich Gottes, nicht durch menschliche Leistung hergestellt oder herbeigezwungen werden kann. Aber die eschatologischen, ewigen Verheißungen, auf die der christliche Glaube voll Zuversicht hofft, haben doch schon einen zumindest orientierenden und immer wieder auch antizipatorischen, vorwegnehmenden und unsere Wirklichkeit potentiell verändernden Einfluss auf die gegenwärtige Welt und damit nicht nur auf die einzelnen geisterfüllten Gläubigen, sondern – gerade durch diese oder wie auch immer sonst vermittelt – auch auf die gesellschaftlichen und politischen Zustände dieser Welt.

Die Kundgebung der EKD-Synode spricht in diesem Zusammenhang gemäß einer Formulierung des badischen Landesbischofs Jochen Cornelius-Bundschuh von der »Friedensbewegung Gottes in diese Welt hinein«, an der wir Menschen – immer nur partikular – in dieser Beschränkung aber schon Anteil haben. Im gleichen Duktus wird im einleitenden Teil der Kundgebung formuliert:

»Der neue Himmel und die neue Erde, in der sich Gerechtigkeit und Friede küssen, liegen uns noch voraus. Aber wir gestalten schon im Hier und Jetzt mit Hoffnung und Ausdauer, mit Klarheit und Mut eine Friedensordnung. Christus ist unser Friede (Eph 2,14). Christus richtet uns durch seine Gerechtigkeit auf und nimmt uns mit auf seinen Weg. Wir sind gerufen, uns aufrecht und mündig mit unseren Kompetenzen und Ressourcen, auch mit unseren Schwächen, an Christi gewaltfreiem Friedenshandeln auszurichten und Verantwortung für einen gerechten Frieden zu übernehmen.«

Als weitere wichtige Inhalte der Kundgebung von 2019 will ich der Kürze halber nun nur holzschnittartig benennen:

- die unmittelbar nach der grundlegenden Orientierung am Weg der Gewaltfreiheit im 2. Abschnitt der Kundgebung formulierte Einsicht, dass Frieden und Gerechtigkeit heute nicht mehr ohne den Gedanken der nachhaltigen Entwicklung und des Klimaschutzes bzw. der Bewahrung der Schöpfung gedacht werden können. Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung gehören zusammen, wie das schon im konziliaren Prozess vertreten wurde

und wie es auch im Kontext der weltweiten Ökumene praktiziert wird, wo zum Ökumenischen Pilgerweg der Gerechtigkeit und des Friedens und ebenso zum Ökumenischen Pilgerweg für Klimagerechtigkeit aufgerufen wird.

- Der 3. Abschnitt der Kundgebung zum gesellschaftlichen Frieden ist der Einsicht in die Bedeutung der Bildungszusammenhänge für den Frieden geschuldet, aber natürlich auch einer gesamtgesellschaftlichen Situation, die zunehmend von verbaler und physischer Verrohung und Gewalt geprägt ist.
- Wichtig bleiben der Kundgebung die europäische Friedensverantwortung und die Bedeutung, die internationalen bzw. transnationalen und nationalen Rechtsordnungen zukommt. Trotz bzw. gerade angesichts zunehmender Aufkündigung und Auflösung internationaler Abkommen und Verträge ist daran festzuhalten, dass Recht und Rechtsordnungen mit die wichtigsten Faktoren eines friedlichen menschlichen Miteinanders sind und bleiben. Zu ergänzen ist, dass diese Rechtsordnungen immer auch einen entsprechenden Verhaltenscodex der Menschen voraussetzen, für die diese gelten: einen Verhaltenscodex, demzufolge Recht ernst genommen und befolgt wird, auch wenn es den ein oder anderen persönlichen Vorteil geben könnte, wenn man das nicht tun würde.
- Im Blick auf die Herausforderungen, die neue oder von Neuem zu bewertende Waffensysteme bergen, findet sich schließlich eine deutliche Positionierung zur Frage der Atomwaffen, die manchen natürlich noch nicht weit genug geht. Hier wird in der Kundgebung einerseits deutlich festgehalten: »Atomwaffen sind Massenvernichtungswaffen und eine existentielle Bedrohung des gesamten menschlichen Lebensraums. Schon die Friedensdenkschrift von 2007 betont, dass die ›Drohung mit Nuklearwaffen nicht mehr als Mittel legitimer Selbstverteidigung‹ betrachtet werden kann. Politisches Ziel bleibt deshalb ein Global Zero: eine Welt ohne Atomwaffen. Während dieses Ziel breiter Konsens ist, ist der Weg dorthin umstritten. Dennoch erscheint uns heute angesichts einer mangelnden Abrüstung, der Modernisierung und der Verbreitung der Atomwaffen die Einsicht unausweichlich, dass

nur die völkerrechtliche Ächtung und das Verbot von Atomwaffen den notwendigen Druck aufbaut, diese Waffen gänzlich aus der Welt zu verbannen.«

Andererseits wird mit politischem Realismus von der Bundesregierung nicht direkt gefordert, den Atomwaffenverbotsvertrag zu unterzeichnen, sondern lediglich »konkrete Schritte« auf dem Weg zu diesem Ziel einzuleiten.

Militärische und polizeiliche Gewalt

Horst Scheffler

In diesem Input soll keine abstrakte und idealtypische Gegenüberstellung von militärischer und polizeilicher Gewalt erfolgen, sondern das Grundmuster eines Konzeptes dargelegt werden, über das seit der Jahrtausendwende (eher in überschaubaren Kreisen als im offenen Diskurs) nachgedacht wird. Die Grundfrage heißt: **Wie kann zur Überwindung des Krieges nationale militärische Gewalt in eine internationale Polizeigewalt transformiert werden?**

Ein erster Impuls aus der evangelischen Militärseelsorge

Die jährliche Tagung der Evangelischen Akademie Arnoldshain und des Evangelischen Leitenden Militärdekanats Mainz am Wochenende zum Ersten Advent 2001 hatte zum Thema: **»Internationale Polizei – Eine Alternative zur militärischen Konfliktbearbeitung«.**

Auf dem Einladungsflyer hieß es: »Auf der Tagesordnung steht nicht weniger als die Transformation des Kriegsvölkerrechts in ein internationales Polizeirecht und die daraus folgende Umwandlung von Streitkräften in entsprechend bewaffnete Streitkräfte.«

Von zwei Grundsätzen ließen sich die Verantwortlichen (Hermann Düringer und Horst Scheffler) bei der Konzeption dieser Tagung leiten. Der erste folgte der Friedensdenkschrift der EKD »Frieden wahren, fördern und erneuern« aus dem Jahr 1981 und deren Aussage:

»Für Probleme von Gewalt und Krieg ist allein der Friede der Maßstab. Krieg kann heute nicht mehr als Fortsetzung der Politik mit an-

deren Mitteln ausgegeben werden. Krieg bedeutet, prägnant und ohne Abstriche, das Scheitern von Politik. Das Drohen mit Krieg ist keine verantwortbare Politik. Die politische Aufgabe ist es, Gewaltandrohung durch Friedenspolitik zu überwinden.« (S. 52-53)

Der zweite Grundsatz gründete in der Erfahrung und Einsicht der für die Tagungskonzeption Verantwortlichen, dass der Androhung und erst recht der Anwendung von Gewalt nicht allein mit pazifistischer Überzeugung begegnet werden kann. Aber wie kann »nach dem Maß menschlicher Einsicht und menschlichen Vermögens unter Androhung und Ausübung von Gewalt« (Barmen V) gehandelt werden, um dem Bösen in der Welt zu widerstehen? Nach welchem Recht und mit welchen bewaffneten Kräften kann die staatliche Macht handeln, wenn die Terrorgewalt des Angreifers überwunden und zugleich die Gegengewalt des Verteidigers nicht zur »Lust am Bösen« (Gerechter Friede, Bonn 2000, S. 84) eskalieren soll?

Drei Modelle wurden damals vorab diskutiert in Wissenschaft, Militär und Kirche, die nach den Herausforderungen militärischer Gewalt und der Funktion und Rolle des Soldaten nach dem Ende des Ost-Westkonflikts fragten.

1. Vom Militär zum »Politär« (Wolfgang Vogt, Führungsakademie der Bundeswehr)
2. Der Soldat als »miles protector« (Gustav Däniker, Schweizer Divisionär/Generalmajor a.D.)
3. Der Soldat als Schutzmann für den Frieden (Reinhard Gramm, Militärgeneraldekan)

Ein weiterer Impuls aus dem Dialog zwischen Katholiken und Mennoniten in Kanada: Just Policing

Das Konzept des Just Policing geht auf einen friedensethischen Dialog zwischen Mennoniten und Katholiken um die Jahrtausendwende zurück und wurde danach weiterentwickelt. Es entstand in einer Phase, in der einerseits die Idee der Schutzverantwortung (*Responsibility to Pro-*

tect, R2P) in der internationalen Politik und im Völkerrecht institutionalisiert wurde, andererseits die erste Euphorie über die neuen Formen des Einsatzes von Streitkräften (*Peacekeeping, Statebuilding, Nationbuilding*) verfolgt war und sich die Kritik an internationalen Militäreinsätzen wie in Afghanistan und im Irak verschärfte.

Just Policing, als Alternative zu militärischer Gewaltanwendung gedacht, fußt auf einer prinzipiellen Unterscheidung zwischen Militär und Polizei: Das Militär, so beispielsweise Fernando Enns (2013, S. 107), stehe für den Einsatz von »Massenvernichtungswaffen« und eine Logik des »Sieg[es] über andere«. Die Polizei wird hingegen mit »Gewalteskalierung und -minimierung«, mit »Streitschlichtung«, »Kultursensibilität«, »Unterstützung und Kooperation« sowie der Suche nach »gerechten win-win-Lösungen« konnotiert, die bei einem internationalen Einsatz zum Schutz der von unmittelbarer Gewalt Bedrohten erforderlich seien (Enns 2013, S. 107). Zentral hierfür ist ein christlich-ethischer Standpunkt, der die Maxime der Gewaltfreiheit dezidiert in den Mittelpunkt stellt und diese unter bestimmten Umständen mit einem Einsatz von Polizeikräften, keinesfalls aber mit einem Einsatz von Streitkräften zu vereinbaren sieht.

Der Just Policing-Diskurs heute

Zu Just Policing hatte sich – angestoßen durch das Projekt der Evangelischen Landeskirche Baden »Kirche des gerechten Friedens werden« – ein Diskurs entwickelt, der inzwischen zu einem Abschluss gekommen ist. Auf der Grundlage der sozialwissenschaftlichen Studie von Ines-Jacqueline Werkner (2018) ist als Ergebnis festzuhalten:

Ein Ersetzen militärischer durch polizeiliche Kräfte wird aktuellen Konfliktlagen nicht gerecht.

Prinzipiell lässt sich *Just Policing* unter verschiedenen Prämissen denken:

1. *als Interventionsmaßnahme der internationalen Gemeinschaft*. Das gelingt präventiv besser als reaktiv, steht aber unter der Herausfor-

derung, politische Akteure zu überzeugen, in Mittel zu investieren, die unter Umständen erst mittel- oder langfristig zum sichtbaren Erfolg führen.

2. *im Sinne einer gerechten lokalen Polizei.* Das wird international – mit der Beratung, Ausbildung und Aufbau lokaler Polizeien – bereits versucht. Die Politik der »Ertüchtigung« ist in fragilen Staaten aber nicht unproblematisch, durch sie kann sich die Gewaltspirale gegebenenfalls noch verstärken.
3. *als Ausdruck einer Weltinnenpolitik.* Hier besteht das Ziel in der »Entstehung übernationaler Institutionen« und in der »Übertragung des Polizeimonopols an eine internationale Behörde« (Weizsäcker 1963, S. 11). Das wären zuvorderst die Vereinten Nationen. Sie verfügen bereits über ein Autorisierungsmonopol für die Anwendung von Gewalt, allerdings fehlt ihnen bislang ein rechtsstaatlich eingehaftes Gewaltmonopol.

Was nun? Was ist zu tun?

Wenn die christliche Friedensethik nicht angesichts der fortschreitenden Renaissance des Krieges resignieren und auch nicht nach dem Leitbild des gerechten Friedens mittels des Theorems der rechterhaltenden Gewalt letztlich Kriege doch legitimieren will, muss sie an der moralischen Ächtung des Krieges festhalten, zusätzlich aber auch politische und rechtliche Schritte zu seiner Überwindung anstoßen.

Doch wie ist dem Recht Geltung und Macht zu geben? Hier plädiere ich wiederum für eine Transformation von nationalen Streitkräften in internationale – besser: **transnationale – Deeskalationsstreitkräfte** (Wilfried von Bredow). Die Ethik des Gerechten Friedens verlangt die Entwicklung vom Kriebsrecht und Kriegsvölkerrecht (Humanitären Völkerrecht) zu einem internationalen Eingriff- und Einsatzrecht, das den Grundsätzen **der Verhältnismäßigkeit, der Güterabwägung und der rechtstaatlichen Überprüfbarkeit** genügt. Diese Grundsätze sind im Polizeirecht immanent, im Kriegsvölkerrecht (Humanitärem Völkerrecht) noch unterbelichtet. Für den Kriegseinsatz militärischer Streit-

kräfte gilt im Zweifel die Parole »**Klotzen, nicht Kleckern**« (Heinz Guderian). Das Ziel ist, Verbrecher, etwa Terroristen, an der Ausführung der Verbrechen zu hindern, sie festzunehmen und der Justiz zu überstellen. Wenn diese Einsatzkräfte den Grundsätzen der Verhältnismäßigkeit, der Güterabwägung und der rechtsstaatlichen Überprüfbarkeit genügen, ist es sekundär, ob sie dann »Polizei« heißen.

Weltinnenpolitik

Geführt werden sollten diese Streitkräfte, da eine Weltregierung, die eine Weltinnenpolitik verantwortet, wegen der Schwäche der Vereinten Nationen – noch – nicht die Agenda bestimmt, zunächst von regionalen Bündnissen zur Konfliktbewältigung im eigenen Zuständigkeitsbereich. Im Ziel einer Konzeption des Gerechten Friedens liegt allerdings der gedankliche Entwurf einer Weltinnenpolitik mit einem Weltgewaltmonopol.

Bereits am 13. Oktober 1963 hat **Carl Friedrich von Weizsäcker** in seiner Rede in der Frankfurter Paulskirche anlässlich der Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels die Notwendigkeit einer Weltinnenpolitik angemahnt. In der zweiten seiner drei Thesen zu den »Bedingungen des Friedens« stellte er fest: **»Der Weltfriede ist nicht das goldene Zeitalter, sondern sein Herannahen drückt sich in der allmählichen Verwandlung der bisherigen Außenpolitik in Weltinnenpolitik aus.«** Da aber der Friede nicht durch friedfertige Absichten, sondern durch feste internationale Institutionen gesichert werde, forderte er die Schaffung politischer Wege zum Austrag von Konflikten. Dazu rechnet von Weizsäcker die Übertragung des Polizeimonopols an eine internationale Behörde.

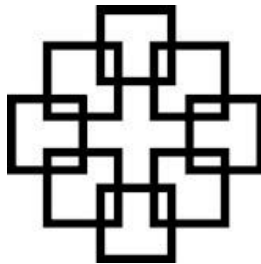
Die Ethik des Gerechten Friedens verlangt eine außerordentliche Anstrengung durch Ethik, Politik und Recht. Dabei kennzeichnet die Frage nach der bewaffneten Macht zum Schutz von Frieden und Recht eine wesentliche Aufgabe, aber nicht die vorrangige. Vorrangig ist die gewaltfreie Prävention zur Überwindung von Ungerechtigkeit und damit zur Vermeidung von Anlässen zur Gewalt. Die Überwindung des

Krieges wird letztlich erst dann erreicht werden, wenn die nächsten Schritte zur Weltinnenpolitik und zum Weltgewaltmonopol auch getan werden.

Alles Illusion? Ich setze auf die **Vision**, dass es den Staaten und Völkern in der UN gelingt, angesichts des Klimawandels die tatsächlichen Bedrohungen wie Hitze, Sturm, Anstieg des Meeresspiegels usw. zu bekämpfen statt weiterhin in Rüstung und Kriegsvorbereitung zu investieren. Die Fluten des steigenden Meeresspiegels sind weder durch pazifistisch orientierte Menschenketten auf Deichen und an Küsten noch durch Artillerie, Panzer und sonstige militärische Bewaffnung aufzuhalten.

Beschluss der 12. Synode der EKHN in ihrer 8. Tagung: »Kirche des gerechten Friedens werden«

Synode der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau



Die Zwölfte Kirchensynode der EKHN hat während ihrer 8. Tagung, vom 27. bis 30. November 2019 in Frankfurt a.M., am 28. November 2019, das Impulspapier »Kirche des gerechten Friedens werden« beschlossen:

Die beiden von Deutschland ausgegangenen Weltkriege des 20. Jahrhunderts und die vielfältige Gefährdung des Friedens heute veranlassen uns als EKHN, innezuhalten, zu suchen, was dem Frieden dient und uns dafür einzusetzen. Uns leitet dabei die Jahreslosung 2019: »Suche Frieden und jage ihm nach!« (Psalm 34,15b)

Deshalb hat die Kirchensynode der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau (EKHN) auf Vorschlag von Kirchenleitung und Kirchensynodalvorstand einstimmig beschlossen:

»Die Vision vom gerechten Frieden gehört zum Kernbestand christlicher Verkündigung. Deshalb geben die Kirchensynode und die Kirchenleitung dieses Friedensethische Impulspapier an alle Gemeinden, Dekanate und Einrichtungen der EKHN und rufen sie mitten in einer durch Kriege, Verletzungen und Gewaltbereitschaft zerrissenen Welt zu einer breiten und nachhaltigen Diskussion der Friedensfrage auf. Sie bitten alle Gemeinden, Dekanate und Einrichtungen der EKHN, sich ausgehend von dem Impulspapier mit den Themen »Frieden« und »Überwindung von Gewalt« zu beschäftigen und dazu bis nach der Friedensdekade 2020 (November 2020)¹ Rückmeldungen an den Kirchensynodalvorstand und die Kirchenleitung zu geben.«

Das Friedensethische Impulspapier soll alle Gemeinden, Dekanate und Einrichtungen der EKHN ermutigen,

- sich auf den Weg des gerechten Friedens zu machen,
- Friedensförderung verstärkt als Bestandteil aller kirchlichen Äußerungen und Handlungen wahrzunehmen,
- Rückmeldungen über das Friedenshandeln im je eigenen Bereich sowie Impulse zur Überwindung von Gewalt zu geben.

Die Diskussionen können an folgenden Leitfragen konkret werden:

- Trägt unser eigenes Handeln als Kirche zu mehr Frieden bei?
- Setzen wir unsere Zeit und unsere Ressourcen für die Versöhnung von Menschen und die Überwindung von Verbitterung und Hass ein?

¹ Die Befristung der Rückmeldungen ist aufgrund der Corona-Situation durch Beschlüsse vom Kirchensynodalvorstand (am 17.6.2020) und der Kirchenleitung (am 25.6.2020) aufgehoben worden.

- Dient unser Konsum der gleichberechtigten Teilhabe aller Menschen und der Bewahrung der Schöpfung?

Die Diskussionen und Rückmeldungen sollen zeigen, dass und wie die EKHN Kirche des gerechten Friedens werden will. Auch in schwierigen Fragen und Auseinandersetzungen will sie einüben, unterschiedliche Meinungen zu achten und aus Fehlern zu lernen.

Impulspapier der Kirchenleitung und der Zwölften Synode der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau (EKHN): »Kirche des gerechten Friedens werden«

Die verwundete Welt und der Ruf zur Umkehr

Wir sind verstrickt in das Unrecht der Welt, welches Gewalt und Krieg hervorbringt, als einzelne Glaubende und als Kirche. Gerade als Christ*innen schämen wir uns, dass Kirchen immer wieder sogar aktiv am Kriegstreiben beteiligt waren und sind. Zugleich ermutigt uns das Wort Gottes zum Frieden. Die biblischen Berichte über Begegnungen von Menschen mit Gott und aus dem Leben Jesu erzählen davon, dass Frieden möglich ist! Und zwar nicht erst im Jenseits, sondern – wie es die Engel an Weihnachten verkünden: »auf Erden!« (Lukas 2,14). Auch wir haben Angst vor Gewalt und Aggression in dieser Welt. Und doch suchen wir als Christ*innen im Vertrauen auf Gottes Zuspruch nach Alternativen zum gegenwärtigen Streben nach Absicherung durch Stärke und Drohungen. Wir suchen Alternativen, die nicht gegeneinander, sondern miteinander Sicherheit und Frieden ermöglichen.

Auf Erden erschrecken uns

- Kriege, Bürgerkriege und Terrorismus,
- eine erneut drohende Spirale des Wettrüstens,
- die Bedrängung und Verfolgung von Menschen auf Grund ihrer Religionszugehörigkeit oder Weltanschauung, ihrer Herkunft, ihres Geschlechts oder ihrer sexuellen Orientierung,

- zunehmender Nationalismus und eine Haltung des »meine Nation/meine Kultur/meine Religion zuerst«,
- wirtschaftliches Handeln und Strukturen von Wirtschaftssystemen, die nicht dem Leben, sondern der Anhäufung von Reichtum dienen und in Kauf nehmen, dass Menschen ihrer Lebensgrundlage beraubt werden,
- die Ausbeutung der Natur und die Gefährdung des Klimas.

Angesichts dessen rufen wir, Kirchensynode und Kirchenleitung der EKHN, zum Innehalten und zur Umkehr auf. Wir stellen uns in die Tradition der Ersten Ökumenischen Vollversammlung in Amsterdam 1948 und sagen »Krieg darf nach Gottes Willen nicht sein!«

**»Suche Frieden und jage ihm nach!«
Psalm 34,15b; Jahreslosung 2019**

Frieden im Sinne der biblischen Tradition beschreibt eine umfassende Ordnung des Wohlbefindens, ein intaktes Verhältnis der Menschen mit sich selbst, untereinander, zur Gemeinschaft und zu Gott.

Eine wesentliche Bedeutung des hebräischen Wortes Schalom ist »Genüge«. Dies entfaltet sich in drei Aspekten:

- genug haben: leben können von der eigenen Arbeit, Grundbedürfnisse stillen können.
- Genugtuung erfahren: gerechten Ausgleich nach einer Schädigung erhalten.
- vergnügt, zufrieden sein.

Frieden ist unauflöslich mit Gerechtigkeit verbunden: »Und der Gerechtigkeit Frucht wird Frieden sein.« (Jesaja 32, 17a) Gerechtigkeit bezeichnet in der Bibel die Verantwortlichkeit aller für das Zusammenleben in einem Gemeinwesen, das sich vorrangig den Schwachen und Unterdrückten zuwendet. Sie gipfelt im Gebot der Nächsten- und Feindesliebe.

Jesus Christus hat das vorgelebt. Er ruft uns zur Umkehr aus Sünde und Schuld und verheißt das Reich Gottes den Sanftmütigen und denen, die Frieden stiften (Matthäus 5,5.9). Er verzichtet auf Gewalt, selbst angesichts seines eigenen Todes. Jesus Christus überwindet die Macht des Todes, weil er darauf vertraut, dass Gottes Liebe stärker ist. Dieses Vertrauen wird in seiner Auferstehung sichtbar bestätigt. Jesus nimmt Gewalt nicht einfach hin, sondern demaskiert sie und lässt sie ins Leere laufen, indem er aufruft, die »andere Backe hinzuhalten« und die »zweite Meile mitzugehen« (Matthäus 5,39-41²).

Das ermutigt uns zu ebenso kreativem wie gewaltfreiem Engagement für den Frieden. Als Kirche wollen wir Formen der sozialen Verteidigung wie gezieltes Hinsehen und Zivilcourage fördern und in unseren Gemeinden und Gruppen einüben (zum Beispiel: Engagement gegen Rechtspopulismus, im begründeten Einzelfall Gewährung von Kirchenasyl).

Die neutestamentliche Friedenshoffnung vertraut der Kraft Gottes und wirkt sich in praktischer Friedenspolitik aus:

- Vermeidung von Gewalt und Bedrohung sowie Schutz vor Gewalt,
- Förderung von Freiheit,
- Anerkennung religiöser, kultureller und geschlechtlicher Vielfalt,
- und Abbau von Not.

Kirchliches Friedenshandeln fördert einen Umgang mit Konflikten,

- der die Menschenwürde schützt,
- Gerechtigkeit ermöglicht
- und nachhaltig der Schöpfung dient.

2 Matthäus 5, 39-41: »Ich aber sage euch, dass ihr nicht widerstreben sollt dem Bösen, sondern: Wenn dich jemand auf deine rechte Backe schlägt, dem biete die andere auch dar. Und wenn jemand mit dir rechten will und dir deinen Rock nehmen, dem lass auch den Mantel. Und wenn dich jemand eine Meile nötigt, so geh mit ihm zwei.«

Dies gilt sowohl für das persönliche Miteinander als auch für den Umgang in unserer Kirche, der Gesellschaft, zwischen Religionsgemeinschaften, Völkern und mit der Erde.

Zivile Konfliktlösungen dienen dem Frieden weltweit nachhaltig. Darum treten wir entschieden für deren Vorrang vor militärischen Sicherheitsstrategien ein. Wir sehen in ihnen die beste Option, Frieden dauerhaft zu ermöglichen. Wir vertrauen dabei auf die biblischen Vorstellungen von Gerechtigkeit und Frieden, auch da, wo sie in Widerspruch zu Überzeugungen in der Gesellschaft stehen, die militärische Einsätze in Konflikten favorisieren. Das Gebot der Feindesliebe steht im Kontext biblischer Hoffnungsbilder wie »Schwerter zu Pflugscharen«³. In der Verantwortung vor Gott und in der Freiheit unseres Gewissens haben wir als Christ*innen in Wort und Tat die Friedenshoffnung zu bezeugen, die in uns ist.

Vor diesem Hintergrund sehen wir folgende Schwerpunkte für unser Friedensengagement als EKHN:

- **Vorrang für zivile und menschenwürdige Konfliktlösungen:** Zivile Konfliktlösungen ermutigen und befähigen Menschen, ihre Potentiale zu nutzen und einander menschenwürdig zu begegnen. Friedliche Konfliktstrategien setzen die biblische Friedensbotschaft in konkretes Handeln um. Diesen Ansatz unterstützen wir in allen Bereichen unserer Arbeit, vom Engagement der Kirchengemeinden und Dekanate bis hin zu gesamtkirchlichen Stellungnahmen gegenüber Politik und Öffentlichkeit. Wir möchten mehr Nachrichten über gelungene friedliche Konfliktlösungen verbreiten.
- **Stärkung der zivilen Friedenssicherung:** Derzeit stocken sowohl die Bundesrepublik Deutschland als auch die Europäische Union (EU) ihre Verteidigungshaushalte auf. Zudem werden in der EU zivile und entwicklungspolitische Mittel für Initiativen militärischer

3 Micha 4,3b: »Sie werden ihre Schwerter zu Pflugscharen machen und ihre Spieße zu Sicheln. Es wird kein Volk wider das andere das Schwert erheben, und sie werden hinfort nicht mehr lernen, Krieg zu führen.«

»Ertüchtigung« umgewidmet. Dieser Schwächung der zivilen Friedensarbeit treten wir entschieden entgegen. Wir unterstützen Initiativen wie »Eirene«, die sich für Verständigung und nachhaltige Friedensarbeit einsetzen, und fordern von den politisch Verantwortlichen in Deutschland und Europa mehr Mittel für die zivile Friedenssicherung. Auch die europäische Migrationspolitik ist stärker von sicherheitspolitischen Interessen als von humanitärem Engagement bestimmt. Sie nimmt die Gefährdung von Menschenleben in Kauf und kriminalisiert humanitäre Hilfeleistungen. Der Tod hunderter Geflüchteter im Mittelmeer ist nicht hinnehmbar, die Rettung von in Seenot geratenen Menschen ist eine humanitäre Pflicht. Daher setzen wir uns dafür ein, dass die EU das Friedensprojekt Europa wieder stärkt und den Schutz von Menschen verbessert.

- **Ächtung von Atomwaffen und autonomen Waffensystemen:** Technische Hochrüstung entspricht einer Haltung, die meint, durch Abschreckung und durch militärische Überlegenheit Sicherheit herstellen zu können. Atomwaffen sind Massenvernichtungsmittel. Ihre Herstellung, Bereitstellung und ihr Einsatz sind zu ächten. Wir, Kirchensynode und Kirchenleitung der EKHN, fordern die Bundesrepublik Deutschland auf, den Atomwaffenverbotsvertrag der Vereinten Nationen (UN) zu unterzeichnen. Die Entwicklung autonomer Waffensysteme verschärft ethische Fragen nach der Verantwortung und der Gewissensbindung menschlichen Handelns. Deshalb halten wir es für dringend geboten, uns mit den Folgen autonomer Waffensysteme kritisch auseinanderzusetzen, und fordern die Bundesregierung auf, ihre Ankündigung aus dem Koalitionsvertrag 2018 umzusetzen: »Autonome Waffensysteme, die der Verfügung des Menschen entzogen sind, lehnen wir ab. Wir wollen sie weltweit ächten.«⁴

4 »Ein neuer Aufbruch für Europa. Eine neue Dynamik für Deutschland. Ein neuer Zusammenhalt für unser Land.« Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD, 18. Legislaturperiode, S. 149.

- **Stopp von Rüstungsexporten:** Wir setzen uns entschieden gegen Rüstungsexporte in Kriegsregionen und in Länder ein, in denen Menschenrechte verletzt werden, und beziehen dazu auch öffentlich Stellung. Deshalb unterstützen wir weiterhin aktiv die »Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel«.
- **Schutz von digitalen Daten und Schutz vor digitalen Angriffen:** Auf militärischer Ebene wird der Frieden auch durch die neuen Möglichkeiten der Kriegsführung im Netz (Cyberwar), nämlich die gezielte Manipulation von Informationen, Soft- und Hardware sowie die zunehmende Vernetzung von Führungs-, Informations- und Überwachungssystemen, gefährdet. Wir fordern Datensicherheit auch in zivilen Versorgungs- und Kommunikations-Netzwerken, damit diese Daten nicht militärisch missbraucht werden können.
- **Eintritt für Kinderrechte und »Unter 18 nie!«:** Auch in Deutschland werden minderjährige Soldat*innen der Bundeswehr an Waffen ausgebildet. Wir schließen uns der UN-Kinderrechtskonvention an und unterstützen gemeinsam mit »Brot für die Welt« Aktionen des »Deutschen Bündnisses Kindersoldaten« sowie des Bündnisses »Unter 18 nie!« von Pax Christi, Terre des hommes und weiteren Organisationen. Die Einladung von Jugendoffizieren aus der Bundeswehr in den Unterricht sollte zugleich mit der Einladung von Referent*innen aus den verschiedenen Bereichen der Friedensarbeit verbunden sein.
- **Schutz der Religionsfreiheit:** Weltweit werden Menschen aller Glaubensrichtungen aufgrund ihrer Religionszugehörigkeit unterdrückt, bedroht und verfolgt. In der Religionsfreiheit sehen wir ein grundlegendes Menschenrecht. Es wurzelt theologisch in der Gottebenbildlichkeit jedes Menschen und in der Hinwendung Jesu zu allen Menschen, unabhängig von ihrer religiösen oder ethnischen Zugehörigkeit. Wir setzen uns daher gegen jede Form von Diskriminierung und Verfolgung aus Glaubensgründen ein. Wir engagieren uns für die Akzeptanz religiöser Vielfalt in Deutschland und stellen uns weltweit an die Seite bedrohter Christ*innen und anderer aus religiösen Gründen Verfolgter. In diesem Sinne verstehen wir auch das Engagement von Gemeinden, Dekanaten

und Gesamtkirche im interreligiösen Dialog sowie die Unterstützung eines auf dem Grundgesetz basierenden islamischen Religionsunterrichts als Teil unseres Friedenshandelns.

- **Friedensbildung:** Wir setzen uns für die Förderung friedenspädagogischer Arbeit und die Ausbildung von Streitschlichter*innen in Schulen, Gemeinden und außerschulischer Bildungsarbeit ein. Angesichts von Fake News, Hassmails und Meinungsmache üben wir in der direkten Kommunikation und in den digitalen Medien eine achtsame, gewaltfreie und Gerechtigkeit fördernde Sprache.
- **Internationale Polizei:** Wo Menschen verfolgt und unterdrückt werden, kann auch Gegengewalt nötig werden. Gewaltanwendung zu humanitären Zwecken muss aber »in ein breites Spektrum wirtschaftlicher, sozialer, politischer und diplomatischer Anstrengungen eingebettet sein, die die direkten wie langfristigen Ursachen der Krise in den Blick nehmen«⁵. In diesem Sinne unterstützen wir das Konzept des »Just Policing«, einer multinationalen »Weltinnenpolitik« und den Aufbau internationaler Polizeikräfte.
- **Dialog mit der Bundeswehr:** Wir sorgen uns um die Rolle der Bundeswehr in einer sich verändernden politischen Lage: Soldat*innen sind zunehmend in Auslandseinsätze eingebunden – auch ohne UN-Mandat. Als Kirche suchen wir den Dialog mit der Bundeswehr und den politisch Verantwortlichen, um für ein friedenslogisches Denken zu werben. Wir wollen Sicherheit neu denken.⁶ Darüber hinaus bleibt die Beratung von Kriegsdienstverweigerer*innen (Aussteiger*innen aus der Berufsarmee) eine kirchliche Aufgabe der Gewissensbildung und -begleitung. Die EKHN steht zur Seelsorge an Soldat*innen.

5 Ökumenischer Rat der Kirchen (ÖRK): »Gefährdete Bevölkerungsgruppen: Erklärung zur Schutzpflicht«, Porto Alegre 2006.

6 Das von der Evangelischen Landeskirche in Baden ausgearbeitete Szenario »Sicherheit neu denken– Von der militärischen zur zivilen Sicherheitspolitik«, herausgegeben von Ralf Becker u.a., 2. Auflage Karlsruhe 2019, gibt hierzu hilfreiche Anregungen.

- **Klimagerechtigkeit und nachhaltiges Wirtschaften:** Wir Menschen haben nur diesen einen Planeten. Er ist uns allen gemeinsam als Lebensraum von Gott geschenkt und zum Schutz und zur Bewahrung anvertraut. Der Raubbau an der Natur und die Gier nach Rohstoffen und Land bringen der Menschheit Krieg, Flucht und bleibend vergiftete Böden. Wir wissen längst, dass wir unsere Mobilität, Energieverbrauch, Konsum, Ernährung und den Umgang mit Geld anders gestalten müssen, damit unser Planet bewohnbar bleibt. Wir, Kirchensynode und Kirchenleitung der EKHN, haben uns zu einem nachhaltigen Klimaschutz und zu nachhaltigem Wirtschaften verpflichtet. Wir bemühen uns, dieser Verpflichtung immer besser gerecht zu werden, von der Klimakollekte über die ökofaire Beschaffung, dem verpflichtenden Abbau des CO₂-Ausstoßes und ökologischer Energiebeschaffung bis hin zu ethisch nachhaltigen Geldanlagen der Kirche.

Kirche des gerechten Friedens werden

Als einzelne Christ*innen wie auch als Kirche leben wir aus dem Zusage des Friedens Gottes, der uns ermutigt, Frieden in der Welt verantwortlich mitzugestalten. Dabei ist es wichtig, dass der Weg dem Ziel entspricht und selbst vom Frieden geprägt ist: Auch die Auseinandersetzung um den richtigen Weg zum Frieden soll Gegensätze überbrücken, Irrtumsfähigkeit zugestehen und Pluralität einüben.

Den Weg des Friedens gehen wir nicht allein. Wir sind verbunden mit den Geschwistern in der internationalen Ökumene. Gemeinsam sind wir unterwegs auf dem Pilgerweg der Gerechtigkeit und des Friedens. Dieser Weg führt uns auch zu interreligiösem Austausch und zu Begegnungen mit Menschen, die sich ebenso wie wir für Gerechtigkeit und Frieden einsetzen.

Frieden ist ein Querschnittsthema, das alles Handeln in unserer Kirche durchzieht und umfasst. Kirchensynode und Kirchenleitung sind dankbar für das bestehende Friedensengagement in unseren Gemeinden, Dekanaten und Einrichtungen und wollen dieses weiter fördern.

Vorlage von Kirchensynodalvorstand und Kirchenleitung, erarbeitet von einer Arbeitsgruppe des Kirchensynodalvorstandes und der Kirchenleitung (Dr. Susanne Bei der Wieden [Stellvertretende Präses], Martin Franke [Theologischer Referent der Synode], Detlev Knoche [Zentrum Oekumene], Gisela Kögler [Vorsitzende des Synodalausschusses Frieden, Gerechtigkeit, Bewahrung der Schöpfung], Sabine Müller-Langsdorf [Zentrum Oekumene], Wolfgang Prawitz [Kirchensynodalvorstand], Ulrike Scherf [Stellvertretende Kirchenpräsidentin]) auf Grundlage des Entwurfs einer »Friedensethischen Stellungnahme« (Synoden-Drucksache 11/19) der AG Frieden aus Mitgliedern der Ausschüsse für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung (AGFB), für Diakonie und gesellschaftliche Verantwortung (ADGV), für die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen, Bildung und Erziehung (AAKJBE) sowie des Theologischen Ausschusses der 12. Kirchensynode der EKHN.

Friedenspolitik in Zeiten des Klimawandels

Michael Brzoska

Als die Herausgeberinnen und Herausgeber diskutierten, welches Thema im Friedensgutachtens 2020 besonders herausgehoben werden sollte, gab es schnell Einigkeit. 2019 war das Jahr, in dem der Klimawandel in der breiten Öffentlichkeit als Klimakrise wahrgenommen wurde, viele Städte, nationale Parlamente aber auch das Europa-Parlament den Klimanotstand ausriefen, gleichzeitig aber kaum Bewegung in der internationalen Klimapolitik zu verzeichnen war. Es lag also nahe, sich intensiver mit den Folgen des Klimawandels für Frieden und Sicherheit in der Welt zu befassen. Auch die aktuelle Corona-Krise ändert nichts an der Aktualität der Klimakrise.

Das einschlägige Kapitel des Friedensgutachtens kann dem Thema nicht umfassend gerecht werden. Das liegt zum einen daran, dass der Klimawandel und dessen vielfältige Folgen zahlreiche Facetten haben, als auch daran, dass Friedensbildung und -erhaltung viele Aspekte haben.

Im Friedensgutachten konnten deshalb nur einige der möglichen Themen behandelt werden. Die Auswahl bestimmte sich vor allem danach, was die Autor*innen, die unter der Leitung von Prof. Ursula Schröder aus dem Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik Hamburg (IFSH) an diesem Kapitel arbeiteten, als besonders wichtig erachteten. Einerseits weil darüber in der Wissenschaft und Öffentlichkeit viel diskutiert wird, andererseits weil sie es für die deutsche friedenspolitische Diskussion für bedeutend halten.

Zum ersten Themenkreis gehört die Frage, ob und wie weit Klimawandel bereits zu mehr bewaffneten Konflikten oder zu mehr Kriegen

geführt hat oder nicht. Hier sind häufig sehr alarmistische Stimmen zu hören, die aus der Sicht der Friedensforschung Gefahren beinhalten.

Weniger häufiger in der Öffentlichkeit, dafür zunehmend in Fachkreisen wird ein zweiter Themenkomplex diskutiert, der im Friedensgutachten behandelt wird. Hier geht es um friedenspolitische Aspekte des Umgangs mit dem Klimawandel, vorrangig von Klimapolitik, aber auch von Entwicklungs- und Sicherheitspolitik. Oder allgemeiner gesagt: um friedenspolitische Aspekte der gesellschaftlichen Transformation, die notwendig ist, um den Klimawandel und seine negativen Folgen einzudämmen.

Bevor ich zu diesen beiden Themenkreisen etwas weiter aushole, möchte ich die erste und trotz ihrer Allgemeinheit wichtigste Politikempfehlung der Autorinnen und Autoren des Friedensgutachtens betonen. Ich zitiere: »Vermeidung des Klimawandels ist Priorität vorbeugender Friedenspolitik.«

Die Risiken des Klimawandels für Sicherheit und Frieden sind derzeit nicht abschätzbar, sie dürften aber mit zunehmender Erderwärmung immer gravierender und ihr Eintreten wahrscheinlicher werden. Um sie zu vermindern, sind verstärkte Bemühungen zur Begrenzung des Klimawandels durch rasche und drastische Emissionsverminderung durch alle Akteure dringlich, einschließlich Deutschlands. Alles was im Folgenden als Gefahren für Frieden und Sicherheit problematisiert wird, ist vom Ausmaß des Klimawandels und der Erfolge zu seiner Eindämmung abhängig.

Nun aber zum ersten Themenkreis, der im Friedensgutachten etwas ausführlicher behandelt wird: dem Zusammenhang von Klimawandel, Frieden und bewaffneten Konflikten.

Der Hauptgrund dafür, der Frage bewaffneter Konflikte als Folge des Klimawandels besondere Beachtung zu schenken sind die Gefahren einer Versicherheitlichung des Klimawandels. Gemeint ist damit die, oftmals mit guten Absichten vorgetragene, Fokussierung der Folgen des Klimawandels auf Gewalt und Krieg. Ebenso wie durch die Beschwörung der Gefahr von Massenmigration auf Grund des Klimawandels werden damit Ängste geschürt. Diese können zwar einerseits dazu führen, dass Bemühungen um Begrenzung des Klimawandels in-

tensiviert werden, andererseits können sie aber auch zur Begründung für den Ausbau gewaltgestützter Macht ausgenutzt werden. Letzteres zeigt sich leider bereits in praktischer Politik, wenn etwa Investitionen in Fähigkeiten zur militärischen Interventionen in Nordafrika mit den wachsenden Auswirkungen des Klimawandels begründet werden.

Im Schwerpunktkapitel des Friedensgutachtens wird die friedenswissenschaftliche Evidenz zur Frage des Zusammenhangs von Klimawandel und Frieden erläutert. Sie lässt sich knapp so zusammenfassen: Der Klimawandel beeinträchtigt in vielen Regionen die Lebensbedingungen, steigert das Konfliktrisiko und erschwert nachhaltige Friedenssicherung. Seine Bedeutung für Gewaltkonflikte ist aber bisher eher gering. Wo die Auswirkungen des Klimawandel negative Folgen auf Frieden hatten, wie etwa zwischen Viehhirten und Ackerbauern im Sudan oder in der Region des Chad-Sees, bestanden bereits andere Konflikte, ethnischer, sozialer oder politischer Art, die durch den Klimawandel verstärkt wurden. Wo solche Konflikte eine geringere Rolle spielen, oder durch bestehende Institutionen der Konfliktbearbeitung eingegegelt werden, sind keine Großgewaltkonflikte zu verzeichnen, so etwa in Lateinamerika.

Das mag sich in Zukunft ändern – noch sind die Auswirkungen des Klimawandels im Vergleich mit dem, was zu befürchten ist, eher gering. Aber: Klimawandel ist und bleibt kein Naturereignis, sondern ist von Menschen gemacht, und auch die Folgen von Klimawandel, etwa für das Konfliktgeschehen, haben keine ihnen innewohnenden Automatismen, sondern lassen sich durch geeignete friedensfördernde Maßnahmen begrenzen.

Weil Klimawandel zwar potenziell friedensgefährdend ist, diesen Gefahren aber erfolgreich begegnet werden kann, ist eine zweite Forderung im Friedensgutachten der Ausbau der friedenspolitischen Vorsorge gegen Klimarisiken. Die deutsche Politik sollte – in Kooperation mit der Wissenschaft – die Kapazitäten für die Erfassung, Frühwarnung und Analyse friedensrelevanter Auswirkungen des Klimawandels ausbauen, lokale Konfliktbelegungsmechanismen in besonders gefährdeten Regionen fördern und vorbeugende Instrumente zur Stärkung der Resilienz gegenüber Klimarisiken aufbauen.

Im Friedensgutachten wird zudem argumentiert, dass es vor allem durch kooperative Strukturen gelingen kann, negative Folgen des Klimawandels einzugrenzen. Die Bundesregierung sollte deshalb, so die dritte Forderung, auf verschiedenen Ebenen (kommunal, national, EU, UN) Initiativen fördern, um kooperative Strukturen und Institutionen zur Bewältigung möglicher Sicherheitsrisiken des Klimawandels zu schaffen und zu stärken.

Der zweite im Friedensgutachten behandelte Themenkreis, die friedensverträgliche Gestaltung der gesellschaftlichen Transformation zur Bewältigung der Klimakrise, hat viele Facetten.

Zur Bewältigung der Klimakrise muss auf vielen politischen Ebenen um notwendige Maßnahmen zur Minderung von Treibhausgasemissionen und Anpassung an unvermeidliche Klimaveränderungen gerungen werden. Maßnahmen, die Gesellschaften weltweit vor große Herausforderungen stellen. Zugleich sind nicht alle Menschen und Regionen gleichermaßen von den Folgen der Klimaveränderungen betroffen. Die notwendige gesellschaftliche Transformation muss daher politisch, sozial und historisch gerecht gestaltet werden.

Grundsätzlich plädieren die Autorinnen und Autoren für das Primat einer konfliktsensitiven zivilen Klimapolitik mit den beiden Säulen Emissionsvermeidung und Klimaanpassung. Was das konkret heißen kann, wird im Friedensgutachten an zwei Beispielen und einer aktuellen Diskussion auf internationaler Ebene angedeutet.

Das erste Beispiel betrifft Ideen großtechnologischer Verfahren zur Minderung von Treibhausgasen in der Atmosphäre. Verfahren des Geengineering, wie dies in der einschlägigen Diskussion genannt wird, mögen in der deutschen Diskussion aktuell keine große Rolle spielen. Das ist aber in anderen Ländern durchaus anders. Während die Zeit, in der der Klimawandel durch drastische Verringerung von Emissionen noch hinreichend begrenzt werden kann, verrinnt, steigt zudem deren Attraktivität. Im Friedensgutachten werden die Gefahren für den Frieden benannt, die unter anderem daraus entstehen, dass einzelne große Staaten versucht sein könnten, auf Kosten anderer das Klima technisch so zu manipulieren, wie es für sie optimal ist.

Zwei Empfehlungen des Friedensgutachtens beschäftigen sich daher mit dem Geoengineering. Gefordert wird zum einen ein Moratorium für Entwicklung und Tests riskanter Geoengineering-Technologien in Deutschland, zum anderen eine Verstärkung der deutschen Bemühungen, auch in anderen Ländern über die Risiken des Geoengineering zu diskutieren und sich für eine gemeinsame Europäische Position zu Geoengineering als Zwischenstufe für ein zukünftiges internationales Abkommen über das Verbot gefährlichen Geoengineerings einzusetzen.

Das zweite Beispiel im Themenkreis Transformation betrifft die Entwicklungszusammenarbeit.

Die Klimakrise verändert das Agenda-Setting der Entwicklungspolitik – Klimapolitik wird zu einem Ziel der Entwicklungspolitik. Das ist einerseits sinnvoll, um einen weiteren Beitrag zur Bewältigung der Klimakrise zu leisten, beinhaltet aber auch Gefahren. Zum einen gibt es Anzeichen dafür, dass Industriestaaten zunehmend die Entwicklungszusammenarbeit als Hebel entdecken, Länder des Südens für klimapolitische Ziele zu konditionieren und sich von eigenen Verpflichtungen »freizukaufen«. Zum anderen ist zu beobachten, dass bestehende Entwicklungsprogramme für Klimaschutzzwecke so umorientiert werden, dass sie konfliktverschärfend wirken, etwa, wenn neue große Schutzgebiete ausgewiesen oder fruchtbare Böden für exportorientierten Anbau erneuerbarer Energieträger in Entwicklungs- und Schwellenländern umgenutzt werden. Besonders problematisch ist die Umsetzung von Klimapolitik in fragilen Staaten und Nachkriegsgesellschaften.

Offensichtlich bedarf es einer transparenten und bewussten Koordination von Entwicklungs-, Klima- und Friedenspolitik, um negative Nebenwirkungen auf andere Politikfelder oder gar »Boomerang«-Effekte zu verhindern. Im Friedensgutachten wird daher die Bundesregierung aufgefordert, praktische Vorhaben an der Schnittstelle von Klima-, Entwicklungs- und Friedenspolitik verstärkt zu fördern. Die praktische Umsetzung ist allerdings häufig schwierig. Eine Voraussetzung für bessere Koordination ist eine größere Transparenz der für die Klimapolitik geplanten Klimavorsorge- und Anpassungsaktivitäten. Im

Friedensgutachten wird die Bundesregierung ermuntert, in dieser Frage international eine Führungsrolle einzunehmen.

Der letzte inhaltliche Komplex, der im Friedensgutachten behandelt wird, betrifft die Diskussion um Klimawandel im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen als der völkerrechtlich wichtigsten Instanz, die international für die Wahrung von Frieden und Sicherheit zuständig ist. Bisher hat sich im Sicherheitsrat keine Mehrheit von Staaten gefunden, die bereit war, den Klimawandel als Gefahr für Frieden und Sicherheit anzusehen, aus verschiedenen Gründen. Die Bundesregierung hat angekündigt, im Rahmen ihrer Präsidentschaft im Sommer dieses Jahres einen erneuten Vorstoß für eine gemeinsame Resolution vorzunehmen. Im Friedensgutachten wird dieses Vorhaben dahingehend unterstützt, dass die Bundesregierung aufgefordert wird, sich für den Aufbau neuer Wissensbestände über die Zusammenhänge von Klimawandel, Frieden und Sicherheit auf Ebene der Vereinten Nationen einzusetzen. Darüber hinaus sollten in Zusammenarbeit mit Betroffenen in klimafragilen Regionen bessere Strategien zur Eingrenzung von Gefahren für Frieden und Sicherheit erarbeitet werden. Über den Sicherheitsrat hinaus, so eine weitere Forderung sollte die Bundesregierung auch in anderen internationalen Foren, so den G-7 und G-20, diplomatische Aktivitäten verstärken, um die friedenspolitische Bedeutung des Klimawandels zu untermauern.

Die Folgen des Klimawandels und der Klimapolitik für Konflikte, Sicherheit, Krieg und Frieden sind komplex und widersprüchlich. Zum einen gefährdet der Klimawandel Menschen und Gesellschaften in vielen Teilen der Erde. Er bedeutet eine Bedrohung menschlicher Sicherheit und eine Friedensgefährdung, und er kann zu Spannungen in und zwischen Staaten führen. Zum anderen müssen Umweltveränderungen aufgrund des Klimawandels aber nicht notwendig friedliches menschliches Zusammenleben erschweren und gesellschaftliche Stabilität untergraben. Im Gegenteil können die Herausforderungen des Klimawandels Anstöße für Zusammenarbeit und kooperative Strukturen geben, um massive Folgen des Klimawandels zu vermeiden und Klimakrisen zu bewältigen. Dazu braucht es globale Kooperation und die Bewältigung lokaler Folgen in besonders vom Klimawandel betroffenen Regio-

nen. Allgemein gilt: Kooperation, lokal wie national und international ist eine Voraussetzung für die Begrenzung des Klimawandels, während Konflikte das Ausmaß der Klimakrise verschärfen.

Vereinfachende Annahmen und einseitige Wahrnehmungen, dass der Klimawandel notwendig zu mehr Gewalt und Krieg führe, sind nicht haltbar. Sie befördern die Gefahr einer Versicherheitlichung und Militarisierung nicht nur der Klimapolitik, sondern auch benachbarter Politikfelder. Traditionelle sicherheitspolitische Instrumente, insbesondere Rüstung und Militär, sind für die Bewältigung der Klimakrise ungeeignet, belasten die Umwelt und stehen einer friedlichen Konfliktlösung im Weg. Vielversprechender ist der Ausbau von Bemühungen, die Kontextbedingungen für den Einfluss der globalen Erwärmung auf Konfliktpotenziale zu verstehen und mögliche Synergien verschiedener Politikfelder herauszuarbeiten, um eine kooperative Bewältigung des Klimaproblems und eine nachhaltige Friedenssicherung zu ermöglichen.

Die Ära der Entwicklung: Das Ende eines Mythos

Wolfgang Sachs

Mit der Coronakrise und ihren heute bereits absehbaren verheerenden Auswirkungen auf den globalen Süden taucht plötzlich ein Wort wieder auf, das fast in der Versenkung verschwunden zu sein schien: Entwicklung. Denn genau das ist die Frage – ob es dergleichen, und zwar inzwischen nicht mehr nur für den Süden, sondern auch für den gesamten Globus, noch einmal geben kann, oder ob wir eine weiter zunehmende, fundamentale Disruption der Welt erleben.

Allerdings, daran gilt es zu erinnern, war *Entwicklung* von Beginn an ein Plastikwort gewesen, ein leerer Begriff mit ungewisser positiver Bedeutung. Gleichwohl hat sich *Entwicklung* als Weltperspektive gehalten, denn sie ist heute in ein internationales Geflecht von Institutionen eingebettet, von den Vereinten Nationen über Ministerien bis hin zu NGOs. Heute gehört *Entwicklung* zu jenen »Zombie-Kategorien«, die schon längst verwest sind, aber dennoch als abgedroschene Utopie allenthalben herumgeistern. Scheinbar schon lange zu Grabe getragen, treibt der Begriff wie ein Gespenst seinen Unfug auch noch in der Gegenwart. Und jetzt, in der zweiten Jahreshälfte 2020, kommt das Schlüsselwort wieder zu zweifelhafter Ehre, jährt sich doch zum fünften Mal die Verkündigung der päpstlichen Enzyklika »Laudato si«, die Agenda 2030 der Vereinten Nationen mit den *Sustainable Development Goals* und das Klimaschutzabkommen von Paris. Damit stellt sich die entscheidende Frage: Sind diese internationalen Stellungnahmen überhaupt noch der *Entwicklung* verpflichtet? Oder kann man sie im Gegenteil als Ausweis des Post-Development-Denkens betrachten?

Anno 1988 – eine Rückblende

Eine Rückblende: Was waren wir damals, vor jetzt gut 30 Jahren, naiv und auch ein wenig großspurig, das »Ende des Entwicklungszeitalters« auszurufen! Im Herbst des Jahres 1988 an der Pennsylvania State University im Haus von Barbara Duden, wo wir unsere Freunde zu Living Room Consultations versammelt haben, fassten wir den vollmundigen Plan, ein »Development Dictionary« herauszubringen. Auf die Spur gesetzt von Ivan Illich, der einst den Plan hatte, eine »Archäologie der modernen Gewissheiten« zu verfassen, wollten wir uns an den Schlüsselbegriff der Entwicklung heranmachen, der, wie wir damals sagten, als Ruine in der intellektuellen Landschaft herumgestanden hat.¹

Man erinnere sich: In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts thronte ganz selbstverständlich das Leitbild der Entwicklung wie ein mächtiger Herrscher über den Nationen der südlichen Hemisphäre. Es war *das* weltpolitische Programm der postkolonialen Epoche. Unschuldig kam der Begriff daher, aber er hatte es in sich: Als eine Art von mentaler Infrastruktur hat er den Weg für die imperiale Macht des Westens über die Welt geebnet. Wie im Westen, so auch auf Erden, so lautete, knapp gefasst, die Botschaft der Entwicklung.²

Wann aber hat das Entwicklungszeitalter angefangen? In unserem Development Dictionary stilisierten wir Präsident Harry S. Truman als Bösewicht. Und tatsächlich hatte dieser am 20. Januar 1949 in seiner Antrittsrede vor dem amerikanischen Kongress die Heimat von mehr als der Hälfte der Weltbevölkerung als »unterentwickelte Gebiete« bezeichnet. Mit dieser Rede war das Entwicklungszeitalter eröffnet – jene

1 Wolfgang Sachs (Hg.), *The Development Dictionary. A Guide to Knowledge as Power*, London 1992. Der vorliegende Artikel ist das erweiterte Vorwort zu der Neuausgabe im Oktober 2019. Die deutsche Übersetzung damals war: *Wie im Westen so auf Erden. Ein polemisches Handbuch zur Entwicklungspolitik*, Hamburg 1993.

2 Einige andere Autoren, die zu dieser Zeit zu ähnlichen Thesen kamen, sind: Arturo Escobar, *Encountering Development. The Making and Unmaking of the Third World*, Princeton 1995, oder Gilbert Rist, *The History of Development*, London 1997.

Periode der Weltgeschichte, die auf das unselige Kolonialzeitalter der europäischen Mächte folgte. Das Entwicklungszeitalter dauerte etwa 40 Jahre und wurde von der Epoche der Globalisierung abgelöst. Und derzeit erleben wir offensichtlich wieder eine Zäsur: den Aufschwung des Nationalpopulismus, als Backlash gegen die Globalisierung, der durch die Coronakrise enorm verstärkt werden dürfte. Worin aber bestand die Idee der Entwicklung? Es empfiehlt sich, dabei vier zentrale Aspekte zu unterscheiden.

Chronopolitisch, so die Idee, scheinen sich alle Völker auf dem Erdkreis auf einer einzigen Bahn vorwärts zu bewegen, im Sinne einer allgemein gültigen Aufstiegsentwicklung. Die imaginierte Zeit ist linear; indem sich diese ausbreitet, werden Völker wie etwa die Rajasthanis in Indien oder die Aymara in Peru unausweichlich in die Perspektive des weltweiten Fortschritts gezogen.

Geopolitisch geben die führenden Läufer, die entwickelten Nationen, den Weg der Entwicklung für die Nachzügler-Länder vor. Die vormals verwirrende Vielfalt der Völker auf dem Globus bekommt so eine klare Rangordnung in reiche und arme Nationen. Entwicklung ohne Vorherrschaft zu denken, macht deshalb genauso wenig Sinn, wie ein Wettrennen ohne Richtung abzuhalten.

Ferner kann man, zivilisationspolitisch betrachtet, die Entwicklung einer Nation an ihrem Grad der wirtschaftlichen Leistung ablesen, also am Bruttoinlandsprodukt. Gestützt auf eine ökonomische Weltsicht wie auf einen statistischen Werkzeugkasten definierten die Experten in den folgenden Jahrzehnten Entwicklung als Wachstum des Pro-Kopf-Einkommens. Gesellschaften, die soeben der Kolonisierung entronnen sind, sind gehalten, sich unter die Obhut der Ökonomie zu stellen.

Und schließlich, viertens, wenn man die Akteure betrachtet, sind die Impulsgeber der *Entwicklung* in erster Linie westliche Experten aus Regierungen, multinationalen Banken und Konzernen. Vormals, zu Zeiten von Marx oder Schumpeter, ist Entwicklung intransitiv gebraucht worden wie eine Blume, die einen Reifungszustand anstrebt und damit sich selbst entwickelt hat. Nun wurde der Begriff transitiv verstanden, als aktive Umgestaltung einer Gesellschaft, die innerhalb von Jahrzehnten, wenn nicht gar von Jahren zu bewerkstelligen war.

Was aber ist anschließend aus dieser Idee geworden? Sie hat einen Lauf genommen, wie er in der Ideengeschichte nicht ungewöhnlich ist: Was einmal eine historische Innovation war, wurde dann für lange Zeit zu einer Konvention, die schließlich in allgemeiner Frustration ihr Ende fand. Dennoch war es vor 30 Jahren ausgesprochen voreilig, das Ende des Entwicklungszeitalters zu behaupten. Denn die Entzauberung der Idee vollzog sich in Jahrzehnten – und sie ist heute noch nicht abgeschlossen.

Vom Nationalstaat zur Globalisierung

Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs war Entwicklung im Rahmen des Nationalstaats verstanden worden; gerade viele junge Nationen hatten ihre Staatsraison in der Entwicklung gesehen. Mit der Epoche der Globalisierung, ab der Zeitenwende von 1989/90, dem Ende der Bipolarität, war indessen der Nationalstaat porös geworden; der nationalstaatliche Behälter wurde nunmehr von globalen Kräften in Wirtschaft und Kultur durchlöchert. Güter, Geld, Informationen, Bilder, Menschen strömten über Grenzen hinweg und ließen einen transnationalen sozialen Raum entstehen, in dem Interaktion über große Distanzen erfolgt, manchmal sogar in Echtzeit. Der Nationalstaat fiel immer weiter zurück, andere Akteure spielten eine zunehmend wichtige Rolle. So überholten die privaten Auslandsinvestitionen die öffentliche Entwicklungshilfe, weltweit ausgestrahlte Fernsehbilder drängten nationale Erzählungen an den Rand und globaler Konsum löste das lokale Handwerk ab. Entwicklung, einstmals eine Staatsaufgabe, wurde somit deterritorialisiert und globalen Kräften unterworfen.

Außerdem traten transnationale Unternehmen auf den Plan, begleitet von einer sich globalisierenden Kulturindustrie. Allgemein gesprochen: Selbst in den entferntesten Winkeln der Erde ersetzte die kapitalistische Warenökonomie die zahllosen Subsistenzwirtschaften mit ihren traditionellen Märkten. Wobei sich auch der Kapitalismus verändert hatte, wie John Kenneth Galbraith schon am Ende der 50er Jahre analysiert hat: Von einer Wirtschaft, die der Bedarfsdeckung diente, zu

einer Wirtschaft, die gerade aus der Bedarfsweckung ihren Profit erzeugte. Dabei geht es in einer solchen Wirtschaft zunehmend um die symbolische Macht der Güter und Dienstleistungen. Güter sind eher Kommunikationsmittel: Es zählt, was sie sagen, weniger was sie tun. Waren sind Rituale und Religion zugleich, und die Lebensstile gleichen sich an: SUVs lösen Rikschas ab, Smartphones treten an die Stelle von Dorfversammlungen, Air-Conditioning ersetzt die Siesta. Man kann die Globalisierung der Märkte als Entwicklung ohne Nationalstaaten verstehen.

Daraus hat die globale Ober- und Mittelklasse am meisten Nutzen gezogen, ob in Europa und Nordamerika oder, weniger zahlreich, in Lateinamerika und Afrika, aber ganz besonders in Asien. Gegenwärtig zählen um die drei Milliarden Menschen mit einem Einkommen von mehr als zehn Dollar zur Mittelklasse, vorwärtsgetrieben durch den steilen wirtschaftlichen Aufstieg in China, Indien und anderen asiatischen Ländern. Wobei die Beschleunigung besonders ins Auge fällt: 150 Jahre, beginnend mit der Industriellen Revolution, waren erforderlich, bis die erste Mittelklasse-Milliarde um das Jahr 1985 herangewachsen war; die zweite brauchte nur 21 Jahre und die dritte nur noch 9 Jahre; und wie Berechnungen ergeben, werden bis zum Jahr 2028 zwei weitere Milliarden hinzukommen. In der Summe sind das fünf Milliarden von neuen Verbrauchern,³ mit enormer Spreizung: Unten auf der Konsumleiter kann man sich (allenfalls) ein Moped oder eine Waschmaschine leisten, oben kann man in Fernreisen oder Immobilien investieren.

Hinter dem Verlangen nach Einkaufszentren und Autobahnen, Megawatts und Wachstumsraten steht indessen auch die Sehnsucht nach Anerkennung und Gerechtigkeit. Tief sitzen die Wunden, welche die jahrhundertelange koloniale Demütigung geschlagen hat. Der Erfolg der Mittelklasse besonders in den Schwellenländern ist eine Quelle von Stolz und Selbstachtung: Endlich ernst genommen zu werden unter den Mächtigen der Welt, ist eine Triebkraft der Entwicklung. Sie war sicher eine Erfindung des Westens, aber beileibe nicht nur ein Diktat an

3 Homi Kharas, *The Unprecedented Expansion of the Global Middle Class. An Update*, Washington: Brookings Institution, Februar 2017, S. 1.

den Rest der Welt. Im Gegenteil, indem die Sehnsucht nach Anerkennung und Gerechtigkeit auf das Zivilisationsmodell des Nordens gerichtet war, stellten sich die Länder des Südens als überaus zähe Verfechter von *Entwicklung* heraus. All das ist fraglos ein grandioser Erfolg des Entwicklungsdenkens – doch im 21. Jahrhundert, das lehrt die aktuelle Kumulation der Krisen, können sich diesen Erfolg weder die Erde noch die auf und von ihr lebenden Menschen leisten.

Der Niedergang der Entwicklungsidee

Lange vorbei ist heute die Zeit, als Entwicklung noch Verheißung war. Damals war die Rede von jungen, aufstrebenden Nationen, die sich auf der Straße des Fortschritts befinden. Unbestritten erzeugte die Entwicklungsidee ein monumentales historisches Versprechen – das Versprechen, dass am Ende alle Gesellschaften die Kluft zu den reichen Nationen schließen könnten, um an den Früchten der industriellen Zivilisation teilzuhaben. Doch damit war spätestens vor fünf Jahren Schluss. 2015 ist ein Schlüsseljahr für das Entwicklungsdenken. Die Auflösung der Entwicklungsidee wurde greifbar in der im September 2015 verabschiedeten UN Agenda 2030, in der die *Sustainable Development Goals* (SDGs) festgelegt sind.

Überleben statt Fortschritt ist seither angesagt. Die SDGs sind darauf angelegt, das menschenrechtliche Minimum sowie das ökologisch Gebotene zu garantieren. Nicht mehr und auch nicht weniger, doch der himmelstürmende Fortschrittsglaube von einst hat damit dem schlichten Erfordernis der Überlebenseicherheit Platz gemacht. Die SDGs tragen zwar im Titel den Namen »development« – doch das ist eine semantische Täuschung. Die *Sustainable Development Goals* hätten in Wirklichkeit SSGs heißen müssen – *Sustainable Survival Goals*. Die im selben Jahr verabschiedete päpstliche Enzyklika »Laudato si« lässt denn auch den einstigen Schlüsselbegriff Entwicklung gleich völlig außer Acht, während das am 12. Dezember 2015 vereinbarte Klimaabkommen von Paris davon zu retten sucht, was noch zu retten ist.

Dabei gibt es ja durchaus auch positive Tendenzen: Die Zahl der Armen ist global gesunken – doch diese Reduktion ist mit noch größerer Ungleichheit erkaufte worden. Seit 1980 hat sich der Anteil der Einkommen der reichsten zehn Prozent massiv gesteigert, und zwar besonders in Nordamerika, China, Indien und Russland, weniger in Europa.⁴ Vor allen Dingen wurde auch die Nutzung der Erde drastisch überdehnt, nach den Berechnungen des *Global Footprint Network* verbraucht die Menschheit inzwischen jedes Jahr das 1,7fache der Biosphäre. Leergefischte Meere, durchlöcherter Tier- und Pflanzenwelt wie auch das Klimachaos legen davon Zeugnis ab.

Nicht zuletzt die Überhitzung der Erde und der Verschleiß der biologischen Vielfalt haben dem Glauben, dass die entwickelten Nationen die Spitze der sozialen Evolution sind, den Boden entzogen. Im Gegenteil, der Fortschritt hat sich in weiten Teilen als Rückschritt entpuppt, weil die Wirtschaftsweise des globalen Nordens gar nicht anders kann, als die Natur auszubeuten. Von den »Limits to Growth« von 1972 bis zu den »Planetary Boundaries« von 2009 sprechen die Analysen eine eindeutige Sprache: Entwicklung als Wachstum führt zur Unwirtlichkeit des Planeten Erde für den Menschen.

Die geopolitische Implosion – das Ende von Nord und Süd

Auch die der Entwicklung zugrunde liegende Geopolitik, ihre zweite Komponente, ist in den letzten 30 Jahren implodiert. Noch auf dem Millenniumsgipfel in New York im Jahr 2000 hatte man das Schema der vergangenen 50 Jahre reproduziert: die Welt, schön aufgeteilt nach Norden und Süden, wo sich die Geberländer zu den Empfängerländern beugten, um diese mit Kapital, Wachstum und Sozialpolitik für das globale Rennen wieder fit zu machen. In den Nachkriegsjahrzehnten war diese »nachholende Entwicklung« in aller Munde gewesen. Was aber ist aus dem Imperativ des *catching up* geworden? Jenem Imperativ, der so fundamental ist für die Idee der Entwicklung? Dazu ist es wert, eine

4 World Inequality Report 2018, S. 12.

Passage des SDG-Dokuments zu zitieren. Dort heißt es: »Diese Agenda ist von beispielloser Reichweite und Bedeutung. Sie wird von allen Ländern akzeptiert. [...] Ihre Ziele und Zielvorgaben sind universell und betreffen die ganze Welt, die entwickelten Länder wie die Entwicklungsländer.«⁵ Die SDGs beanspruchen damit, global und universell, also für alle zu gelten. Deutlicher kann man den mentalen Bruch nicht formulieren: Die Geopolitik der Entwicklung, wonach die alt-industriellen Länder das Vorbild für die ärmeren Länder sein sollten, wurde feierlich entsorgt. Auch im Pariser Klimaabkommen von 2015 kommen »Entwicklungsländer« nur vor, wenn es um die Finanzierung der Anpassung an die Klimafolgen geht. Wie viel an Planung und Passion, wie viel an Ressourcen und Romantik hatte man doch aufgebracht, um den Traum des *catching up* zu verwirklichen! Nunmehr *tempi passati*: So wie 1989 die Ära des Kalten Krieges verwelkt war, so war 2015 der Mythos vom Aufholen dahin.

Selten wurde ein Mythos so formlos und noch dazu so geräuschlos beerdigt wie dieser. Und das durchaus zu Recht: Denn welchen Sinn macht Entwicklung noch, wenn es kein Land gibt, das man als nachhaltig entwickelt bezeichnen kann?

Auch die ökonomische Geographie der Welt hat sich fundamental verändert. Weltpolitisch zweifellos am spektakulärsten ist der rasante Aufstieg Chinas zur größten Wirtschaftsmacht der Erde. Doch dahinter kommt noch mehr zum Vorschein: Die sieben bedeutendsten Schwellenländer sind inzwischen wirtschaftlich stärker als die traditionellen Industriestaaten, die als die Gruppe der G 7 nur noch so tun, als hätten sie weiterhin die Hegemonie in der Weltwirtschaft. Es verringert sich also der Abstand zwischen den Nationen der Welt, wohingegen die Kluft innerhalb der Nationen zwischen Arm und Reich deutlich zugenommen hat. In anderen Worten, der Wettkampf der globalen Mittelklassen wird zumeist auf dem Rücken der mittel- und machtlosen

5 Vereinte Nationen, Transformation unserer Welt: Agenda 2030 für eine nachhaltige Entwicklung. Beschluss der Vollversammlung, September 2015, Artikel 5.

Menschen betrieben. Seien es die Stauseen, Flurbereinigung oder Autobahnen: Überall wird oft die arme Mehrheit deklassiert. So hat die Globalisierung das hergebrachte Nord-Süd-Schema weitgehend aufgelöst.

Entwicklung als statistisches Konstrukt

Ferner war Entwicklung schon immer ein statistisches Konstrukt. Ohne die magische Zahl, das GDP, war man nicht imstande, eine Rangordnung unter den Nationen der Welt herzustellen. Einkommen zu vergleichen, das war die Pointe des Entwicklungsdenkens. Dabei erweist sich immer wieder, dass das Verhältnis von Nachhaltigkeit und wirtschaftlichem Wachstum ein dorniges, zutiefst widersprüchliches Feld ist. Die Agenda 2030 beklagt die gewaltige Ungleichheit auf der Welt, aber andererseits ruft sie nach Wirtschaftswachstum, für die ärmeren Staaten sogar nach einem von wenigstens 7 Prozent. Bewältigt werden soll der Widerspruch zwischen Nachhaltigkeit und Wachstum mit der Strategie des sogenannten inklusiven Wachstums. Dagegen pfeifen es die Spatzen von den Dächern, dass ein inklusives Wachstum, getrieben von den Finanzmärkten, ein Ding der Unmöglichkeit ist, weil es stets neue Ungleichheit produziert. Seit 1990 erlebten die Schwellenländer Russland, China, Indien, Südafrika einen steilen Anstieg der Ungleichheit. Die Schlussfolgerung liegt auf der Hand: Armutslinderung ohne Reichtumslinderung erweist sich als irrelevant.

Ähnliches gilt für die Losung vom grünen Wachstum. Dass die Schonung der terrestrischen wie marinen Ökosysteme mit der steten Wirtschaftsexpansion vereinbar sei, ist das bizarre Geheimnis der Agenda 2030. Es hat sich überdies schon rumgesprochen, dass das Wirtschaftswachstum, getrieben von fossilen Rohstoffen, angesichts der Grenzen der Erde mittelfristig ausgeschlossen ist. Deshalb fassten 2015 die Industriestaaten die Dekarbonisierung der Weltwirtschaft bis zum Jahrhundertende ins Auge. Europa nahm sich vor, bis 2050 »klimaneutral« zu sein. Doch die Rezepte für grünes Wachstum setzen alle auf eine Entkopplung von Naturverbrauch und Wirtschaftswachstum,

obwohl eine absolute Entkopplung, das heißt drastisch sinkender Ressourcenverbrauch auch bei steigendem BIP, in der neueren Geschichte noch nicht vorgekommen ist. Nicht viel spricht dafür, dass es in Zukunft anders sein wird.⁶ Doch davon, von der logischen Konsequenz, wagt die Agenda 2030 nicht zu sprechen: Wohlstand ohne Wachstum. Gewiss, wachsen sollen alle Sektoren, die der Nachhaltigkeit dienen – wie erneuerbare Energien, postfossile Mobilität, Biolandbau oder grüne Chemie. Aber schrumpfen müssen jene, die eine Gefahr für die Biosphäre darstellen – wie die fossil-energetischen, autoindustriellen und petrochemischen Komplexe. Es ist keineswegs sicher, dass die Summe der Wachstums- und Schrumpfungsprozesse zu einem dauerhaften aggregierten Wachstum führt. Den Wachstumszwang abzubauen, ganz besonders für die alten Industrieländer, das ist in der Agenda 2030 ein Tabu. Denn dafür hätte man die Effizienz der technischen Mittel klug mit der Suffizienz wirtschaftlicher Ziele kombinieren müssen. Papst Franziskus war damals jedenfalls schon weiter. In seiner Enzyklika »Laudato si« empfiehlt er in Paragraph 193, an *Degrowth* für wohlhabende Zonen der Erde zu denken.

Schließlich haben sich die Akteure der Entwicklung anhaltend entzweit, ja häufig arbeiten sie gegeneinander. Schon seit den 1970er Jahren bildete sich eine Dichotomisierung des Entwicklungsdiskurses heraus, bei der die Idee der »Entwicklung als Wachstum« der Idee der »Entwicklung als Sozialpolitik« gegenübergestellt wurde. Institutionen wie die Weltbank, die Welthandelsorganisation oder die Asiatische Entwicklungsbank huldigten nach wie vor der Wachstumsidee, während sich das UNDP, UNEP und die meisten NGOs der Idee verschrieben, Entwicklung als Sozialpolitik zu denken. So aber wurde der Begriff *Entwicklung* zum Alleskleber, der die Anlage von Flughäfen ebenso umfasste wie das Bohren von Wasserlöchern.

Dazu kommt, dass nicht nur das Nord-Süd-Schema inzwischen hinfällig geworden ist, sondern auch das Ost-West-Schema. Seit 2010

6 Timothy Parrique u.a., *Decoupling debunked: evidence and arguments against green growth as a sole strategy for sustainability*, European Environmental Bureau, Brüssel, Juli 2019.

haben die Investitionen aus China im Süden der Welt jene aus den USA und Japan überholt. Ob Hafenanlagen in Kenia, Staudämme in Patagonien oder Gaspipelines in Turkmenistan: Überall errichtet heute China jene Infrastruktur, die früher der Westen gebaut hat. Und nicht nur ist der Einfluss des Westens kleiner geworden, sondern zugleich sind seine Selbstzweifel hinsichtlich seiner einstigen Mission des Westens größer, ja schier übermächtig geworden – bis hin zur offenen Leugnung. Der vorläufige Höhepunkt ist das Amerika des Donald Trump. Trump ist der erste Präsident – wie Ivan Krastev und Stephan Holmes⁷ schreiben –, der Amerikas messianisches Selbstverständnis ablehnt, wonach die Vereinigten Staaten ein Leuchtfeuer der Freiheit und Gerechtigkeit für die gesamte Menschheit sind, ein Modell, nach dem alle Entwicklungsländer streben sollten.

In der Zwickmühle: Entwicklung als Trugbild

Wenn man über die Epoche nach der Entwicklung spricht, muss man immer wieder auf Mohandas (Mahatma) Gandhi zurückkommen, der Indien zur Unabhängigkeit geführt hat und dabei ein Vorläufer des Post-Development-Denkens war. Er hinterließ der Nachwelt ein bekanntes Zitat, das sein Denken in Sachen Entwicklung lapidar zusammengefasst hat: »Die Welt hat genug für jedermanns Bedürfnisse, aber nicht für jedermanns Gier.«

Schaut man das Zitat genauer an, so wird sein subversiver Charakterzug deutlich. Dann wird klar, warum Gandhi im gegenwärtigen Indien zwar als Säulenheiliger gilt, aber nur zu zeremoniellen Anlässen hervorgeholt wird.

Gandhi ist der Auffassung, dass die Ressourcen der Erde nicht knapp sind, im Gegensatz zum Lehrgebäude der Ökonomen, sondern vielmehr so reichlich, um den Bedarf der menschlichen Gesellschaft zu befriedigen. Dabei geht er davon aus, dass die Bedürfnisse kulturell geprägt, also durchaus endlich sind, ein weiterer Gegensatz zur

7 Ivan Krastev und Stephan Holmes, *Das Licht, das erlosch*, Berlin 2019.

ökonomischen Orthodoxie. Das erlaubt ihm, die Habsucht auf die Anklagebank zu setzen, denn die zum System gewordene Raffgier untergräbt die Bedürfnisse der Mehrheit der Menschen. Habsucht ist diejenige Variable, die darüber entscheidet, ob die Menschen genug zum Leben haben oder nicht.

Wenn die Autor*innen des Berichts der Brundtland-Kommission ihren Gandhi nur richtig gelesen hätten, als sie 1987 ihr Leitbild zur Nachhaltigen Entwicklung schufen! Dann hätte die klassische Definition der *sustainable development* nicht passieren dürfen: »als Entwicklung, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können«. Gandhi hätte insistiert, dass nicht alle Bedürfnisse gleichermaßen gültig sind; die oberen Zehntausend haben andersartige Bedürfnisse als die Mehrheit der armen Schlucker. So aber wurde in der Folgezeit die mangelnde Unterscheidung zwischen *survival needs* und *luxury needs* einer der Fallstricke dieser Definition. In der Tat: Menschenrechte und Konsumrechte in einen Topf zu werfen, das ist das fatale Erbe des Entwicklungsbegriffs, der blind für Klassenverhältnisse ist. Wie kann man nur die sozialen Grundrechte auf Nahrung, Wohnen und Gesundheit auf demselben Niveau behandeln wie den Konsumanspruch auf SUVs, Immobilien und Aktien? Was haben die Mapuche in Südchile gemein mit den Wallstreet-Bankern oder die Baumwollarbeiter in Mali mit den Start-Ups in Shanghai? Nicht viel, außer dass sie womöglich im Trugbild der Entwicklung vereint sind. Doch da eröffnet sich ein Dilemma, das in diesem Trugbild stets verborgen geblieben ist. In relativ wohlhabenden Ländern, wo die physischen SDGs (Ernährung, Gesundheit, Energie) einigermaßen gesichert sind, also in Europa, Nordamerika, Japan, Argentinien, Chile oder Thailand, ist die Ökologie zerrüttet: Diese Länder überschreiten die planetarischen Grenzen und haben einen zu großen ökologischen Fußabdruck.⁸ Nimmt man die ideellen Indikatoren wie Gleichheit und Demokratie noch hinzu, sinkt bereits die Zahl

8 Daniel W. O'Neill u.a., A good life for all within planetary boundaries, in: »Nature Sustainability«, 1/2018, S. 88-95.

der einschlägigen Länder, die jedoch in exzessiver Weise weit über die ökologischen Grenzen hinausgeschossen sind.

Umgekehrt gilt: Wo Länder in ihrem ökologischen Rahmen bleiben, sind die SDGs weitgehend unerfüllt. Es ist wie in einer Zwickmühle: Je höher der Lebensstandard eines Landes steigt, materiell, aber auch ideell, desto heftiger ist tendenziell der Verschleiß der Biosphäre. Und je weniger die sozialen Menschenrechte gesichert sind, desto kleiner ist der ökologische Fußabdruck – wenigstens was Emissionen und Materialien betrifft. Welch ein tragisches Resultat der Entwicklung!

Das außerdem noch schwerer wiegt, wenn das Wohlergehen der einen von der Armut der anderen abhängt. Beispiele dafür finden sich zuhauf: Lokale Fischer haben das Nachsehen, wenn große Fabrikschiffe die Weltmeere leerfischen; Kleinbauern werden vertrieben, wenn Agrarkonzerne massiv Land aufkaufen; Slumbewohner müssen weichen, wenn Stadtautobahnen gebaut werden; alteingesessene Bewohner werden ausquartiert, wenn die Gentrifizierung ihre Wohnviertel erreicht hat; Arbeiter werden Repressionen ausgesetzt, wenn sie ihre gewerkschaftlichen Rechte in Fabriken der globalen Wertschöpfungsketten geltend machen wollen. Mancherorts dringt die imperiale Lebensweise⁹ tief in die Lebensstile, Institutionen und Infrastruktur der Wohlhabenden ein. Unerkannt und doch wirksam durch eine Vielzahl von komplexen Wirtschaftsstrukturen und Ausbeutungsmechanismen, wird in der Summe ein Ergebnis erreicht: Die einen leben auf Kosten der anderen.

Der Kampf der Narrative: Festungsdanken, Globalismus, Solidarität

Angesichts dieser fatalen Bilanz werden die Problemlagen von Gesellschaften inzwischen nicht mehr primär als Probleme der *Entwicklung* aufgefasst, sondern die Debatten sind vielgestaltiger geworden und

9 Ulrich Brand und Markus Wissen, *Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus*, München 2017.

wandeln sich je nach den historischen Bedingungen. Wenn nicht alles täuscht, lassen sich gegenwärtig grob drei Erzählungen ausmachen: das Narrativ der Festung, das des Globalismus und das der Solidarität.

Das Festungsdenken lebt von einem Gemisch aus Nationalismus, Xenophobie sowie Autoritarismus und ist mit einer gehörigen Prise an Wohlstandschauvinismus gewürzt. Es bedient oft die populistische Sehnsucht nach einem »starken Mann«, mit dem sich die sozial abgehängten Teile der Bevölkerung identifizieren können. Daneben begrüßen Nationalpopulisten vom Typus Trump oder Bolsonaro im Allgemeinen das Bohren nach Erdöl im Meer, das Fracking, den Kohlenabbau und die Abholzung der Wälder. Sie halten den Klimawandel für eine fein gesponnene Hinterlist der Feinde der nationalen Wirtschaft. Sie sind derart rückwärtsgewandt, dass sie die Ausplünderung der Natur regelrecht verherrlichen.

Dagegen dreht sich das Globalismus- oder Globalisierungsnarrativ um das Bild vom blauen Planeten als archetypisches Symbol. Anstelle des Merkantilismus des Festungsdenkens – *America first* – fordern die Globalisten eine deregulierte Freihandelswelt, die den Unternehmen sowie Konsumenten weltweit Profit und Wohlstand bescheren soll. Verglichen mit der Politik des Neoliberalismus geben sie öffentlichen Investitionen, auch in den Sozialstaat, mehr Raum und sehen allgemein eine größere Rolle für die Politik vor. International ist die multilaterale Governance die Devise. Allerdings halten die Globalisten das gegenwärtige Wirtschaftssystem nicht für nachhaltig. Geboten ist in ihren Augen ein Wirtschaftswachstum im Rahmen einer Grünen Ökonomie, worin besonders der Technologie die Aufgabe zukommt, mit den Umweltfolgen fertig zu werden. Die UN Agenda 2030 mit den *Sustainable Development Goals* fügt sich weitgehend in diesem Denkraum.

Davon radikal verschieden ist das Narrativ der Solidarität. Die ökosolidarische Ethik steht in Opposition sowohl zum Festungsdenken als auch zum Narrativ des Globalismus. Sie sieht eine postkapitalistische Ära voraus, gestützt auf einen Trend zur Öko-Solidarität, der auch die Regeln des Staates und der Wirtschaft umfasst. Die Monokultur der Ökonomie, die große Teile der Welt dominiert, könnte und müsste in dieser Weltsicht Platz machen für eine Vielzahl zivilisatorischer

Alternativen, sei es die Weltsicht des *Ubuntu* oder des *Buen vivir*, sei es die Denkweise des europäischen Humanismus oder der *ahimsa* in Jain-Tradition.¹⁰ Im Narrativ der Solidarität will man sowohl einen kulturellen als auch einen technischen Wandel betreiben, untermauert von kooperativen Wirtschaftsformen und gemeinwohlorientierter Politik. Darüber hinaus strebt man, wie es im Slogan »global denken, lokal handeln« zum Ausdruck kommt, einen kosmopolitischen Lokalismus an, wonach die lokale bzw. nationale Politik auch die Bedürfnisse der transnationalen Gemeinschaft berücksichtigen muss. Dies bedeutet, die imperiale Lebensweise des Nordens abzuwickeln und Land, Nahrung und Kapital in den Händen des globalen Südens zu belassen. Angesichts des Zerfalls der Ökosysteme ist es besonders unerlässlich, die Ressourcenbasis des kapitalistischen Wirtschaftssystems radikal umzubauen: von fossilen zu solaren Ressourcen. Damit würde die Energie aus Wind, Sonne, Meer und Erdwärme gewonnen, während die regenerative Landwirtschaft Nahrung, Rohstoffe und Materialien bereitstellt. Statt weiter auf expansive Modernität für die globale Ober-/Mittelklasse zu setzen, ist es Zeit für eine reduktive Modernität (Harald Welzer): grüne Unternehmen, Zero-Emission-Häuser, viel weniger (nach den europäischen Standards) motorisierter Verkehr, viel weniger Fleischkonsum.

Entscheidend dafür ist es schließlich, neue Formen des frugalen Wohlstands herauszubilden: Zeitwohlstand statt Güterwohlstand, Sorgearbeit statt Lohnarbeit, Teilen statt Besitzen. Die entschleunigten Erfahrungen der Corona-Zeit könnten in dieser Hinsicht im besten Fall ein Vorschein auf einen anderen, nachhaltigeren Lebensstil sein.

Entwicklung als Schlüsselwort nur mehr für Ideenhistoriker?

Womöglich wird der Streit über diese drei Narrative über Jahre hinaus die Tagesordnung bestimmen. Dabei könnte *Entwicklung*, ähnlich wie

10 Ashish Kothari u.a., *Pluriverse. A Post-Development Dictionary*, Neu-Delhi 2019.

Monarchie oder Feudalismus, immer weiter in den Dunst der Geschichte rücken, so weit, dass das einstige Schlüsselwort nur mehr für Ideenhistoriker von Interesse ist. Andererseits befinden wir uns derzeit, wenn nicht alles täuscht, in einer regressiven Epoche, in der der Begriff der *Entwicklung* wieder einmal fröhliche Urständ feiert. Die Trumps und Bolsanaros, die Erdoğan und Modis dieser Welt schwärmen für *Entwicklung*, sie glauben noch an Megaprojekte, Massenkonsum und freie Fahrt für Konzerne. Allerdings spielt bei den Nationalpopulisten die Idee der Entwicklung keine begeisternde Rolle mehr, wie zu den Zeiten der Dekolonisierung der jungen Nationen und auch noch zu den Zeiten der Deregulierung globaler Märkte. Ihr Bild von Entwicklung ist vielmehr stark autoritär geprägt und hat einen seltsam aggressiven Charakter. Die Nationalpopulisten sind ebenso glühende Anhänger der braunen Ökonomie wie eingeschworene Feinde der grünen Ökonomie. Ihre Entwicklungs-»Idee« ist vor allem auf den Extraktivismus von Rohstoffen gebaut, sowohl von Kohle, Öl, Gas und Uran, als auch von Kaffee, Soja, Palmöl oder Tropenholz, so wie es in den Hochzeiten der Entwicklung 1960 bis 1990 üblich war. Indem sie das alte Industriesystem glorifizieren, stecken sie tief in der fossilistischen Vergangenheit fest und ahnen dabei nicht einmal, dass sie völlig zukunftsblind sind.

Freilich ist bei den Nationalpopulisten eine entscheidende Diskontinuität im Entwicklungsdenken zu verzeichnen: Sie erweisen sich als ethnozentriert und egoistisch. Während seit dem Zweiten Weltkrieg *Entwicklung* immer multilateral, im Guten wie im Bösen, gedacht worden war, hat sich spätestens mit dem Amtsantritt von Donald Trump der Wind radikal gedreht. »My country first« heißt bis auf weiteres der Kampfspruch des Unilateralismus – als Entwicklung nur der eigenen Nation wie zur aggressiven Abwehr aller anderen.

Die Tugend der Toleranz – Hoffnung für den Frieden in Afrika

Asfa-Wossen Asserate

Meine Eltern haben uns Kindern zu verstehen gegeben, wie sehr wir es als Glück und Bereicherung empfinden dürfen, dass die drei abrahamitischen Religionen in Äthiopien seit vielen Generationen in friedlicher Koexistenz nebeneinander gelebt werden. Das äthiopische Kaiserhaus, das seinen Ursprung auf die Begegnung der biblischen Königin von Saba mit König Salomon zurückführt, blickt auf eine lange christliche Tradition zurück. Kaiser Ezana nahm bereits im 4. Jahrhundert den christlichen Glauben an. Das äthiopisch-orthodoxe Christentum ist seit Jahrhunderten die Hauptreligion des Landes. Trotzdem erinnere ich mich immer mit Freude an einen nahen Blutsverwandten, den wir Kinder ›Onkel Rahmato‹ riefen. Er verwöhnte uns an islamischen Feiertagen gerne mit importierten Süßwaren. ›Onkel Rahmato‹ stammte aus der Provinz Felte im südlichen Äthiopien. Er war ein angesehener muslimischer Kaufmann und ein anerkanntes Mitglied unserer Familie. Unser ›Wir‹ schloss Menschen, die Gott auf eine andere Weise verehren, selbstverständlich mit ein.

Zu meiner religiösen Prägung durch äthiopische Traditionen kam später meine Ausbildung in Europa. Sie lehrte mich, die Werte der Aufklärung zu schätzen und formte mich zu einem liberalen Demokraten. Zugespitzt lässt sich, was Europa mich lehrte, in dem Wort ›Gegner‹ erkennen. In den über 2.000 Sprachen auf dem afrikanischen Kontinent, gibt es kein wirkliches Äquivalent für dieses Wort, das ich inzwischen als die Basis von Demokratie und Toleranz betrachte. In den afrikanischen Sprachen kennt man nur den Feind. Doch nur wenn wir mit

tiefster Überzeugung akzeptieren und tolerieren können, dass ein jeder Mensch das Recht hat, anders zu sein, als wir selbst, anders zu denken und anders zu glauben, und ich trotzdem mit ihm in einen gewaltfreien Dialog sein kann, nur dann haben wir, davon bin ich überzeugt, das Fundament von Demokratie und Toleranz verstanden.

Vor diesem Hintergrund verwundert es sicherlich nicht, dass es mir zur Lebensphilosophie wurde, Toleranz und Verständnis füreinander zu fördern, wo immer mir das möglich ist. Besonders liegen mir aber die drei geschwisterlichen Religionen am Herzen. Juden, Christen und Moslems verehren einen Gott. Denn wer ist Yahwe, Gott oder Allah? Jeder Gläubige dieser drei Religionen wird zustimmen, wenn wir sagen: ›Das ist der Gott Abrahams, Isaaks, Ismaels und vor allem der Gott Moses‘. Daran müssen wir immer erinnern. Wir müssen aber auch erklären, dass es für uns als Christen keinen anderen Weg zu Gott gibt als durch unseren Heiland Jesus Christus. Mein jüdischer Glaubensbruder wird dagegen auf den Gesetzen des Moses und seinen Bund mit Gott beharren, so wie wir bei meinem muslimischen Bruder anerkennen, dass er keinen anderen Weg zu Gott kennt als durch Mohammed und den Koran.

Wir sollten uns der Unterschiede und manchmal tiefen Gräben durchaus bewusst sein, die Gläubige unterschiedlicher Religionen voneinander trennen. Juden, Christen und Muslime gehen seit Jahrtausenden eigene Glaubenswege mit eigenen Traditionen, eigenen Ritualen und eigenen Überzeugungen. Aus meiner Sicht aber verbindet alle Gläubigen, die sich auf die Heilige Schrift berufen, ein gemeinsames Ziel: den Willen Gottes in die Welt zu tragen und in unserem Leben sichtbar zu machen.

Toleranz sehe ich dabei nicht als ein achselzuckendes, passives Dulden des Andersseins oder als gönnerhaftes Gewährenlassen. Darauf weist auch Goethes Aphorismus in aller Schärfe hin, wonach etwas lediglich zu dulden, es zu beleidigen hieße. Ich plädiere für den Aufbruch von einer schwachen zu einer starken Toleranz, die ein Miteinander im Dissens ermöglicht. Voraussetzung dafür ist, die eigenen Traditionen zu kennen und zu ehren, denn nur dann kann ich mit den anderen

überhaupt in Dialog treten und ihre Positionen würdigen. Ziel ist ein aktives Respektieren, das auf Vernunft und Werten wie Offenheit, Gerechtigkeit und Freiheit basiert.

Engagement für Toleranz bedeutet in diesem Sinne auch, sich der Grenzen der Toleranz bewusst zu sein. Sie sind immer dann erreicht, wenn die Würde eines Menschen oder einer Gruppe von Menschen in Abrede gestellt wird.

Die christliche Antwort auf die Frage nach der Würde des Menschen ist dabei diese: Der Mensch erwirbt seine Würde nicht. Er kann sie deshalb auch nicht verlieren. Sie ist jedem einzelnen Menschen schon vor Beginn der Schöpfung gegeben und liegt in dem Willen Gottes, den Menschen nach seinem Abbild zu schaffen. Diese Würde ist darum allen Menschen zuteil und eigen, gleich woher sie stammen, welche Sprache sie sprechen, welche Hautfarbe sie haben, ob sie politisch uninteressiert oder besonders radikal sind, ob gesetzestreu oder Gesetzesbrecher. Sie steht natürlich auch allen Nicht-Christen zu. Alle Menschen sind nach dem Abbild Gottes geschaffen.

Deswegen ist es von Bedeutung, dass die Verfassungen unserer modernen Staaten, wie auch völkerrechtliche Dokumente, nicht selbst eine Begründung für die Menschenwürde und die Menschenrechte geben oder gar vorschreiben, sondern sie lediglich wie ein Axiom nennen. Dadurch wird deutlich, dass das Bekenntnis zur Würde nicht Ausdruck irgendeines weltanschaulichen Interesses ist, sondern dass ihr Gehalt für Angehörige unterschiedlicher kultureller Herkunft und weltanschaulicher Orientierung im Kern ein und derselbe ist. Der zentrale Punkt, um den es dabei geht, ist der Respekt vor der Person.

Besonders schön spiegelt sich dieser Respekt vor dem anderen, die grundsätzliche Würde, die man ihm zuschreibt, meiner Meinung nach in der indischen Tradition und zwar bereits in der einfachen Geste, wenn ein frommer Hindu sein Gegenüber mit den Worten ›Namaste‹ begrüßt. Einer Überlieferung zufolge soll Mahatma Gandhi auf eine Nachfrage von Albert Einstein, was er denn mit dem bei ihm beobachteten Gruß ›Namaste‹ ausdrücken wolle, dem Wissenschaftler Folgendes geantwortet haben: »Ich ehre den Platz in dir, in dem das

gesamte Universum residiert. Ich ehre den Platz des Lichts, der Liebe, der Wahrheit, des Friedens und der Weisheit in dir. Ich ehre den Platz in dir, wo, wenn du dort bist und auch ich dort bin, wir beide nur noch eins sind.«

Alle Menschen und alle Kulturen sind miteinander durch geheime Fäden verwoben. In der indischen Tradition wird das sehr schön mit dem ›Netz Indras‹ beschrieben. Jeder Knoten in diesem Netz ist besetzt mit einem Edelstein und steht für ein Einzelwesen; und jedes dieser Wesen spiegelt die anderen wider. Wenn wir uns in diesem Netz Indras betrachten, sind wir nicht nur das Selbst, das diesen individuellen Körper bewohnt, sondern wir sehen uns verbunden mit allen anderen. Die anderen strahlen auf uns zurück und bereichern uns. Zum großen Erstaunen vieler Menschen, sprechen heute auch moderne Physiker in ähnlichen Bildern, wenn sie versuchen, das wahre Wesen unserer Welt zu beschreiben.

Viele Menschen verbinden mit den schmerzlichen Erfahrungen während der Corona-Epidemie im Frühjahr 2020 die Hoffnung auf einen Wandel im Zusammenleben von uns Menschen. Meine Hoffnung ist, unseren Kindern und Enkeln eine tolerantere Welt zu hinterlassen, in der Respekt vor anderen Werten, Traditionen und Religionen selbstverständlich ist.

Wenn wir bereit sind, unser interkulturelles Bewusstsein zu schärfen, wenn wir erkennen, wie sehr wir alle durch vergessene Fäden miteinander verknüpft sind, sollte es uns nicht schwerfallen, mit Menschen anderer Herkunft, Tradition und Überzeugung gleichberechtigt und tolerant zusammenzuleben. Dann können wir ihr jeweiliges kulturelles Erbe als Bereicherung für unser eigenes Leben erfahren, statt uns davon bedroht zu fühlen.

Die friedensfördernde Rolle der Religionen/Kirchen in Afrika

Dirck Ackermann

Vorbemerkung: Welches Afrika meine ich?

Afrika ist vielfältig. Die Aufteilung des Kontinents in Nationalstaaten ist ein Ergebnis der Kolonialgeschichte (etwa eine Folge der Entscheidungen der Berliner Konferenz 1884/1885). Jedes Land hat seine eigenen kulturellen Identitäten – meistens sehr viele mit je eigenen Geschichten und Erzählungen.

Ich habe nur Kenntnisse aus der MENA-Region (Middle East Northern Africa), Ostafrika (Kenia und Tansania) und dem südlichen Afrika (Simbabwe und Südafrika).

Tragen Religionen zu einem gerechten Frieden in Afrika bei? Die Antwort fällt ambivalent aus.

1. Religionen/Kirchen sind Teil der Lösung

- a) Inmitten eines Umfelds von Misstrauen und Missverständnissen schaffen sie Inseln des Vertrauens und des Abbaus von Vorurteilen.
- b) Inmitten eines Meeres von Gewalt und Unruhen schaffen sie Inseln des Friedens und der Versöhnung.
- c) Inmitten einer dysfunktionalen Staatlichkeit, die von Verantwortungslosigkeit, Korruption, Miss- und Vetternwirtschaft geprägt ist, übernehmen sie Verantwortung für die Lücken im dysfunktio-

nalem System. Sie erheben dabei die Stimme für diejenigen, die kein Gehör finden.

Zwei Beispiele

A. Bulajawo

Februar 2019. Ein weiterer Tag in Bulawayo im Süden von Simbabwe.

Wir fahren durch die Straßen. Noch vor wenigen Wochen fanden hier Aufstände wegen der horrenden Preissteigerungen (etwa bei Lebensmitteln) statt. Ich blicke auf zerstörte Häuser. Eingeschlagene Scheiben.

Wir halten am einzigen Einkaufszentrum der Stadt. Jetzt nur noch eine Brandruine. Ich rieche verbranntes Holz und den ätzenden Geruch verbrannten Kunststoffes. Gegenseitige Schuldzuweisungen: Regierungstruppen waren es – Nein: die Aufständischen.

Unser nächster Halt: eine Kirche. Ein Ort mit dem herben Charme einfacher Betonarchitektur. Immerhin nicht zerstört. Heute versammeln sich hier Vertreter aus verschiedenen Kirchen und Konfessionen. Und Menschen aus der Umgebung, auch Vertreter der örtlichen Behörden.

Wir setzen uns in einen Raum. Es ist sehr eng. Stickige Luft. Und dann höre ich die Berichte aus den letzten Wochen. Die Berichte nehmen mir fast den Atem.

Eine Frau erzählt: Polizisten drangen in ihr Haus ein. Kurz nach den Aufständen. Ihre letzten Lebensmittel wurden beschlagnahmt. Sie hat sie nicht zurückerhalten. Der Mann wurde verhaftet. So steht sie nun alleine da, ohne Einkommen, ohne Lebensmittel.

Ein Mann berichtet. Er ist an Kopf und Händen verbunden. Auf dem Weg zur Arbeit wurde er von Soldaten aufgehalten. Und dann zu Boden geschlagen und verletzt. Seine Anzeige bei der Polizei wurde abgewiesen.

Weitere verstörende Geschichten: Polizisten, die stehlen, Soldaten, die die eigene Bevölkerung bedrohen und schlagen.

Und dann höre ich die Worte eines Bischofs an die Vertreter von der örtlichen Regierung, Polizei und Militär gerichtet: Ihr verspielt das Vertrauen in die Politik und den Staat. Darum sind wir hier, um gemeinsam daran zu arbeiten, wieder Vertrauen untereinander aufzubauen. Wir müssen uns alle zusammenschließen, um solche Gewalttaten nie wieder passieren zu lassen.

B. Kericho

Februar 2020. Ich bin in Kericho, dem Zentrum der Teeproduktion in Kenia.

Weite Felder mit Teeplantagen. Die meisten gehören internationalen Teekonzernen (Lipton-Tea). Land ist hier, was die Menschen besitzen können. Manche sprechen vom Tee als »Opium der Armen«.

Daher ist es auch sehr umstritten. In Kericho setzten sich Frauen für gerechte Landverteilung ein. Sie sprechen über Regeln und Gesetzgebungen. Landregistrierung.

Das wäre eigentlich Aufgabe von staatlichen Behörden. Und Aufgabe der Politiker: Stattdessen aber sorgen die Politiker dafür, dass sie selbst große Ländereien erhalten.

Die Kirche versucht, hier eine Lücke zu schließen. Ist das langfristig erfolgreich?

2. Religionen sind Teil des Problems

- a) 95 Prozent der Menschen etwa in Simbabwe sind Mitglieder einer Religionsgemeinschaft.¹ Trotzdem kommt es zu starken gewaltvollen Auseinandersetzungen. Es sind Mitglieder von Religionsgruppen, die Gewalt ausüben und Ressentiments gegenüber Andersgläubigen schüren.

¹ Das entspricht in etwa (folgt man den Angaben von Asfa-Wossen Asserate) dem Prozentsatz unter allen Afrikanerinnen und Afrikanern. Zumindest nominell gehört die große Majorität der Bewohner des Kontinents Afrika einer Religionsgemeinschaft an – in der Regel dem Christentum oder dem Islam.

- b) Die Anführer von Religionsgruppen sind selbst Teil der Elite in den Gesellschaften und vorwiegend Männer.
- c) Das erschwert den Blick auf die destruktive Rolle der Machteliten für gesellschaftliche Prozesse.
- d) Das erschwert auch den Blick für die destruktive Rolle von Männern in gesellschaftlichen Prozessen.
- e) Eine Aufgabe für die Religionsgemeinschaften bleibt es, die erkennbare konstruktive Rolle von Frauen in gesellschaftlichen Prozessen klarer wahrzunehmen und ihnen mehr Einfluss in diesen Prozessen zu gewähren. Geschlechterdiskriminierung und sexualisierte Gewalt gegenüber Frauen bleiben eine ständige Herausforderung auch in den Kirchen und Religionsgemeinschaften (das ist auch ein deutsches Phänomen).
- f) Die Religionsgemeinschaften übernehmen quasi-staatliche Aufgaben. Davon profitieren sie auch. Damit stabilisieren sie die Dysfunktionalitäten im staatlichen System. Hier fehlt manchmal der Mut, die Missstände und Lücken im System deutlich zu benennen.

3. Fazit

Insgesamt lässt sich feststellen, dass religiöse Akteure gerade dort eine wichtige Rolle spielen, wo staatliche Strukturen und Institutionen wie auch politische Eliten ihrer Verantwortung nicht oder nur unzureichend gerecht werden. Das gilt neben den erwähnten Punkten auch für Fragen der gerechten Landverteilung, der sozialen Absicherung, der Kinderbetreuung. Zugespitzt formuliert: Ohne Religion ist kein Staat zu machen. Der Staat und die Gesellschaft brauchen die zivilen und religiösen Akteure. Diese suchen die Lücken zu schließen, die der Staat hinterlässt. Insofern sind sie wichtige – um nicht zu sagen: entscheidende – Partner für Frieden und Sicherheit innerhalb des Gemeinwesens.

Auf der anderen Seite aber übernehmen die religiösen Akteure quasi-staatliche Aufgaben. Damit besteht die Gefahr, dass Staat und politische Eliten aus ihrer Verantwortung entlassen werden und die Fragi-

lität und manche Dysfunktionalitäten staatlicher Strukturen durch das Engagement der Religionen noch verfestigt werden. Religionen können Partner für Frieden und Sicherheit sein. Sie können aber nicht dauerhaft den Aufbau stabiler und funktionaler staatlicher Strukturen ersetzen. Insofern braucht der Staat nicht nur die Zivilgesellschaft, sondern die Zivilgesellschaft braucht auch ein Staatswesen, das seiner Verantwortung gerecht wird. Darauf hinzuweisen, bleibt auch eine Aufgabe der religiösen Akteure.

In solchen Zusammenhängen habe ich allerdings auch erfahren, welche hohe Bedeutung das gemeinsame Gebet angesichts bedrohlicher Situationen hat. Gerade in Kenia habe ich die Erfahrung gemacht, welche Kraft und Friedensmacht das Gebet in unseren Dialogen hatte. Insofern kann ich den Aufruf zum Gebet des kenianischen Präsidenten nachvollziehen. Zum Abschluss unseres Dialogs mit den Religionsvertretern von Kenia sprach der Gastgeber folgendes Gebet: »Wir sind zusammengekommen, um für eine bessere Welt zu arbeiten. Wir haben uns gegenseitig erreicht. Zeit miteinander verbracht, miteinander gesprochen. Einander zugehört, voneinander gelernt. So wurden wir durch dein Licht bereichert, du, der du immer bei uns bist. Du hast uns diese kostbare Zeit gegeben, diese kostbare Erfahrung. Wir geben sie dir zurück. Hilf uns, die Früchte der reichen Saat von Frieden, Gerechtigkeit und Solidarität zu ernten. Wir vertrauen deiner Fürsorge und Barmherzigkeit unsere Besucher an, die auf dem Weg nach Hause sind. Für die Reise gewähre ihnen deine Gnade, oh Herr. Denn du bist Gott, der für immer und ewig lebt und regiert. Amen«.

Das Gebet war überschrieben: »Gemeinsam für eine bessere Welt.« Dafür treten Religionen ein und dafür beten sie. Als Partner für Frieden und Sicherheit, auch und besonders in Zeiten von Corona.

Quellen- und Erstveröffentlichungsnachweis

Vorwort – *Gabriele Scherle* (unveröffentlicht)

Einleitung – *Eberhard Martin Pausch* (unveröffentlicht)

Friede für Afrika. Ein Projekt der Aufklärung – *Eberhard Martin Pausch*
(unveröffentlicht)

»**Kirche auf dem Weg der Gerechtigkeit und des Friedens**« – Kundgebung der *Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland* (<https://www.ekd.de/kundgebung-ekd-synode-frieden-2019-51648.htm>, 13. November 2019)

Gewaltlos in einer Zuckerwattewelt. Die Fehler in der Kundgebung der EKD-Synode zu Frieden und Gerechtigkeit – *Johannes Fischer* (Erstveröffentlichung in: <https://zeitzeichen.net/node/7979>, mit Genehmigung des Autors hier wieder abgedruckt)

Gerechter Friede für Afrika? Der kirchliche Friedensbeitrag heute – *Dorothee Godel* (unveröffentlicht, Impulsvortrag für eine Veranstaltung der Evangelischen Akademie Frankfurt am 17.2.2020)

Militärische und polizeiliche Gewalt – *Horst Scheffler* (unveröffentlicht, Impulsvortrag bei einem friedensethischen Seminar im Evangelischen Kirchenamt für die Bundeswehr zur Auswertung des Konsultationsprozesses »Orientierungswissen zum Gerechten Frieden« der FEST Heidelberg)

»**Kirche des gerechten Friedens werden**« – Impulspapier der Kirchenleitung und der Zwölften *Synode der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau* (https://www.zentrum-oekumene.de/fileadmin/redaktion/Frieden/2019-11-28_12KS_Impulspapier_Kirche-des-gerechten-Friedens-werden_mit_Ma....pdf, 28. November 2019)

Friedenspolitik in Zeiten des Klimawandels – *Michael Brzoska* (unveröffentlicht, Impulsvortrag für eine Veranstaltung der Evangelischen Akademie Frankfurt am 25.6.2020)

Die Ära der Entwicklung. Das Ende eines Mythos – *Wolfgang Sachs* (Erstveröffentlichung in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 8/2020, S. 79-89, mit Genehmigung des Autors und des Verlages hier wieder abgedruckt, www.blaetter.de)

Die Tugend der Toleranz. Hoffnung für den Frieden in Afrika – *Asfa-Wossen Asserate* (Impulsvortrag für eine Veranstaltung der Evangelischen Akademie Frankfurt am 24.9.2020, in ähnlicher Form veröffentlicht im Vorwort des Autors in: *Toleranz. Schaffen wir das?*, hg. von Asfa-Wossen-Asserate und Annette Friese, Asslar 2020, S. 7-13)

Die friedensfördernde Rolle der Religionen/Kirchen in Afrika – *Dirck Ackermann* (unveröffentlicht, Impulsvortrag für eine Veranstaltung der Evangelischen Akademie Frankfurt am 24.9.2020)

Autorinnen und Autoren

Dr. Dirck Ackermann, Leitender Militärdekan am Kirchenamt für die Bundeswehr, Berlin

Prinz Dr. Asfa-Wossen Assefate, Unternehmensberater, Autor und Analyst, Frankfurt a.M.

Prof. Dr. Michael Brzoska, Senior Fellow am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik (IFSH), Hamburg

Prof. Dr. Johannes Fischer, Professor emeritus für Theologische Ethik, Mitglied des Arbeitskreises »Frieden und Konflikt« der Evangelischen Akademie Frankfurt, Bensheim

Dr. Dorothee Godel, Pfarrerin und Oberkirchenrätin der Evangelischen Kirche in Deutschland, Hannover

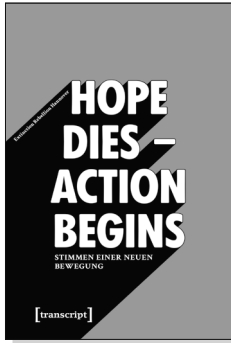
Dr. Eberhard Martin Pausch, Pfarrer und Studienleiter der Evangelischen Akademie Frankfurt, Frankfurt a.M., Geschäftsführer des Arbeitskreises »Frieden und Konflikt« der Evangelischen Akademie Frankfurt, Frankfurt a.M.

Prof. Dr. Wolfgang Sachs, Wuppertal-Institut für Klima, Umwelt, Energie, Berlin

Horst Scheffler, Leitender Militärdekan i.R., ehemaliger Vorsitzender der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (2007-2017), Mitglied des Arbeitskreises »Frieden und Konflikt« der Evangelischen Akademie Frankfurt, Zornheim

Gabriele Scherle, Pfarrerin und Pröpstin a. D., Vorsitzende des Arbeitskreises »Frieden und Konflikt« der Evangelischen Akademie Frankfurt, Frankfurt a.M.

Politikwissenschaft



Extinction Rebellion Hannover

»Hope dies – Action begins«: Stimmen einer neuen Bewegung

2019, 96 S., kart.

7,99 € (DE), 978-3-8376-5070-9

E-Book: kostenlos erhältlich als Open-Access-Publikation,
ISBN 978-3-8394-5070-3

EPUB: kostenlos erhältlich als Open-Access-Publikation,
ISBN 978-3-7328-5070-9



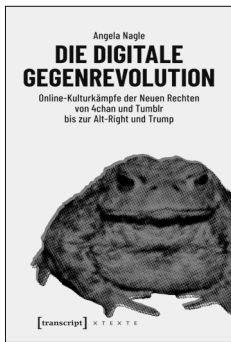
Jan Brunner, Anna Dobelmann,
Sarah Kirst, Louisa Prause (Hg.)

Wörterbuch Land- und Rohstoffkonflikte

2019, 326 S., kart., Dispersionsbindung, 1 SW-Abbildung

24,99 € (DE), 978-3-8376-4433-3

E-Book: 21,99 € (DE), ISBN 978-3-8394-4433-7



Angela Nagle

Die digitale Gegenrevolution Online-Kulturkämpfe der Neuen Rechten von 4chan und Tumblr bis zur Alt-Right und Trump

2018, 148 S., kart.

19,99 € (DE), 978-3-8376-4397-8

E-Book: 17,99 € (DE), ISBN 978-3-8394-4397-2

EPUB: 17,99 € (DE), ISBN 978-3-7328-4397-8

**Leseproben, weitere Informationen und Bestellmöglichkeiten
finden Sie unter www.transcript-verlag.de**

Politikwissenschaft



Sebastian Haunss, Moritz Sommer (Hg.)

Fridays for Future – Die Jugend gegen den Klimawandel Konturen der weltweiten Protestbewegung

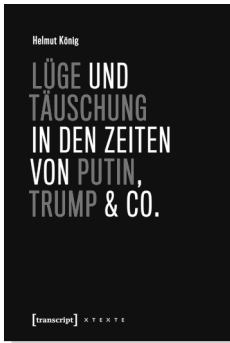
Oktober 2020, 264 S., kart.

22,00 € (DE), 978-3-8376-5347-2

E-Book: kostenlos erhältlich als Open-Access-Publikation

PDF: ISBN 978-3-8394-5347-6

ISBN 978-3-7328-5347-2



Helmut König

Lüge und Täuschung in den Zeiten von Putin, Trump & Co.

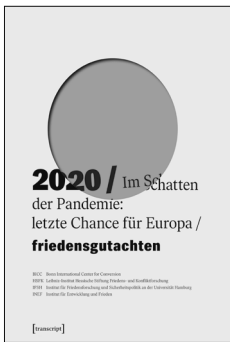
September 2020, 360 S., kart.

29,50 € (DE), 978-3-8376-5515-5

E-Book:

PDF: 26,99 € (DE), ISBN 978-3-8394-5515-9

EPUB: 26,99 € (DE), ISBN 978-3-7328-5515-5



BICC Bonn International Center for Conversion,
HSFK Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, IFSH Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg,
INEF Institut für Entwicklung und Frieden

Friedensgutachten 2020 Im Schatten der Pandemie: letzte Chance für Europa

Juni 2020, 160 S., kart., 33 Farbabbildungen

15,00 € (DE), 978-3-8376-5381-6

E-Book: kostenlos erhältlich als Open-Access-Publikation

PDF: ISBN 978-3-8394-5381-0

**Leseproben, weitere Informationen und Bestellmöglichkeiten
finden Sie unter www.transcript-verlag.de**